



Stadt macht Platz – NRW macht Plätze

Dokumentation Landeswettbewerb 2004/05

Stadt macht Platz – NRW macht Plätze

Dokumentation Landeswettbewerb 2004/05

Impressum

Stadt macht Platz – NRW macht Plätze Dokumentation Landeswettbewerb 2004/05

Herausgeber der „Blauen Reihe“ der Initiative StadtBauKultur NRW
Europäisches Haus der Stadtkultur e.V.
Leithestraße 33
D-45886 Gelsenkirchen
www.stadtbaukultur.nrw.de

Auftraggeber
Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
D-40219 Düsseldorf
www.mbv.nrw.de

Redaktion
Silke Edelhoﬀ, Lars Niemann, Thorsten Schauz, STADTIDEE | Dortmund

Konzeption
Silke Edelhoﬀ, Lars Niemann, Thorsten Schauz, Angela Uttke,
STADTIDEE | Dortmund
Ulrike Rose, Christoph Tieth, Europäisches Haus der Stadtkultur e.V. | Gelsenkirchen
Nejla Bıcaoglu-Murzik, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW |
Düsseldorf

Gestaltung
büro G29 Kommunikationsdesign | Aachen

Lektorat
Andrea von den Driesch | Aachen
Christoph Tieth, Europäisches Haus der Stadtkultur e.V. | Gelsenkirchen

Titelfoto
Bodenflügel Skulptur von Dorothee Bielfeld auf dem Otto-Wels Platz in Herten
(2005), in Zusammenarbeit mit wbp Landschaftsarchitekten
Preisträger „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“, 2003
Thomas Ott Fotografie | Mühlthal

Druck
Druckerei H. Rademann GmbH | Lüdinghausen

1. Auflage, September 2006
© Europäisches Haus der Stadtkultur e.V., 2006
StadtBauKultur NRW ist eine Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
in Kooperation mit der Architektenkammer, der Ingenieurkammer-Bau, der
Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände, der Vereinigung der
Industrie- und Handelskammern, den Verbänden der Bau- und Wohnungswirtschaft
und den Künstlerverbänden in Nordrhein-Westfalen.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahl-
werbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwer-
bung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahl-
en. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an
Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben
parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die
Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf
welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist,
darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer
Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten ein-
zelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Broschüre kann kostenfrei bei den GWN Gemeinnützigen Werkstätten
Neuss GmbH bestellt werden. Bitte senden Sie Ihre Bestellung unter Angabe der
Veröffentlichungsnummer **SB 167** (per Fax, E-Mail oder Postkarte) an die

GWN Gemeinnützige Werkstätten Neuss GmbH
Schriftenversand
Am Henselsgraben 3
D-41470 Neuss
Fax: 0 2131 / 923 46 99
mbv@gwn-neuss.de

Telefonische Bestellung über
C@ll NRW 0180 / 310 01 10

ISBN 3-939745-00-6
(ab 01.01.2007: ISBN 978-3-939745-00-6)



Inhalt

- Seite 5 **Vorwort**
Oliver Wittke
- Seite 6 **Nachdenken über Plätze – Platz zum Nachdenken**
Dr. Ulrich Hatzfeld



Denkanstöße zur Gestaltung öffentlicher Räume

- Seite 11 **Vergangenheit als Lehrstoff**
Garden Squares und Bürgerparks als Beispiele bürgerschaftlicher Initiative im öffentlichen Raum
Andrea Wulf
- Seite 18 **„Hannover schafft Platz“**
Das Stadtplatzprogramm der Landeshauptstadt Hannover
Oliver Kuklinski im Gespräch mit Stadtbaurätin Uta Boockhoff-Gries
- Seite 24 **Stadtentwicklung und öffentlicher Raum**
Perspektiven durch lokale Partnerschaften
Dr.-Ing. Heidi Sinning
- Seite 30 **Öffentlich und privat zugleich**
Von New Yorks Erfahrungen lernen
Dr.-Ing. Juliane Pegels
- Seite 36 **Mit „anderen“ Mitteln**
Aneignung und Umdeutung öffentlicher Räume
Mona El Khafif, Oliver Frey
- Seite 44 **Ist weniger mehr?**
Gestaltung durch Reduktion
Gabriele G. Kiefer



Der Wettbewerb 2004/05

- Seite 51 **Neue Verfahren braucht das Land!**
Gesamtwürdigung der Jury
Dr. sc. techn. Michael Koch
- Seite 54 **Der Wettbewerb 2004/05 im Überblick**
- 1. Preisgruppe**
- Seite 56 **Erkrath** | Nachbarschaftszentrum Sandheide
Seite 58 **Gummersbach** | stadt:impuls Gummersbach
Seite 60 **Lüdinghausen** | Wasserplätze
Seite 62 **Lünen** | Mach' ma Platz! Seilbahntrasse
Seite 64 **Stolberg (Rheinland)** | Platz da – Stadt im Fluss
Seite 66 **Wetter** | Seeplatz am Harkortseeufer
- 2. Preisgruppe**
- Seite 68 **Ascheberg** | Katharinenplatz
Seite 70 **Bochum** | Platz des Europäischen Versprechens
Seite 72 **Castrop-Rauxel** | Stadt.Licht.Orte
Seite 74 **Dormagen** | Marktplatz
Seite 76 **Emsdetten** | Unser Brink
Seite 78 **Enger** | Königin-Mathilde-Platz
Seite 80 **Hagen** | Bodelschwingplatz
Seite 82 **Köln** | Ottoplatz und Messeplatz
Seite 84 **Münster** | Picassoplatz
Seite 86 **Recklinghausen** | Facelifting für den Neumarkt

- Seite 88 **English Summary**
"Stadt macht Platz – NRW macht Plätze"
A Design Competition for Public Spaces in the Federal State of North Rhine-Westphalia, Objectives and Outcomes 2004/05
Angela Uttke
- Seite 92 **→ Glossar**
- Seite 95 **Abbildungsnachweis**
- Seite 96 **Kurzbiografien der Autoren**



Einführung

Statt andauernder Diskussionen über die Privatisierung des öffentlichen Raums müssen wir mehr über „neue Dimensionen“ des Umgangs mit dem öffentlichem Raum sprechen.

Wer den öffentlichen Raum so billig wie möglich gestaltet, darf sich nicht wundern, dass die Menschen die Städte verlassen.

Die Entwürfe treffen im wahrsten Sinne des Wortes den Nerv der jeweiligen Orte.

Vorwort

Oliver Wittke



Wer bezweifelt heute ernstlich, dass wir uns viel mehr um den Zustand des öffentlichen Raums kümmern müssen? Dies sollte sich meines Erachtens nicht allein darin erschöpfen, die Gedankenlosigkeit und Vernachlässigung im öffentlichen Raum zu beklagen. Vielmehr geht es darum, Ideen zu entwickeln. Wo sind etwa die gestalterischen und funktionalen Konzepte für einen neuen Umgang mit dem Parken in den Innenstädten? Wer befasst sich mit der Gestaltung und Weiterentwicklung von Schnellstraßen? Wie gehen wir – gestalterisch und funktional – mit dem öffentlichen Nahverkehr um, mit den Haltestellen und Bahnhöfen? Statt andauernder Diskussionen über die Privatisierung des öffentlichen Raums müssen wir mehr über „neue Dimensionen“ des Umgangs mit dem öffentlichem Raum sprechen. Dabei denke ich sowohl an Lichtgestaltung als auch an Beleuchtungskonzepte, einen neuen Umgang mit dem städtischen Grün, an öffentliche Besspielungs- und Inszenierungskonzepte oder auch temporäre Lösungen.

Wir haben hier im Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Initiative StadtBauKultur Nordrhein-Westfalen viele Ideen aufgegriffen, wie man dem öffentlichen Raum neue Perspektiven geben kann.

Mein Wunsch ist: Befassen wir uns mit neuen inhaltlichen Optionen und vor allen Dingen auch mit der Frage, wie wir mehr Menschen für den öffentlichen Raum interessieren können. Bei jeder Strategie mit dem Ziel, die Menschen in den Städten zu halten, spielt der öffentliche Raum eine entscheidende Rolle: Wir brauchen „gute Adressen“, sichere und interessante Plätze sowie einzigartige Orte. Wer den öffentlichen Raum so billig wie möglich gestaltet, darf sich nicht wundern, dass die Menschen die Städte verlassen.

Das Thema des öffentlichen Raumes braucht keine eleganten Worte, sondern vor allem reale neue Ideen. Und genau diese stehen im Mittelpunkt des Wettbewerbs „Stadt macht Platz, NRW macht Plätze“.

Mit der Projektreihe „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ haben wir mehr Wettbewerb in die Städtebauförderung gebracht: ein Wettbewerb des Engagements, ein Wettbewerb der Ideen und auch der Tüchtigen. Wir haben mindestens zwei Dinge erreicht. Zum einen sind die Platzentwürfe keine abgehobenen Gestalphantasien Einzelner, sondern Ideen, für die sich Menschen engagieren. Zum anderen sind die Ergebnisse dieses Wettbewerbs mit Sicherheit wesentlich nachhaltiger als Konzepte, die in einem stillen Kämmerlein vom grünen Tisch kommen. Die Entwürfe treffen im wahrsten Sinne des Wortes den Nerv der jeweiligen Orte. Das Wettbewerbsverfahren hat Zukunft, denn es bezieht Initiativen, Anwohner, Händler und zukünftige Nutzer in die Gestaltung des öffentlichen Raums ein.

Mit der Projektreihe „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ haben wir ein Experiment gewagt. Dieses Experiment war erfolgreich. Mit welchen Zielen und Methoden künftige Wettbewerbe durchgeführt werden, mag diskutiert werden. Aber nicht zur Disposition stehen für mich ein sehr starkes Engagement der Privaten sowie eine intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In diesen beiden Aspekten besteht für mich die Zukunft der Platzgestaltung im Land Nordrhein-Westfalen.

Ich danke allen Städten und Gemeinden, die sich an dem Wettbewerb beteiligt haben – ihr Engagement war beispielgebend. Dasselbe gilt für die Bürger und die Unternehmen, die an den Platzentwürfen ehrenamtlich mitgewirkt haben. Die Arbeit hat sich gelohnt.



↓ *Oliver Wittke*
Minister für Bauen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Nachdenken über Plätze – Platz zum Nachdenken

Dr. Ulrich Hatzfeld



Vorbemerkung: Können Stadtplätze

ein Zugang zu einer europäischen Stadtpolitik sein?

Im Jahr 2007 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen. So schwer sich der Verlauf und die Erfolge dieser Präsidentschaft vorhersagen lassen, so wahrscheinlich ist die Annahme, dass die europäische Integration auch während der deutschen Präsidentschaft kein Selbstläufer sein wird. Zu abstrakt sind aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die „europäischen Optionen“ wie die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit oder die langfristige Friedenssicherung. Sehr konkret sind dagegen die Befürchtungen. Als Synonym für die wirtschaftliche Globalisierung verbindet sich Europa mit der Angst, dass nationale Eigenheiten und soziale Errungenschaften gefährdet sind. Alles könnte auf „europäisches Mittelmaß“ reduziert werden. Mit Europa assoziieren viele nach wie vor Grenzen, Unterschiede und Widersprüche, seien es die der Sprachen, der weltanschaulichen Orientierungen, der Rechtssysteme, der Steuersysteme oder des Wohlstandsniveaus.

Einer der wichtigsten Zugänge für die Herausbildung und Stabilisierung einer „europäischen Identität“ ist vermutlich eine Verständigung über Gemeinsamkeiten – seien sie historischer, sozialer oder kultureller Art. Das auch deshalb, weil eine Auseinandersetzung mit eigenen Traditionen und kulturellen Werten zu einer „Selbstvergewisserung“ führt und den Wunsch verstärkt, diese Traditionen und Werte im Zusammenspiel mit anderen Orientierungen weiterzuentwickeln.

Will man mehr Europa, braucht man Brücken zu einer gemeinsamen europäischen Plattform. Eine dieser Brücken zur europäischen Integration kann die europäische Baukultur im Allgemeinen und das Phänomen der → **Europäischen Stadt** im Besonderen sein. In jedem europäischen Staat, in jeder Stadt und in jedem Dorf gibt es eine mehr oder weniger bewusste Auseinandersetzung darüber, wie und in welchem baulichen Umfeld Menschen zusammenleben wollen. Dabei verfügen die in Europa entstandenen urbanen Strukturen über eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die wiederum Profil gebend und Identität stiftend wirken. Selbst in ihrer Unterschiedlichkeit heben sich europäische Städte mit ihren historischen Zentren, ihren vergleichsweise guten Infrastrukturen sowie ihren kompakten und nutzungsgemischten Siedlungsstrukturen deutlich von asiatischen oder amerikanischen Siedlungsformen ab.

Mit ihrer spezifischen Ausprägung von Architektur und Städtebau, mit ihrer typischen Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Raum und mit ihrem vergleichsweise stark ausgeprägten sozialstaatlichen Engagement könnte die Europäische Stadt – so die These – eine Projektionsfläche bzw. ein Handlungsfeld der europäischen Integration sein. Das ist umso mehr der Fall, wenn es gelingt, den schillernden Begriff der Europäischen Stadt zu konkretisieren und ihn in anschauliche Handlungsfelder zu transformieren.

Ein solches Handlungsfeld sind sicherlich städtische Plätze in Europa als typisches Element europäischer Stadtkultur. Denn diese Stadtplätze verfügen über auffällige gestalterische, funktionale und nutzungsbezogene Ähnlichkeiten. Plätze sind nahezu überall „Materialisierungen“ des öffentlichen Raumes. Innenstädte, Nebenzentren und Wohnquartiere definieren sich häufig in ihrem Verhältnis zu städtischen Plätzen. Strategien zur städtebaulichen Erneuerung gehen nicht selten von Plätzen aus bzw. werden durch Plätze strukturiert. Als Teile des städtischen Grundrisses gehören Plätze zu den Konstanten in der Stadtgeschichte. Einen Stadtplatz zu schließen oder ihn zu überbauen, dürfte nahezu in jeder Stadt zu erheblichen Widerständen führen.

Europäische Plätze in ihrer Gestaltung und Funktionsweise verstehen zu lernen bedeutet, nach dem Wesensgehalt und den Zukunftsperspektiven der Europäischen Stadt zu forschen. Vor diesem Hintergrund erscheint es nahe liegend, Stadtplätze zum Gegenstand einer europäischen Städtebaupolitik zu machen. Die dabei zu thematisierenden Dimensionen sind ausgesprochen komplex und können hier nur angedeutet werden: Plätze als städtebauliche Kunstwerke, als Gegenstand des städtebaulichen Denkmalschutzes, als innerstädtische Freiräume, als Orte der sozialen und ethnischen Integration, als politische Bühnen und vieles mehr.

Lernen im Prozess: Die Wettbewerbsreihe „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“

Die Landesinitiative StadtBauKultur NRW ist ein auf zehn Jahre angelegtes Gemeinschaftsprojekt der Landesregierung mit allen an der Baukultur interessierten Gruppen. Zur Umsetzung baukultureller Ziele entwickelt die Initiative ein breites Spektrum von Projekten und Programmen.¹ Die Landesinitiative versteht sich als ein Projekt, das sich explizit an europäischen Maßstäben orientiert.² Dies dokumentiert sich unter anderem in der Tatsache, dass zur Umsetzung der Projekte der Initiative ein „Europäisches Haus der Stadtkultur“ gegründet wurde.

Insofern ist es nahe liegend, dass sich die Initiative auch mit dem „international dialog- und exportfähigen“ Thema der Gestaltung und Weiterentwicklung von Stadtplätzen befasst. Über die ansonsten übliche Behandlung dieser Planungsaufgabe in Wettbewerben sollte im Rahmen der Initiative jedoch besondere Anforderungen umgesetzt werden. In einem umsetzungsbezogenen Experiment wird der Versuch unternommen, Gestaltungs- und Verfahrenskultur zu verknüpfen. Konkret sollen

- nicht nur gute Gestaltungsqualitäten erreicht, sondern zugleich Maßstab setzende Formen der Beteiligung von Bürgern und Wirtschaft gefunden werden.
- nicht nur hohe Anforderungen an Funktionalität und Flexibilität umgesetzt, sondern zugleich Vorstellungen dazu entwickelt werden, wie die Plätze in Zukunft genutzt – oder wie man so will – „bespielt“ werden können („Inszenierung des öffentlichen Raumes“).
- ein starker Praxis- und Umsetzungsbezug entwickelt werden. Die Ideen für neue Plätze und neue Teilnahmeverfahren sollen 1:1 erprobt werden. Um dies zu unterstützen, hat das Land Nordrhein-Westfalen erklärt, sich im Rahmen der Städtebauförderung bei der Finanzierung von bis zu 50 Plätzen in NRW zu beteiligen.

Das vermutlich beste Instrument, das diese Anforderungen umzusetzen imstande ist, ist ein an diesen Ansprüchen ausgerichtetes Wettbewerbsverfahren. An diesem Wettbewerb, der bislang in den Jahren 2002, 2003 und 2004/05 stattgefunden hat, konnten sich alle Städte und Gemeinden des Landes beteiligen. Dabei kam es regelmäßig zu Kooperationen mit Büros für Stadtplanung, Architektur, Landschaftsplanung bzw. -gestaltung sowie mit Fachleuten für Bürgerbeteiligung und öffentliche Kommunikation. Inhaltlich fokussierten sich die Wettbewerbsausschreibungen auf die bereits genannten Kriterien „Gestaltungsqualitäten“, „Beteiligung(-sverfahren) von Bürgern und Wirtschaft“ und „Umsetzungsbezug“.

In die bisherigen drei Wettbewerbsverfahren wurden 159 Beiträge eingebracht. Die mit international renommierten Persönlichkeiten besetzten Juries haben dem Land insgesamt 33 Projekte zur Förderung vorgeschlagen. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden von diesen Empfehlungen zwölf Platzprojekte realisiert. Das Investitionsvolumen für diese Plätze beträgt auf Seiten des Landes rund 8,4 Mio. Euro.

¹Einen Überblick über die Aktivitäten des Europäischen Hauses der Stadtkultur findet man in der Festschrift zum 5-jährigen Bestehen der Initiative (Europäisches Haus der Stadtkultur 2006).

²So der damalige Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Michael Vesper, anlässlich der Eröffnungskonferenz „StadtBauKultur Nordrhein-Westfalen“ am 9. November 2001: „Wenn ich über Baukultur in Nordrhein-Westfalen rede, interessiert mich als Vergleichsmaßstab das europäische Niveau; und zwar nur das europäische Niveau. NRW will im Konzert der Regionen Europas, die auf Urbanität und Stadtkultur setzen, ganz vorne dabei sein.“

Eine zentrale Absicht der Wettbewerbsverfahren besteht darin, auch in der nicht-professionellen Öffentlichkeit ein neues Bewusstsein für den öffentlichen Raum – und hier insbesondere die Stadtplätze – anzustoßen. Das schließt nicht aus, dass im Rahmen des Wettbewerbs auch Vorstellungen dazuentwickelt werden, wie moderne Platzgestaltung am Anfang des 21. Jahrhunderts aussehen kann. Aber im Mittelpunkt des Interesses steht nicht mehr allein der „gestalterisch hoch stehende“ Entwurf, der durch eine fachkundige Jury bzw. die Fachöffentlichkeit gewürdigt wird. Jeder Entwurf wird auch daran gemessen, wie er in der öffentlichen Diskussion besteht. Neben die gestalterische Qualifizierung tritt die Qualifizierung in der Auseinandersetzung mit Bürgern. Die dahinter liegende Annahme ist, dass eine öffentliche Diskussion über die Gestaltung und Nutzung von Plätzen die Chancen vergrößert, dass die Plätze später den ihnen zugeordneten Intentionen gemäß genutzt werden. Hier soll Beteiligung Verantwortlichkeit schaffen. Ferner wird unterstellt, dass eine intensive öffentliche Diskussion dazu beitragen kann, den häufig ärgerlichen Kontrast zwischen Gestaltungsbemühungen auf öffentlicher Seite und denen im privaten Bereich zu mildern. Beteiligung soll öffentliche und private Planungen inhaltlich und zeitlich besser synchronisieren.

Die mehrfache Wiederholung der Landeswettbewerbe eröffnete die Chance, das Programm zur Auswahl von geförderten Platzprojekten weiterzuentwickeln. Im Jahr 2004/05 wurde erstmalig ein zweistufiges Verfahren eingeführt (vgl. Hatzfeld 2004, 36ff.). In der ersten Phase des Wettbewerbs haben die Städte und Gemeinden zunächst nur städtebauliche Situationen benannt, die sich aufgrund der örtlichen Situation, des Problemdrucks und ansonsten maßgeblicher Rahmenbedingungen für eine Wettbewerbsbeteiligung eignen. Zugleich haben die Kommunen erste Vorstellungen zu innovativen bürgerschaftlichen Beteiligungsformen sowie grundlegende Gestaltungsansätze entwickelt. Aus diesen Bewerbungen hat eine Jury besonders überzeugende Vorhaben zur Durchführung und Förderung durch das Land empfohlen. Ein wesentliches Auswahlkriterium war dabei die in den Projekten angelegte Verknüpfung zwischen guten Gestaltungsansätzen und -ideen einerseits und anspruchsvollen Beteiligungsverfahren andererseits. Die inhaltlich orientierten Verfahren zur Erarbeitung von Platzkonzeptionen standen dabei in Verbindung mit intensiven öffentlichen Diskussionen (Planungswerkstätten, Workshop-Verfahren, Seminare, Pressearbeit etc.). Öffentlicher Raum wurde in den Kommunen damit tatsächlich zum öffentlichen Thema. Gemäß der Ausschreibung war den Wettbewerbsbeteiligten die Auswahl des bürgerschaftlichen Beteiligungsverfahrens freigestellt. Gleichwohl waren die Reichweite und die Qualität dieser Verfahren Gegenstand der zweiten, abschließenden Jurierung.

Warum, so kann man mit einiger Berechtigung fragen, ist dieses inhaltlich und zeitlich aufwändige Verfahren gewählt worden? Dafür gibt es mehrere Antworten:

- Nordrhein-Westfalen möchte mit der Initiative StadtBauKultur zur europäischen Diskussion über Baukultur beitragen. Dazu bietet sich – unter anderem – eine Auseinandersetzung mit städtebaulichen und gestalterischen Grundfragen wie der Platzgestaltung und -nutzung an. Das gilt umso mehr, als die durch den Wettbewerb gewonnenen Platzideen tatsächlich realisiert werden.
- Mit einem Verfahren, das den größten Teil der aktuellen Platz-Planungen im Land Nordrhein-Westfalen zueinander in einen Vergleich stellt, wird die Vergabe von Städtebaufördermitteln erstmals in eine landesweite Konkurrenz gestellt. Dabei geht es nicht schlicht um Gewinner und Verlierer, es geht auch um die Qualifizierung von Prozessen. Deshalb wird der Wettbewerb mit Diskurs- und Qualifizierungsangeboten verbunden (Kolloquien, Exkursionen, Publikationen).
- Mit der Zweistufigkeit des Verfahrens bzw. mit dem vergleichsweise niedrigen Bewerbungsaufwand in der ersten Phase des Wettbewerbs wurde die „Schwelle“ zur Beteiligung an dem Verfahren deutlich gesenkt.
- Der Wettbewerb „Stadt macht Platz“ sollte daneben auch die Wettbewerbskultur im Land Nordrhein-Westfalen stärken. Mit der Auswahl zur zweiten Stufe des Wettbewerbs hat das Land das Angebot verbunden, die weiteren Qualifizierungs- und Beteiligungsschritte bis zur Vorlage des letztendlich eingereichten Wettbewerbsbeitrages finanziell zu unterstützen.

Das hat vielen Gemeinden die Chance eröffnet, Erfahrungen mit konkurrierenden Verfahren und komplexen Formen der Bürgerbeteiligung zu sammeln.

Die Erfahrungen mit dem Wettbewerb – und insbesondere mit dessen Zweistufigkeit – sind positiv. Die Beteiligung an dem Wettbewerb war gut, genauso wie die fachliche Resonanz. In den letzten Jahren dürfte in Nordrhein-Westfalen nur sehr selten so intensiv öffentlich über städtebauliche Veränderungen diskutiert worden sein. In vielen Städten hat der öffentliche Raum neue Aufmerksamkeit und neue Freunde gefunden. Insofern ist es ausgesprochen erfreulich, dass der Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke, anlässlich der öffentlichen Vorstellung der letzten Wettbewerbsergebnisse am 7. Dezember 2005 eine Fortsetzung der Wettbewerbsreihe angekündigt hat.

Und ein Weiteres hat der Wettbewerb gezeigt: Wenn es darum geht, über Inhalte und Verfahren einer deutschen oder einer europäischen Städtepolitik zu reden, müssen städtische Plätze in dieser Diskussion eine zentrale Rolle spielen. Das nicht nur in baulicher Hinsicht; sondern auch und vor allem deshalb, weil sie Kristallisationspunkte städtischer Öffentlichkeit und bürgerschaftlichen Bewusstseins sein können.

→ Glossar |

Europäische Stadt: Nach Siebel konstituiert sich die Qualität europäischer Städte aus dem Zusammenwirken von fünf Merkmalen. (1) der Präsenz von Geschichte im Alltag des Städters, (2) der Stadt als utopisches Versprechen auf ökonomische und politische Emanzipation, (3) der Stadt als besonderer Ort urbaner Lebensweise, (4) das überkommene Bild von der Gestalt der Europäischen Stadt und (5) die sozialstaatliche Regulierung von Stadt (vgl. Siebel 2004, 18).

Literatur

Siebel, Walter (Hrsg.): Die Europäische Stadt, Frankfurt a.M. 2004.
 Europäisches Haus der Stadtkultur im Auftrag des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW (Hrsg.): 5 Jahre Landesinitiative Stadtbaukultur NRW. Mülheim/Ruhr 2006.
 Hatzfeld, Ulrich: Wettbewerbe im Wettbewerb. Zweistufiges Verfahren im Plätzeprogramm Nordrhein-Westfalen. In: Europäisches Haus der Stadtkultur im Auftrag des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Stadt macht Platz – NRW macht Plätze. Landeswettbewerb 2003 Dokumentation. Lüdinghausen 2004, S. 36-38.



Denkanstöße zur Gestaltung öffentlicher Räume

Wie lassen sich Engagement und private Investitionen für öffentliche Räume aktivieren?

Wie kann eine zeitgemäße Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume aussehen?

Welche Konzepte gibt es anderswo?

Was kann man aus historischen Beispielen lernen?

Vergangenheit als Lehrstoff

Garden Squares und Bürgerparks als Beispiele bürgerschaftlicher Initiative im öffentlichen Raum

Andrea Wulf



Dieser Beitrag zeigt, wie Bürgerinitiativen die Entwicklung des öffentlichen Raumes beeinflusst und zum Teil sogar erst initiiert haben. Lässt man die fast dreihundert Jahre bis zu den Ursprüngen dieser Bewegungen Revue passieren, wird die Bedeutung lokaler Verantwortung und Partizipation damals wie heute deutlich. Eine Untersuchung der anfänglichen Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements in London und anderen britischen Städten zwischen den 1720er Jahren und dem späten 19. Jahrhundert zeigt, wie private und kommunale Bemühungen die Entscheidungsträger auf lange Sicht dazu gebracht haben, öffentliche Räume einzurichten. Darüber hinaus haben diese Initiativen – obwohl sie mittlerweile der Vergangenheit angehören – das Bild heutiger Städte bestimmt und gelten immer noch als legitimes Beispiel für die Bedeutsamkeit kollektiver Bewegungen.

→ Londons Garden Squares |

Seit Jahrhunderten ist London berühmt für seine begrünten Plätze innerhalb der Wohngebiete, die so genannten Garden Squares. Im 18. Jahrhundert lobten ausländische Besucher der Stadt die eleganten Gärten, Springbrunnen und exotischen Bäume, die zu allen Seiten von eleganten Häuserreihen umgeben waren. Johann Wilhelm von Archenholz schrieb 1789, dass die Nutzer dieser Gärten „den Vorteil hatten, reine Luft zu atmen und ihre Ruhe niemals durch auch nur irgendeinen Lärm gestört wurde“ (von Archenholz 1789, 133). Wie heute waren die Garden Squares eingezäunt und nur durch den Schlüssel der wohlhabenden Anwohner zu öffnen, die auf den mäandernden Pfaden spazierten, in den kleinen Pavillons Schatten suchten oder dem gurgelnden Geräusch der Wasserspiele lauschten. Sie galten als heilige Zufluchtsorte im Lärm und Chaos des Verkehrs und der Massen in den Metropolen.

Jedoch waren Garden Squares nicht immer Orte des Friedens, tatsächlich trauten sich „anständige“ Bürger 50 Jahre zuvor noch nicht einmal in ihre Nähe. „Viele verruchte und schlampige Personen kommen regelmäßig und rotten sich darin zusammen“ (Longstaffe-Gowan 2001, 200), berichtete eine Zeitung schockiert über die Landstreicher und Bettler, die besonders die beeinflussbaren Jugendlichen dazu brachten, sich dem Müßiggang und den dort verbotenen Sportarten und Spielen hinzugeben. Statt des Duftes von süßen Blumen oder frisch gemähtem Gras wehte allzu oft der Gestank von Müllbergen in die hübschen Salons der Anliegerhäuser.

Aber das änderte sich, als sich 1726 die reichen Kaufleute und Aristokraten, die am St. James's Square/Piccadilly Circus wohnten, zusammaten und entschieden, etwas gegen diese heruntergekommene Situation zu tun. Damit setzten sie einen Prozess in Gang, der das gesamte Gesicht Londons veränderte. Der Platz war ein leerer Ort gewesen mit nur einem Wagenbauerschuppen auf einer Seite. Länger als vier Jahrzehnte hatte man dort Abfall, Asche und sogar tote Tiere deponiert, so dass sich die Leute beschwerten, der Platz würde „sich seit langem und immer noch in einem verkommenen Zustand befinden – wie ein gemeiner Misthaufen“ (Longstaffe-Gowan, 2001, 196). Die Anwohner trafen sich und reichten im Parlament eine Petition ein, die verlangte, dass sie die Aufsicht über die Unterhaltung des Platzes bekämen. Im April 1726 gab der König sein Einverständnis zu diesem erstmaligen Beschluss, der die Unterhaltung öffentlicher Plätze in Wohngebieten regelte. Obwohl die Anwohner nicht die Eigentümer des Grundstücks waren, wurde ihnen nun damit erlaubt, Entscheidungen über die Nutzung, Reparaturen, Form und Bepflanzung des Platzes zu treffen. Ein Komitee wurde einberufen, das eine Umfrage nach der „besten Methode zur Verschönerung des Platzes“ unter den Anwohnern durchführte (St. James's Square/Trustees' Minutes 1726). Die Anwohner stimmten darüber ab, ob der Platz eingezäunt oder offen gelassen werden und mit Sand- oder Steinwegen versehen werden sollte. Im darauf folgenden Sommer entschied man, dass als zentrales Element ein rundes Wasserbassin mit einem Durchmesser von 45 Metern, umgeben von einem Kiesweg, entstehen sollte. Das Geld für diese Verschönerungen wurde von den Anwohnern aufgebracht und da man in Londons feinstem Wohngegend lebte,

↓ St. James's Square nach den Veränderungen zwischen 1727 und 1728 mit dem runden Wasserbassin in der Mitte. Sutton Nichols Blick auf St. James's Square, nach 1727-28



engagierte das Komitee nach einer Abstimmung Englands renommiertesten Gartenarchitekten jener Zeit, Charles Bridgeman.

1728, nachdem mehr als 3.000 Kubikmeter Abfall weggekartet worden waren und die Arbeit am Bassin beendet war, konnten die Anwohner endlich den Springbrunnen bewundern, dessen Fontäne „wie flüssige Diamanten“ auf das Wasser perlte. Statt Abfall und verwesenden Kadavern sahen sie die Sonne auf der Wasseroberfläche glitzern. Während der Nacht erleuchteten Lampen den Platz und zwei Aufseher patrouillierten regelmäßig. Der Beschluss von 1726 ermöglichte dem Komitee auch jeden zu bestrafen, der den Platz verschmutzte oder widerrechtlich betrat. Dieser Zustand war allein durch die Initiative der Bürger möglich geworden. Ihre konzertierte Aktion hatte nicht nur dazu geführt,

dass ein heruntergekommener öffentlicher Raum verändert wurde, sondern hatte auch andere Hausbesitzer und Mieter dazu ange-regt, für die Kontrolle über ihre Plätze zu kämpfen. Nachdem mehrere Menschen in Lincoln's Inn Field ermordet worden waren, wo Raubzüge, Überfälle und Belästigungen an der Tagesord-nung waren, folgten die Anwohner von Lincoln's Inn Fields dem Beispiel von St. James's Square. Sie planteten das, was ihre Zeitge-nossen als die „Herberge der Bettler und Diebe“ (Ralph 1734, 28) beschrieben, in eine Oase der Schönheit zu verwandeln. Innerhalb von nur zwölf Monaten nach ihrer erfolgreichen Peti-tion im Jahre 1734 hatten sie einen Garten mit Springbrunnen, Wiesen und Kieswegen errichtet. Andere, die ebenfalls empfan-den, dass sich ihr Platz „dem Ruin und Verfall“ (Sheppard 1963, 145) näherte folgten, und so entstand ein Platz nach dem ande-

ren – saniert, unterhalten und kontrolliert durch die Anwohner.

Die meisten dieser Plätze wurden, da Zäune und Tore aufgestellt wurden, zu halböffentlichen Orten. Menschen, die dort nicht wohnten, mussten in die königlichen Gärten gehen, die der breiten Öffentlichkeit zugänglich waren. Hier „vermischten sich der Adel und die nobelsten Damen des Hofes mit der übelsten Ge-sellschaft“, wie ein ausländischer Besucher beobachtete und schrieb nach Hause: „Das ist wohl ganz nach dem Geschmack der Engländer, die sich dieser Sache rühmen als ein Teil ihrer – wie sie es nennen – Freiheit“ (Prévost 1930, 118). Seit dem 18. Jahrhundert, als der Hyde Park, St. James's Park und Green Park der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, spazierten die Londoner über ihre Wege. Kindermädchen schoben die Kleinkin-

↓ *Menschen beim Spaziergehen, Unterhalten und Spielen im St. James's Park, anonym 1826 © Corporation of London*



der in ihren Kinderwagen, Herren grüßten einander vom Sattel ihrer Pferde während die aristokratischen Damen sich gegenseitig von ihren Kutschen beobachteten. Sonntags spazierten dort die jungen Damen in ihren besten Kleidern und Kinder vergnügten sich mit Kegelspielen auf dem Rasen. Da sie in einer Stadt lebten, in der sich die Sonne für Tage hinter Wolken von Kohlenstaub versteckte, genossen die Londoner die Oase der frischen Luft in diesen öffentlichen Grünanlagen. Andere Stadtbewohner hatten oftmals nicht diese Gelegenheit.

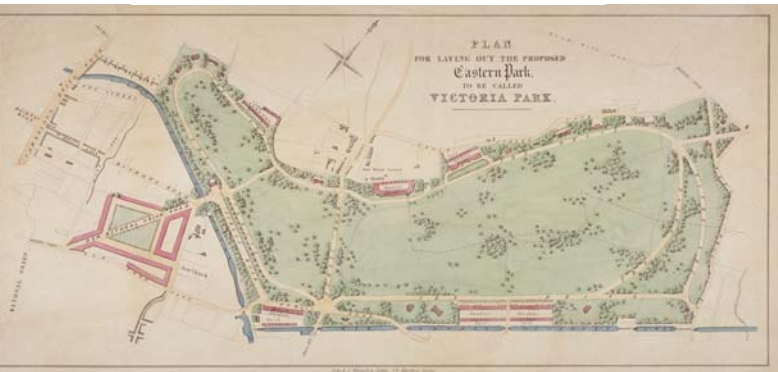
→ Bürgerparks |

Mit dem Einsetzen der Industriellen Revolution veränderte sich England. Kleine Städte wuchsen in der Nachbarschaft der Fabriken und Produktionszentren. Reihen winziger, flacher Häuser entlang enger Straßen bildeten neue Stadtränder. Die Lebensbedingungen der neuen Arbeiterklasse waren elendig. Ganze Familien, Kinder eingeschlossen, arbeiteten von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang in den neuen Fabriken und Zechen. Städte mit Eisenproduktion waren in einen Nebel von Schwefel gehüllt, Zentren der Kohleförderung waren wie von schwarzem Staub überzogen. Viele Städte waren nur unzureichend mit sanitären Einrichtungen ausgestattet, so dass die Abwassersysteme überliefen. Das verunreinigte Trinkwasser ließ Typhus und Cholera entstehen. Statis-

tiken zeigen in der Mitte des 19. Jahrhunderts eindeutige Verbindungen zwischen den erbärmlichen hygienischen Bedingungen und einer geringen Lebenserwartung. Je höher die Bevölkerungsdichte, desto geringer war die Lebenserwartung. Untersuchungen über das urbane Leben verdeutlichten, dass der einzige Weg zur Vermeidung der Epidemien sauberes Wasser, ein effizientes Klärsystem und saubere Luft seien. „Schädliche Dämpfe“ (Chadwick 1843) wie man sie oft nannte, beförderten die Krankheitserreger. Die Versorgung mit sauberer Luft wurde als essentiell angesehen. Die neuen Städte hatten keine Marktplätze, Gemeindewiesen oder angrenzende Felder wie die vorindustriellen Städte und Dörfer.

Im Jahre 1833 wurde der „Report of the Select Committee on Public Walks (SCPW)“ veröffentlicht, in dem beschrieben wurde,

↓ Vorgeschlagener Plan für den Victoria Park in Hackney, circa 1845, Stich von J. & A.J. Waterlow



wie viel öffentlicher Raum den Bürgern zur Verfügung stand und welcher Art er war. Darin wurde ebenso dargelegt, wie man die Situation verbessern konnte. Der Bericht stellte fest: „Mit einer rapide ansteigenden Bevölkerung, die zum großen Teil in Häusern mit dunklen Höfen und engen Straßen untergebracht ist, wird die Möglichkeit zur Bewegung und Erholung in der frischen Luft Tag für Tag verringert“ (Report of the Select Committee on Public Walks 1833). Weiter wurde darin ausgeführt: „Da sie als Mechaniker und Arbeiter während der Woche eingesperrt, in überhitzten Fabriken oftmals weggeschlossen sind, muss klar sein, dass es am wichtigsten für ihre Gesundheit ist, ihre Ruheta-ge in der frischen Luft zu genießen und mit ihren Familien ange-

nehm zu verbringen“ (Report of the Select Committee on Public Walks 1833). Öffentliche Parks und frische Luft, erklärte der Bericht, würden die Gesundheit der Städter und ihr moralisches Wohlbefinden sehr verbessern. Ein Jahr später verkündete ein anderes Select Committee (diesmal für „Trunkenheit“), dass Parks das beste Mittel gegen den „Teufel Alkohol“ wären und empfahlen „öffentliche Spazierwege und Gärten oder allgemein zugängliche Orte für gesunde und sportliche Übungen in der frischen Luft in der unmittelbaren Umgebung jeder Stadt“ (Report of the Select Committee of Inquiry into Drunkenness among the Labouring classes of the United Kingdom 1834).

Statt sich des Glückspiels oder des Alkohols in den Kneipen hinzugeben, glaubten viktorianische Reformer daran, dass die Arbeiterklasse „züchtig und glücklich“ (anonym 1847, 35) würde, sobald Parks zur Verfügung stünden. Die Einrichtung von Parks, meinte das SCPW, würde die Familie unterstützen, indem sie „die Arbeiter dahin bestärkten, soviel Zeit wie möglich mit ihrer Familie zu verbringen anstatt wie in vielen Fällen allein herumzu-irren“ (Conway 1991, 35). Zur gleichen Zeit wurde die Einrichtung von Parks als politisches Instrument zur Beruhigung der revolutionären Kräfte angesehen. In jenen Zeiten sozialer Unruhe erhoffte sich die Aristokratie und die Mittelklasse durch die Vermischung der Menschen verschiedener Klassen in ihren Parks die Reduktion der bereits tief gehenden Spannungen. Die Berichte zeigten ein lebhaftes Interesse an dieser Art von Integration. In den frühen 1940er Jahren unternahmen einige Ämter, wohlhabende Bürger und Gemeinden die Initiative, „grüne Lungen“ für die Städte zu erschaffen.

Einer der ersten Parks war der Victoria Park im Londoner East End. Motiviert durch einen Bericht über die Tatsache, dass die Sterblichkeitsrate dort doppelt so hoch sei wie im schicken West End (wo sich all die königlichen Parks und Garden Squares befanden), initiierte das Parlamentsmitglied dieses Wahlbezirks öffentliche Versammlungen für die Gemeinde. Dabei wurde entschieden, Königin Victoria nach „der Praktikabilität der Einrichtung eines königlichen Parks“ (Conway 1991, 41) im East End zu befragen. Mehr als 30.000 Bürger unterschrieben diese Petition und wurden durch den Bau des Victoria Parks 1842 für ihr Engagement belohnt. Andere Städte verließen sich nicht auf die

königliche Gnade sondern auf das Wohlwollen von Geschäftsleuten, um Land für die Einrichtung eines Parks zu erwerben. Im Jahre 1843 versuchte eine Kommune, den ersten städtischen Park in einer großen Industriestadt zu errichten.

Kommunale Initiativen

Manchester war das Zentrum der Baumwollindustrie, seine Arbeiterklasse war in wenigen Jahren sehr schnell gewachsen. Als der französische Aristokrat Alexis de Tocqueville 1835 den Rauch, der die Stadt verbarg, und die dürrftigen Häuser der Armen sah, dachte er, dass „aus dieser schmutzigen Kloake pures Gold fließt“ (Briggs 1999, 214). Es handelte sich um diese schreiende Armut, die Friedrich Engels 1844 zu seinem berühmten Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ inspirierte. Das Leben der Fabrikarbeiter in Manchester war trostlos. Wieder war es ein Parlamentsmitglied, das eine Debatte über grüne Räume in Manchester in Gang brachte. Da es ziemlich unwahrscheinlich war, Geld von einem königlichen Abgesandten zu erhalten, hing die Geldbeschaffung allein von der Kommune ab. 1834 empfahl ein provisorisches Komitee, dass Manchester nicht nur einen sondern vier Parks benötigte, um die Bevölkerung zu versorgen. Die geschätzten Kosten beliefen sich auf 25.000 Pfund, eine enorme Summe zu einer Zeit, in der ein Arbeiter im Jahr 10 Pfund und ein Maurer 17 Pfund verdiente. Ein „Public Walks, Parks, Gardens and Play Grounds Committee“ wurde ernannt, um diese Projekte zu leiten. Seine erste Aufgabe war es, die benötigten Gelder zu organisieren. Es wurde vorgeschlagen,

dass jedes spendenbereite Gemeindemitglied einen Betrag seiner Wahl zur Verfügung stellen konnte. Der Aufruf erklärte den Armen, dass jeder und sei es auch nur der kleinste Betrag die Entwicklung vorantreiben würde, und ermutigte zu Spenden von nur wenigen Pence. Andere Gruppen gingen von Tür zu Tür, um die Menschen von der Wichtigkeit der Parks zu überzeugen. Zur gleichen Zeit wurden regelmäßige Versammlungen in öffentlichen Hallen, Spinnereien und Werkstätten abgehalten. Die Vortragenden betonten den Vorteil, den die Parks für die Gesundheit bringen würden, da doch die Gesundheit das einzige Ziel wäre, welches den Arbeitern in ihrer Armut bleiben würde. Im September 1844 hörten 5.000 Arbeiter eine Rede, in der der menschliche Körper mit einer Maschine verglichen wurde: So wie die Maschine Öl benötigte, bräuchte der Körper frische Luft, da wie der Redner betonte „schlechte Luft den Körper mit Unreinheiten füllt und seine Möglichkeiten und Fähigkeiten beeinträchtigt. So wie schlechtes Öl die Maschine blockiert und ihre Funktionen behindert“ (Conway 1991, 50). Wieder einmal waren ausländische Besucher erstaunt über die „vereinte Anstrengung“ (Faucher 1844, 55), in der wohlhabende Bürger fürstliche Spenden bereitstellten und die Arbeiterklasse Propagandakomitees zusammenstellte, um das Geld zu sammeln. Bis zum Weihnachtsfest 1845 wurden 30.000 Pfund gesammelt. Landschaftsarchitekten wurden zu einem Gestaltungswettbewerb eingeladen. Um zu gewährleisten, dass der Park tatsächlich ein Park für die Bürger werde, behielt sich das Komitee das Recht vor, Veränderungen durch die ganze Bauphase hindurch vorzunehmen, statt den ganzen Prozess den Planern zu überlassen.

↓ Queen Victorias Aufzug am Peel Park in Manchester im Jahre 1851



Der Park und die Bewegung für den öffentlichen Raum

Langsam kam die Bewegung für die Bürgerparks in Gang und während der folgenden Jahrzehnte profitierten die meisten Städte entweder von wohlhabenden Spendern, den kommunalen Verwaltungen oder den Bürgerinitiativen. In Bradford überredete ein reicher Unternehmer der Textilindustrie seine Freunde, Geld für den Erwerb von Land für die Bürger der Stadt zu spenden. Die Gewerkschaft der Wollsortierer – the Amicable Society of Woolsorters of Bradford – hatte bereits eine Unterschriftenaktion für einen Park mit kalten und heißen Bädern gestartet. Als er im

Mai 1846 eröffnet wurde, erhielt der Park sogar eine Auszeichnung der Königin. Es gab einen Chinesischen Pavillon, in dem Tee und Snacks serviert wurden sowie kleine Häuschen, in denen sich der Besucher entspannen konnte. Die verschiedenen Park-Komitees in ganz England listeten die Angebote auf, welche besonders beliebt waren: Sitze, explizite Terrains für sportliche Aktivitäten, ornamentale Pools, Trinkwasserbrunnen und Erfrischungspavillons. Spielplätze wurden eingerichtet, wobei die „rauhen“ Jungs von den Mädchen getrennt wurden, da man glaubte, dass die Jungs die Mädchen nicht auf die Schaukel ließen. Wettbewerbe wurden ausgetragen, wobei man die Landschaftsarchitekten immer wieder ermahnte, dass sie „einen Park für die Öffentlichkeit erarbeiteten, der jederzeit zugänglich sein müsse, und keinen privaten Vergnügungspark“ (Conway 1991, 248). Während des gesamten Planungs- und Bauprozesses war die Unterstützung der Einwohner sehr wichtig, da sie über die Unterschriftenaktionen hinaus gebeten wurden, Baumaterialien wie Steine, Ziegel, Holz, Bäume und Hecken sowie Tore und Zäune zu spenden.

All diese lokalen Initiativen lösten eine nationale Bewegung aus, die in die Gründung der so genannten Gesellschaften für den öffentlichen Raum mündete. Dabei handelte es sich um Gruppen, die sich explizit um die Entwicklung von Grünanlagen innerhalb der Städte kümmerten, indem sie ehemalige Friedhöfe und Kirchhöfe in Erholungsgebiete verwandelten oder kleine Gärten, Spielplätze und Parks betreuten. Die Bedeutung von Englands innerstädtischen Grünanlagen wurde erstmals in dem Bericht des Select Committee erkannt und herausgestellt. Ihren Ursprung

jedoch hatte die Initiative, Parks und Gärten zu entwickeln, im Engagement der Bürger und lokaler Kampagnen. Es war ihr Ehrgeiz, ihr Engagement und oftmals ihre Großzügigkeit, die die Städte für immer veränderte.

Öffentlicher Raum war und ist ein wichtiger Bestandteil der Städte. Private Kampagnen können Städte verändern und sie in lebenswertere und humanere Orte verwandeln. Kommunale Projekte und kollektive Aktionen in einem Stadtteil ermöglichen es den Bürgern, die Umgebung, in der sie leben, zu gestalten. Dabei ist es unerheblich, ob es sich bei den Initiatoren um Privatpersonen oder Geschäftsleute handelt. Die Formen der Teilnahme an bürgerschaftlichen Initiativen reichen von der Organisation von Kampagnen über Stadtteilversammlungen bis hin zur praktischen Unterstützung einer Gestaltung öffentlicher Räume. Auch wenn die frühen Beispiele dieser Initiativen zum Teil nur zum Pflanzen einiger Bäume oder zu der Bereitstellung von Schaukeln verhalfen, zusammengenommen bildeten sie eine Bewegung, von der heute gelernt werden kann, Bürger und Stadtverwaltungen zur Zusammenarbeit zu ermutigen, um gemeinsam für eine Verbesserung des öffentlichen Raumes einzustehen.

↓ Der Trinkwasserbrunnen im Victoria Park in Hackney wurde von einem wohlhabenden Philanthrop fast zwei Jahre nach der Eröffnung des Parks gespendet. Malerei von Robert Dudley aus dem Jahre 1861



→ Glossar |

Garden Squares: Begrünte halböffentliche Plätze innerhalb von Wohngebieten (vorwiegend in London). Von einem Zaun umgeben ist die Nutzung der Garden Squares zumeist den Anwohnern, die über einen Schlüssel zur Pforte des Square Gardens verfügen, vorbehalten.

Bürgerparks: Öffentliche Parkanlagen, deren Entstehung zumeist auf private Spenden, Initiativen der kommunalen Verwaltungen oder Bürgerinitiativen zurückgehen. Bürgerparks entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Gegenimpuls zu den schlechten hygienischen Lebensbedingungen der Industriestädte.

Literatur

- Anonymous, *The Strangers' Guide Through Birkenhead*, Birkenhead 1847.
 Briggs, Asa, *A Social History of England*, London 1999.
 Burnett, John, *A History of the Cost of Living*, Harmondsworth 1969.
 Chadwick, E., *The Practice of Internment in Towns, Supplementary Report in The Sanitary Condition of the Labouring Population of Great Britain 1843*.
 Conway, Hazel, *People's Parks. The Design and Development of Victorian Parks in Britain*, Cambridge 1991.
 Engels, Friedrich, *Condition of the Working Class in England in 1844*, London 1888.
 Faucher, L., *Manchester in 1844*, London 1844.
 Forrest, Denys, *St James Square. People, Houses, Happenings*, London 1986.
 Longstaffe-Gowan, Todd, *The London Town Garden 1740 – 1840*, London 2001.
 Poulsen, C., *Victoria Park. A Study in the History of East London*, London 1976.
 Prévost, Abbé, *Adventures of a Man of Quality*, translated by Mysie E.I. Robertson, London 1930.
 Quest-Ritson, Charles, *The English Garden. A Social History*, London 2001.
 Ralph, James, *A New Critical Review of the Public Buildings ... in and about London*, London 1734.
 Report of the Select Committee of Inquiry into Drunkenness among the Labouring classes of the United Kingdom, *Parliamentary Paper*, London 1834.
 Report of the Select Committee on Public Walks, *Parliamentary Paper*, London 1833.
 Sheppard, F.H.W. (ed), *Survey of London, St James Westminster, Part I, Vol. 29 & 30*, London 1960.
 Sheppard, F.H.W. (ed), *Survey of London, St James Westminster, Part II, Vol. 31 & 32*, London 1963.
 Sheppard, F.H.W. (ed), *Survey of London, St Anne Soho, Vol. 33 & 34*, London 1966.
 St James's Square Trustees' Minutes: manuscripts aus der London Library, St James's Square.
 Tinniswood, Adrian, *The Polite Tourist*, London 1998.
 Thompson, E.P., *The Making of the English Working Class*, London 1968.
 von Archenholz, Johann Wilhelm, *A Picture of England*, London 1789.
 van Muyden, Madame (ed.), *A Foreign View of England in the Reigns of George I & George II. The Letters of Monsieur Cesar de Saussure to his Family*, London 1902.
 Whitaker, B.C.G. and K. Browne, *Parks for People*, London 1971.

„Hannover schafft Platz“

Das Stadtplatzprogramm der Landeshauptstadt Hannover

Oliver Kuklinski im Gespräch mit Stadtbaurätin Uta Boockhoff-Gries



Die niedersächsische Landeshauptstadt

ist im Anschluss an das Großereignis der Weltausstellung EXPO 2000 und den damit verbundenen Herausforderungen an die Stadtentwicklung wieder im Alltagsgeschäft angekommen. Mit „Hannover plus 10“ wurde durch die Stadtverwaltung ein neues Stadtentwicklungsprogramm erarbeitet. Ein Schwerpunkt darin bildet die Stärkung und nachhaltige Attraktivierung der 52 Stadtteile als Wohn- und Lebensorte der Hannoveraner. Einen Beitrag dazu leistet das Stadtplatzprogramm „Hannover schafft Platz“. Mit dessen Initiatorin, der hannoverschen Stadtbaurätin Uta Boockhoff-Gries (U. B.-G.), sprach Oliver Kuklinski (O.K.) über die hannoverschen Strategien zum Umgang mit dem öffentlichen Raum.

O.K.: Welchen Aufgaben im öffentlichen Raum hat sich Hannover im Anschluss an die Weltausstellung EXPO 2000 zugewandt?

U. B.-G.: Im Zuge der Planungen für die EXPO wurde die Aufwertung des öffentlichen Raums konzentriert auf die Innenstadt vorangetrieben. Aufgrund begrenzter finanzieller Spielräume im Stadthaushalt musste diese Priorität gesetzt werden. Nach der EXPO wurde die Aufwertung der Stadtteile in den Vordergrund gerückt. Und dort waren es unter anderem die Plätze. Deshalb haben wir das Stadtplatzprogramm schon 1998 auf den Weg gebracht und uns bei der Mittelausgabe auf die Aufwertung von Plätzen in verschiedenen Stadtteilen konzentriert. Und die Aufwertung ist auch sehr gut gelungen. Im Städtevergleich steht Hannover beim Thema „Öffentlicher Raum“ gut da. Wir müssen

jetzt aufpassen, dass auch die Straßen und Straßenseitenräume in gutem Zustand bleiben – ein nächstes wichtiges Projekt im öffentlichen Raum, für das wir ebenso wie für eine Intensivierung der Pflege der neu gestalteten Stadtplätze mehr Geld vom Rat bewilligt bekommen haben.

O.K.: Wie sind Sie bei der Vorbereitung für „Hannover schafft Platz“ (vgl. Göbel-Groß 2000) vorgegangen?

U. B.-G.: Wir haben 89 von insgesamt 258 Stadtteilplätzen benannt, bei denen es Erneuerungsbedarf gab. Wichtig war dabei für uns, das Programm so anzulegen, dass aus allen Stadtbezirken Plätze in das Programm aufgenommen werden, die eine Schlüsselfunktion für ihren Stadtteil haben. Der öffentliche Raum ist ein wesentliches Element bei der Identifikation eines Stadtteils. Das gilt auch für die Innenstadt, die sowohl von den Besuchern als auch von den Einwohnern über den öffentlichen Raum beurteilt wird. In den Stadtteilen entsteht das Zugehörigkeitsgefühl zu „meinem“ Stadtteil ebenfalls über die öffentlichen Räume. Auch Bürger aus anderen Stadtteilen beurteilen die Stadtteile sehr häufig nach ihren Plätzen. Und jene, die dort wohnen und eingebunden sind und diese Plätze täglich nutzen, tun dies sowieso.

O. K.: Wie gelingt es, den öffentlichen Raum in diese Priorität zu bekommen, wie gelingt es die Unterstützung der Politik zu gewinnen?

U. B.-G.: Bei dem Stadtplatzprogramm ist das die Folge von kontinuierlicher Arbeit. Das Programm hätten wir ja ohne arbeitsin-

↓ Nachnutzung des EXPO-Geländes:
neues Verwaltungsgebäude der NILEG



tensive Vorbereitung nicht hinbekommen. Die Verwaltung hatte bereits Mitte der 90er Jahre ein Konzept für die Umgestaltung und Aufwertung der Innenstadtplätze vorgelegt. Den Erfolg dieses Innenstadtkonzeptes sah man dann zur EXPO. Für das Stadtentwicklungsprogramm „Hannover 2005“ gab es einen vom Oberbürgermeister veranstalteten Bürgerdiskurs und da entstand die Idee, ein Manifest für die öffentlichen Räume zu erstellen. Dabei wurden verschiedene Akteure einbezogen, moderiert von der Universität. Dieses neue Programm für die Stadtplätze fußt also auf der Grundlage dieses 1998/99 entstandenen Manifestes für öffentliche Räume (Landeshauptstadt Hannover 1999). Als erstes musste dann eine Strategie entwickelt werden. Dem folgten die Analyse der Plätze und eine erste Planung, in allen 13 Stadtbezirken beispielhafte Plätze umzugestalten. Wichtig dabei war, Sponsoren und die privaten Eigentümer davon zu überzeu-

↓ *Stadtplatzprogramm: neu gestalteter Fiedelerplatz in Hannover-Döhren*



↓ *Stadtplatzprogramm: Stadtteilabenteuer auf dem neuen Bonifatiusplatz in Hannover-List*



↓ *Stadtplatzprogramm: Neugestaltung einer abgehängten Straßeneinfahrt am Emmichplatz*



gen, sich an den Maßnahmen zu beteiligen. Ebenso wichtig ist es, die Bürger in die Prozesse mit einzubeziehen. Dafür gibt es die moderierten Bürgerbeteiligungen. Nur so ist eine maximale Akzeptanz erreichbar. Ohne Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger und der anliegenden Geschäftsleute und Hauseigentümer geht es nicht. Deren Bereitschaft, sich auch finanziell an der Umgestaltung eines Platzes zu engagieren, hängt ausschließlich davon ab, ob sie sich mit dem Vorhaben identifizieren und sie von einer tatsächlichen Verbesserung ihres Umfeldes ausgehen.

O.K.: Wo setzen Sie weitere Schwerpunkte im öffentlichen Raum?
U. B.-G.: Aufgrund der angespannten Haushaltslage mussten wir Schwerpunkte bilden und ich denke, dass wir das sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen getan haben. Das Lichtkonzept, das wir von einer externen Lichtplanerin für die Innenstadt machen lassen, ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir trotz geringer werdender Mittel doch wirkungsvoll gestalterisch Einfluss nehmen können. Wir haben ein Gesamtbudget zur Verfügung und wir müssen eine Einsparungsvorgabe erfüllen. Dabei wird kein Bereich ausgenommen. Unsere Aufgabe besteht also darin, Qualitäten herauszuarbeiten, Schwerpunktinvestitionen zu tätigen und insgesamt aber sparsam zu wirtschaften. Mit der Veranstaltung der Lichtwoche im März konnten wir zeigen, wie effektiv Licht und Beleuchtung im öffentlichen Raum sein kann.

Es konnte damit die historische Bausubstanz auch nachts in Szene gesetzt werden. Das war weniger als Event oder Kunst gedacht, sondern als ein Beispiel für eine adäquate Beleuchtung wertvoller hannoverscher Gebäude: Altes Rathaus, Neues Rathaus, Oper, Landtag. Die Lichtwoche war zwar nur eine temporäre Aktion. Es werden zurzeit aber Gespräche mit dem Ziel geführt, eine dauerhafte Beleuchtung des einen oder anderen Objekts zu erreichen. Ob das gelingt, hängt davon ab, ob Sponsoren dafür gewonnen werden können.

O. K.: Stichwort Sponsoren und privates Engagement im öffentlichen Raum: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Verfügungsrechten und der Steuerung, der Nutzung des öffentlichen Raumes? Wie beurteilen Sie die Konkurrenz zwischen öffentlichen, gemeinwesenorientierten Interessen und privaten, kommerziellen

↓ Neues Rathaus Hannover mit Standardbeleuchtung



Anliegen? Welche Steuerungsmöglichkeiten sehen Sie konkret, wenn beispielsweise eine Übernutzung der Räume und Plätze durch kommerzielle Aktivitäten droht?

U. B.-G.: Dieses Thema gehen wir offensiv an. Gegen eine Übernutzung muss man etwas unternehmen. Beim Ernst-August-Platz vor dem Hauptbahnhof waren unsere Bemühungen erfolgreich. Wir konnten hier zum Beispiel verhindern, dass ein Biergarten eingerichtet wird. Es waren Überzeugungskraft und Durchhaltevermögen gefragt. Die Gefahr der Übernutzung besteht perma-

↓ Neues Rathaus Hannover im Rahmen der Lichtwoche 2006



nent weiter – die Begehrlichkeiten sind groß. Die Stadt leistet stete Überzeugungsarbeit bei den Veranstaltern und Betreibern von Außengastronomien, dass die Funktion und die Qualität von öffentlichen Plätzen darin bestehen, eine freie Zugänglichkeit für jedermann zu bieten.

Wir als Stadt müssen immer wieder den Anspruch verteidigen, dass die Qualität eines öffentlichen Raumes für alle Nutzer gegeben sein muss. Es kann nicht im Interesse eines einzelnen privaten Anlegers entschieden werden, wenn dadurch die Nutzungsqualitäten für alle anderen Nutzer leiden.

O.K.: Beim Ernst-August-Platz, dem Bahnhofplatz, haben sich ja die anliegenden Geschäftsleute zusammengetan. Haben Sie den Eindruck, dass auf dieser Seite Verständnis besteht für diese eben von Ihnen erwähnte hohe Nutzungsanforderung? Wie gehen Sie bei der Vermittlung dieser unterschiedlichen Interessen vor? Sehen Sie sich bzw. sieht die Stadt sich in der Rolle der Moderatorin?

U. B.-G.: Das ist von Fall zu Fall verschieden. Am Opernplatz beispielsweise hat die Initiative der dort anliegenden Geschäftsleute

Konzepte einer engagierten Landschaftsarchitektin vorgelegt, mit der uns ein ähnliches Verständnis verbindet. Hier muss man jetzt schauen, wie weit diese Akteure die anderen Hauseigentümer, Laden- und Restaurantbetreiber einbinden können. Da werden wir Seite an Seite für eine Verbesserung kämpfen.

Es gibt aber auch eine Reihe anderer Projekte, wo dieses gemeinsame Verständnis zwar im Großen und Ganzen da ist, aber die Detailfragen ganz anders beurteilt werden. Da müssen wir natürlich vermitteln. Und das ist eine ständige Herausforderung – vor allem für den Stadtgestalter und die verantwortlichen Mitarbeiter. Bei der Planung einer Mall müssen wir immer wieder bedenken, dass die Konkurrenzfähigkeit der anliegenden Einzelhändler und Kaufhäuser erhalten bleibt.

Gegenüber einer Mall haben die normalen Einkaufsstraßen – durchsetzt mit Restaurants und Straßengastronomie – auch ihre deutlichen Vorteile wie das Flanieren oder der Aufenthalt mit Open-Air-Atmosphäre und die damit verbundenen spontanen Dinge und unerwarteten Ereignisse wie Straßenmusik, ein unverhoffter Regenschauer oder Sonnenschein. Es sind vor allem die vielen schönen, sinnlichen Eindrücke und Chancen für die einzelnen Händler und Restaurantbetriebe, die eine Mall nicht bieten kann. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Darum bemühen sich zurzeit beispielsweise die Initiatoren des sehr engagierten Altstadtkreises, der straßenweise arbeitet, also kleine Einheiten in die Gesamtplanung mit einbringt.

O. K.: Sind jetzt weitere investive Mittel der Stadt zur Aufwertung des öffentlichen Raums zu erwarten? Oder ist man angewiesen

auf das private Engagement?

U. B.-G.: An erster Stelle steht zurzeit das private Engagement und das öffentliche Engagement folgt bei Erfolg versprechenden Projekten. So werden wir zum Beispiel die Wiederherstellung der Gehwegflächen für den Haushalt anmelden, nachdem sich das private Engagement abzeichnet.

O. K.: Das ist dann im Grunde auch eine → Public-Private-Partnership | ?

U. B.-G.: Ja, ich denke das entspricht einer Public-Private-Partnership. Man muss immer schauen, wer wie viel aufbringen kann. Wie leistungsfähig ist eine Initiative? Ich bin der Meinung, dass das Aufräumen und Verschönern sehr gut von den Privaten übernommen werden kann. Den Rahmen müssen wir allerdings von der Stadt festlegen. Das könnte auch beim Lichtkonzept so sein. Hier dürfen sich die einzelnen Gebäude nicht gegenseitig überstrahlen, sondern es muss ein gemeinsamer Rahmen verabredet sein. Dasselbe gilt auch für die Stadtmöblierung. Einen großen Teil übernimmt hierbei die Stadt. Wir haben immer wieder festgestellt, dass sich private Partner oft zu strategischen Partnern über ihre eigenen Interessen hinaus entwickeln, wenn man ihnen nur mehr Raum zur Entfaltung lässt.

O. K.: Sie haben beschrieben, wie viel in der Innenstadt passiert, dass es dort zahlreiche Initiativen gibt und wie stark die vermittelnde und Rahmen gebende Rolle ist, die Ihr Dezernat hat. Binden Sie damit nicht zu viele Kräfte allein für den Innen-

↓ Hannovers Visitenkarte: Ernst-August-Platz 



stadtbereich? Wie sieht es aus mit den Ressourcen für die Stadtteile und das Stadtplatzprogramm, das ja die peripheren Stadtplätze, die Wohnstandorte im Fokus hat. Ist das alles noch zu leisten für die Stadt Hannover?

U. B.-G.: Wir hatten den Sonderinvestitionstopf im Vorfeld der EXPO – da haben wir mit den richtigen Investitionen aus EXPO-Mitteln viel umsetzen können. Und davon profitieren wir auch heute noch. Denn rund um den Bahnhof sind jetzt Folgeinvestitionen von ca. einer halben Milliarde Euro erfolgt. Wohlge-merkt:

↓ *Gestifteter Brunnen auf dem Ernst-August-Platz Hannover*



private Investitionen! Und das auf der Grundlage von etwa fünf Millionen Euro, die wir als Stadt investiert haben.

O.K.: Bergen diese Folgeinvestitionen nicht auch die Gefahr, dass die öffentliche Hand irgendwann genötigt ist, die Pflege und Unterhaltung – und irgendwann auch die Erneuerung dieser von privaten Investitionen finanzierten Projekte zu übernehmen?

U. B.-G.: Das ist in der Tat ein berechtigter Einwand. Es gibt dafür eine Reihe von Beispielen hier in Hannover. Dieses Thema fordert

uns enorm. Zum Beispiel: die Stadtreparatur von Großprojekten der 60er und 70er Jahre.

Wir stehen häufig in dem Spannungsfeld, Impulsgeber für private Investitionen zu sein und anschließend angemessen auf dieses private Engagement zu reagieren. Es tritt aber auch häufig der Fall ein, dass private Investoren von sich aus mit eigenen Anregungen kommen und wir dann gemeinsam besprechen, welche Möglichkeiten es zur Umsetzung gibt.

Unser Ziel bei all dem ist es immer, das Image der Stadt und die Aufenthaltsqualität in der Stadt stetig zu verbessern, private Investitionen zu fördern und einen Beitrag zum sozialen Ausgleich zu leisten. Und das betrifft dann wiederum die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt und ihren Stadtteilen.

O. K.: Gibt es denn in Hannover trotz knapper Kassen Raum für weitere Experimente? Sind diese nicht vielleicht sogar notwendig?

U. B.-G.: Ja, es ist nötig, aber es ist schwierig, jemanden zu finden, der Geld dafür in die Hand nimmt. Experimentieren heißt heute in erster Linie, Rahmenbedingungen für Experimente zu schaffen und Dinge auch temporär zu ermöglichen, die andere initiieren. So wie beispielsweise die Veranstaltung „Halbe Meile“ der Architekturfakultät der Universität im Rahmen ihrer 175-Jahr-Feier. Wir erleben immer mehr Events in den Städten. Da muss man sehr genau gucken, was Qualität hat und was nicht; was das Klima in der Stadt fördert, was unsere Stadt von anderen Städten unterscheidet. Deshalb bin ich dafür, Experimente zuzulassen. Aber dies ist ein schmaler Grat.

O.K.: Verdammt dies nicht zum Mittelmaß?

U. B.-G.: Nein. Aus meiner Sicht ist der sparsame Umgang mit Mitteln sowohl im öffentlichen Raum als auch beim Hochbau nicht mit Mittelmaß gleichzusetzen. Was ich wichtig finde: In Hannover werden Gesamtstrategien für die Stadt entwickelt, aus denen dann Einzelprojekte hervorgehen. Dadurch ist es auch möglich, in der Öffentlichkeit und in der Politik Rückhalt zu gewinnen. Wir vermitteln damit Transparenz und Berechenbarkeit. Das sind zwei sehr wichtige Dinge.

O. K.: Was sehen Sie jetzt als Herausforderung für den zweiten Teil des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend? Als besondere Herausforderung in Bezug auf die Stadtentwicklung in Hannover?

U. B.-G.: Ich sehe mehrere Herausforderungen: Die Attraktivität der Innenstadt muss gesichert und ausgebaut werden. Die Arbeitsplätze in der Kernstadt müssen gehalten werden. Wir müssen die jungen Menschen halten und die Herausforderung „Demografische Entwicklung“ bewältigen. Die Konkurrenz der Städte untereinander wird vor allem ausgetragen über das Angebot an Wissenschaftseinrichtungen, über das Angebot an Kultur und unter anderem auch über die Qualität des öffentlichen Raumes. Als weiteren Punkt sehe ich die Aufgabe, eine gezielte bauliche Stadtteilentwicklung zu betreiben. Das kann mal eine Entdichtung sein, das kann mal eine Verdichtung sein. In Zeiten der allgemein zunehmenden Austauschbarkeit wird die sensible und den Bedürfnissen der Bewohner entsprechende Gestaltung der Stadtteilplätze, der Grünräume und der Straßen als Orte der

Identifikation und als Orte der Begegnung eine immer wichtigere Rolle spielen.

Das Gespräch fand am 8. Mai 2006 im Baudezernat der Landeshauptstadt Hannover statt.

→ Glossar |

Public-Private-Partnership (PPP): Sammelbegriff für jegliche Art des kooperativen Zusammenwirkens der öffentlichen Hand mit privaten Akteuren, zum Beispiel zur Umsetzung städtebaulicher Projekte.

Literatur

- Berding, Ulrich; Kuklinski, Oliver; Selle, Klaus: Handlungsfeld öffentliche Räume – Zwischenergebnisse eines Forschungsprojektes. In: Jahrbuch Stadterneuerung 2003.
- Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover: Neues Leben für hannoversche Plätze, 3/2005.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Autoren: Berding, Ulrich; Kuklinski, Oliver; Selle, Klaus: Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum. Abschlussbericht, Nr. 2/2003. Bonn 2003.
- Göbel-Groß, Thomas: Stadtteilplätze für Hannover, Garten+Landschaft 1/2006.
- Göbel-Groß, Thomas: Hannover schafft Platz, Garten+Landschaft 2/2003.
- Göbel-Groß, Thomas, Beitrag im BDA Handbuch 2000: Auftritt in der Landeshauptstadt – Der umgestaltete Ernst-August-Platz in Hannover, Hannover 2001.
- Göbel-Groß, Thomas: Hannover schafft Platz, Stadt und Grün 5/2000.
- Kuklinski, Oliver: Der öffentliche Raum im Fokus des Wandels – Aushängeschild und „Spardose“ der Kommunen. In: Nagler, H., Rambow, R., Sturm, U. (Hrsg.): Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung. Edition Stadt und Region. Berlin 2004.
- Kuklinski, Oliver: Öffentlicher Raum – Ausgangslagen und Tendenzen in der kommunalen Praxis. Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum“. In: Informationen zur Raumentwicklung: Öffentlicher Raum und Stadtgestalt, Heft 1-2/2003. Bonn 2003.
- Kuklinski, Oliver: Die „Visitenkarte“ der Stadt. Forschungsprojekt Öffentlicher Raum zeigt Handlungsbedarf auf. In: DEMO-Demokratische Gemeinde 11/2003. Berlin 2003.
- Landeshauptstadt Hannover: Die Stadt, der Raum und das Leben. Die Belebung von Stadtplätzen in Hannover, Hannover 2002.
- Landeshauptstadt Hannover: Dialog zur Stadtentwicklung. Leitthema Urbane Lebensqualität. Ein Manifest für die Öffentlichen Räume in Hannover, Hannover 1999.
- SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover: Auf die Plätze – fertig – los!, 08/2005.
- Tessin, Wulf: Stadtteilplätze im Urteil von Nutzern und Nicht-Nutzern, Stadt und Grün 1/2005.

Zum Lichtkonzept und zur Lichtwoche auf dem Ernst-August-Platz gibt es bislang keine Quellenangaben. Das Lichtkonzept ist in einer Informationsdrucksache veröffentlicht worden. Die Lichtwoche ist als Veröffentlichung in Vorbereitung.

Stadtentwicklung und öffentlicher Raum

Perspektiven durch lokale Partnerschaften

Dr.-Ing. Heidi Sinning



Für Städte und Gemeinden haben Partnerschaften mit privaten Akteuren in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Angesichts vielfältiger Aufgaben einerseits und ökonomischer Strukturbrüchen, demografischen Wandels sowie Finanzknappheit andererseits stehen die Kommunen vor der Frage, wie sie die erforderlichen Leistungen auch zukünftig mit der gewünschten hohen Qualität erbringen können. Lokale Partnerschaften eröffnen dabei neue Möglichkeiten für die Gestaltung und Finanzierung öffentlicher Räume. Bürger und Wirtschaft sind als „Ko-Produzenten“ und aktive Mitgestalter der Stadtentwicklung gefragt.

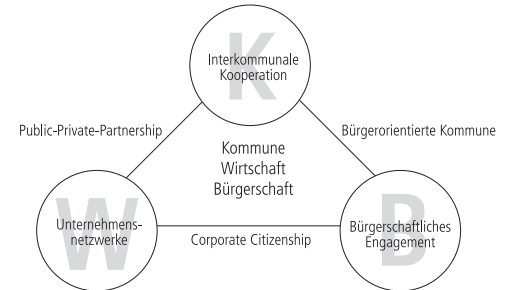
Mittlerweile hat sich eine Vielzahl möglicher Kooperationsformen herausgebildet. Für die Gestaltung öffentlicher Räume sind besonders von Interesse: Partizipation, bürgerschaftliches Engagement, → **Corporate Citizenship** | und → **Public-Private-Partnerships (PPP)** |. Nach einer theoretischen Einordnung werden diese Formen anhand konkreter Ansätze aus der Praxis beschrieben und in einem Fazit mögliche Perspektiven für die Stadtentwicklung aufgezeigt.

1. Urban Governance – Lokale Partnerschaften nutzen

Aktuelle Herausforderungen der Städte und Gemeinden stellen die gewohnten Verfahrensweisen und Leistungen der Kommunen in Frage. Eine Antwort auf diese Herausforderungen ist, dass Städte und Gemeinden in Bezug auf die politisch-administrative Organisation versuchen, ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation auszubauen und damit neue Potenziale zu gewinnen. Einen theoretisch-konzeptionellen Rahmen dazu bietet der Ansatz des → **Urban Governance** |. Governance ist als „neue Generation von Staats- und Verwaltungsreform zu sehen, die das wirksame, transparente und partnerschaftsorientierte Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft zur innovativen Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und zur Schaffung von zukunftsweisenden und nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen für alle Beteiligten zum Ziel haben“ (Löffler 2001, 212). Bei Governance handelt es sich um eine geregelte, aber dennoch flexible Form kooperativer Politik, die Akteure aus Staat/ Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenführt. Daraus leiten sich zwei wesentliche Merkmale ab:

- Ko-Produktion öffentlicher Leistungen durch Staat/ Kommunen, Wirtschaft und Bürgerschaft: Politik und Verwaltung stehen vor der Aufgabe, private Akteure partnerschaftlich in die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben einzubeziehen. Dieser Partnerschaft liegt das Verständnis zugrunde, dass sich die Bürgerschaft als Mitgestalter an gemeinwohlorientierten Aufgaben beteiligt, die Kommunen

↓ Kooperationsformen im Governance-Modell (eigene Darstellung nach Bieker u. a. 2004)



die Erfüllung dieser Aufgaben jedoch weiterhin gewährleisten (Roth 2002; Sinning 2001). Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement sind also eine Ergänzung des öffentlichen Angebots; es geht nicht darum, dieses zu ersetzen.

- Strategischer Einsatz spezifischer Kooperationsformen: Im Rahmen des Governance-Modells eröffnen sich je nach Akteurskonstellation verschiedene Handlungsfelder der Zusammenarbeit. Zu diesen Kooperationsformen gehören interkommunale Kooperation, Public-Private-Partnership, Bürgerorientierung/Partizipation, Bürgerschaftliches Engagement, Corporate Citizenship, Unternehmensnetzwerke und Partnerschaften aller drei Akteursgruppen.

↓ Bürgerbeteiligung zum Neustädter Markt



Was lässt sich aus diesem Ansatz für die Aufgabe, öffentliche Räume zu gestalten, ableiten? Welche Rolle können private Akteure – Bürgerschaft und Wirtschaft – dabei übernehmen? Und welche Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bieten sich an? Diese Fragen seien im Folgenden anhand von Einblicken in die Praxis illustriert.

2. Lokale Partnerschaften für den öffentlichen Raum – Ansätze aus der Praxis

Bürgerschaft und Wirtschaft sind potenzielle Partner der Kommunen, die zur Bereitstellung öffentlicher Leistungen beitragen können. Dafür sind zugleich aber ergänzende Formen und Verfahren der Bürgermitwirkung sowie entsprechende Unterstützungsstrukturen nötig, die den Bürgerinnen und Bürgern die demokratische Teilhabe ermöglichen. Im Modell Good Urban Governance lässt sich eine aktive Rolle des Bürgers vor allem im Rahmen der Bürgerorientierung und Partizipation sowie beim bürgerschaftlichen Engagement ausmachen. Die Wirtschaft ist bei Corporate Citizenship und Public-Private-Partnership gefragt. Einige Beispiele ermöglichen Einblicke in die Praxis über die Landesgrenze Nordrhein-Westfalens hinaus.

Partizipation und Bürgermitwirkung zur Gestaltung öffentlicher Räume

Programm „Hannover schafft Platz“ – Qualitäten des öffentlichen Raums durch Partizipation

Mit dem Programm „Hannover schafft Platz“ hat sich die Landeshauptstadt zum Ziel gesetzt, innerhalb von 10 Jahren (2000 bis 2010) mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund 15 Mio. Euro etwa 80 Stadtteilplätze gestalterisch aufzuwerten. Das Programm geht auf Aktivitäten einer Arbeitsgruppe aus Politik, Verwaltung, Planung, Wirtschaft und Wissenschaft zurück, die Leitziele und Umsetzungsstrategien zur Verbesserung der öffentlichen Räume in Hannover entwickelt hat. Die Ergebnisse wurden im Rahmen des Dialogs zur Stadtentwicklung als „Manifest für die Öffentlichen Räume“ im Frühjahr 2000 von der Landeshauptstadt veröffentlicht.

Im Rahmen des Programms wirken die Bürgerinnen und Bürger aktiv mit, beispielsweise über Bürgerversammlungen, Anliegerbefragungen, Kinder- und Jugendbeteiligung (Auffahrt et al. 2005). Erfolgreiche Beispiele der Bürgermitwirkung sind unter anderem der Bonifatiusplatz, bei dem es vor allem um eine gemeinsame Lösung für die konträren Nutzungsinteressen Spielen, Verweilen, Hundeauslauf und Parken ging (Schunke 2005), der Neustädter Markt, der wieder an Aufenthaltsqualität gewinnen soll (BBS 2005), und der Lavesplatz, bei dem im Mittelpunkt steht, Aufenthaltsqualität und Verkehrsfläche zu vereinbaren.

Bremen-Tenever – Quartierbudget als Mitgestaltungsinstrument auch für den öffentlichen Raum

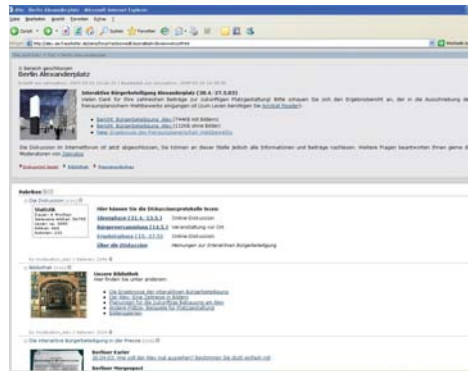
Zu einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Kommune und Bürgerschaft können → **Quartierbudgets** | in Verknüpfung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen beitragen. So entscheiden beispielsweise in Bremen-Tenever alle Beteiligten gemeinsam

und im Konsens, wofür öffentliche Fördermittel vergeben werden. Das Quartierbudget setzt sich aus Mitteln der Programme „WiN – Wohnen in Nachbarschaften“, → Soziale Stadt I und „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ zusammen, in der Summe jährlich ca. 350.000 Euro (Barloschky, Schreier 2006). In den letzten Jahren wurden in Bremen-Tenever zahlreiche Maßnahmen für den öffentlichen Raum – Spielflächen, Schulhöfe, Bolzplätze, Straßenräume, Stadtplätze etc. – aus diesem Budget finanziert und umgesetzt (<http://bremen-tenever.de>). Das Quartiersbudget verlagert Entscheidungskompetenz und Verantwortung in den Stadtteil. Bürgerinnen und Bürger können auf diesem Wege zu Mitgestaltern ihres Lebensraums werden – ein Potenzial auch für den öffentlichen Raum.

Internetgestützte Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Alexanderplatz

Die Bundeshauptstadt Berlin bot im Rahmen der Diskussion um die Neugestaltung des Alexanderplatzes 2003 ein moderiertes Online-Forum innerhalb eines mehrstufigen Beteiligungsverfahrens an. Ziel war es, die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an den öffentlichen Raum zu erkunden und sicherzustellen, dass der neu gestaltete Platz von möglichst vielen Menschen angenommen und genutzt wird. Die Online-Foren waren jeweils zwei Wochen geöffnet. Während dieser Zeit wurden 468 Artikel von 131 unterschiedlichen Autoren verfasst. Die Qualität der Artikel zeugte nach Einschätzung der Veranstalter von einer hohen Motivation und einer reflektierten Auseinandersetzung mit dem Thema. Zwischen den Foren-Phasen fand eine Präsentation der Ergebnisse in einer öffentlichen Veranstaltung statt. Unterstützt

↓ Internetforum zum Beteiligungsverfahren Berlin-Alexanderplatz (Screenshot)



wurde das Internetangebot durch Aktionen auf dem Alexanderplatz selbst, bei denen Bürgerinnen und Bürger auf das Onlineangebot angesprochen wurden. Die gesammelten Ideen und Anforderungen der Nutzergruppen flossen als Grundlage in einen Architektenwettbewerb ein (Hagedorn 2003).

Die Internetbeteiligung stellt eine neue Form der Partizipation dar, die zunehmend auf Akzeptanz stößt. Sie weckt insbesondere bei jungen Menschen Interesse, diese ergänzende Mitwirkungsmöglichkeit zu nutzen.

Die Beispiele zeigen: Wenn die Betroffenen und Nutzer des öffentlichen Raums die Möglichkeit erhalten, aktiv an ihrem Um-

feld mitzuwirken, entstehen Akzeptanz für die Gestaltung und Identifikation mit dem Raum.

Eigenverantwortung für öffentliche Räume – bürgerschaftliches Engagement erhöht städtische Lebensqualität

Öffentliche Räume können auch selbst die Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement bieten – Kommunikationsräume, Räume für Eigenverantwortung, beispielsweise in Form von Patenschaften, Trägervereinen, Initiativen oder Stiftungen.

Pflegekonzepte für den öffentlichen Raum durch Bürgerengagement am Beispiel Filderstadt

Die (langfristige) Pflege öffentlicher Räume ist häufig eine Aufgabe der Kommunen, der sie in Anbetracht der knappen Ressourcen und in Folge starker Nutzung der Flächen nur bedingt nachkommen können. Patenschaften für öffentliche Räume bieten eine Unterstützung, wie das Beispiel aus Filderstadt zeigt.

„Bürgerinnen und Bürger für Filderstadt – gemeinsam für eine schönere Stadt“, so hieß die Aktion, die die Stadtverwaltung vor einigen Jahren startete. Einige der daraus entstandenen Initiativen mündeten in langfristige Patenschaften. Sie können in Filderstadt für Grünflächen, Spielplätze, Brunnen, Plätze oder Straßen übernommen werden. Um den Patenschaften eine rechtliche Grundlage zu geben, werden Patenschaftsverträge abgeschlossen, in denen beispielsweise die Pflege der Flächen durch die Paten geregelt ist.

Projekt „Auf die Plätze, Nachbarn schaffen Stadtteilplätze“ der Bürgerstiftung München

Seit einigen Jahren entstehen in Deutschland zunehmend Bürgerstiftungen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass „der Staat [und die Kommunen] allein nicht (mehr) in der Lage sind, die materiellen und ideellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens bereitzustellen. Aufgrund ihrer finanziellen und politischen Unabhängigkeit sind Bürgerstiftungen wie kaum eine andere Institution in der Lage, eine große Vielfalt gemeinnütziger Aktivitäten zu fördern, drängende soziale Probleme in einem Gemeinwesen zu bekämpfen oder ganz einfach die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen“ (Walkenhorst o. J., 1).

Im Rahmen der Projekte, welche die Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München fördert, setzen sich Bürgerinnen und Bürger für eine bessere Lebensqualität mit mehr Grün, Plätzen zum Wohlfühlen und zum Treffen, ein sicheres Umfeld für Kinder, weniger Lärm und Abgase etc. ein. Das Projekt „Auf die Plätze, Nachbarn schaffen Stadtteilplätze“ wurde in Zusammenarbeit mit Green City e.V. und verschiedenen Stadtteilinitiativen durchgeführt. Ziel war es, Münchner Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen in den Stadtvierteln zu motivieren, sich für ihr Lebensumfeld zu engagieren und unbelebte bzw. unattraktive Plätze und Straßenräume in kulturelle Zentren umzuwandeln. Entsprechend standen bei der Durchführung des Projektes in der Startphase vor allem Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Bewohnerbeteiligung im Vordergrund, die schließlich zu Begrünungs- und Neugestaltungsmaßnahmen auf Plätzen und Straßenräumen führten. So wurde beispielsweise mit Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern, Firmen und Organisationen aus dem Schlachthofviertel die Stra-

ßenkreuzung am Dreimühlenplatz durch Baumpflanzungen begrünt und der Platz attraktiver gestaltet.

Das Beispiel zeigt, dass Bürgerstiftungen einen wichtigen Beitrag leisten können, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu wecken. Das Thema öffentlicher Raum bietet sich für Projekte an, denn hier können sie ihr Lebensumfeld unmittelbar verbessern.

Neue Finanzierungs- und Engagementformen mit der Wirtschaft

Kooperationen zwischen öffentlichem und privatem Sektor werden zunehmend als Lösungsstrategien gesehen. Als Partner der Kommune kann die Wirtschaft durch Public-Private-Partnerships (PPP) und durch Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, auch als Corporate Citizenship bezeichnet, aktiv an der Gestaltung des städtischen Umfeldes mitwirken.

Für den öffentlichen Raum sind durch PPP zusätzliche Potenziale nutzbar. Durch neue Finanzierungsmodelle, → **Business Improvement Districts (BID)** können sie aufgewertet werden, wie das Beispiel des Neuen Walls in Hamburg zeigt. Grundstückseigentümer und Gewerbetreibende verpflichten sich zu einer Abgabe, um Maßnahmen zur Aufwertung einer Einzelhandelslage oder eines Quartiers zu finanzieren. Ein Landesgesetz regelt dazu die rechtliche Seite. Derartige Bündnisse sind bereits seit über 30 Jahren in Ländern wie Kanada und den USA, in Südafrika, Australien und Neuseeland in tausenden von Fällen erfolgreich praktiziert worden. Von diesen Beispielen wollen nun auch deutsche

Städte lernen. Als Vorreiterin hat Hamburg das Modell BID eingeführt. Das entsprechende Gesetz trat Anfang 2005 in Kraft (Birk et al. 2006).

Business Improvement Districts als Public-Private-Partnerships: Das Beispiel Neuer Wall, Hamburg

Eines der Pilotprojekte ist der BID Neuer Wall, bei dem in enger Partnerschaft Grundeigentümer und Stadt zusammenarbeiten. Der Neue Wall ist Sitz von zahlreichen hochwertigen Fachgeschäften; der öffentliche Raum vor den Geschäften war allerdings maximal durchschnittlich attraktiv. Die Konkurrenz mit anderen Standorten der Stadt bewegte die bestehende Interessengemeinschaft der Geschäftstreibenden und den Grundeigentümerverein, aktiv zu werden. Inzwischen wurde der Straßen- und Gehwegbelag im öffentlichen Raum durch ein neues Pflaster verbessert. Das Erscheinungsbild wurde durch eine neue Straßenmöblierung und saisonale Bepflanzung aufgewertet und auf dem neuen Bürgermeister-Petersen-Platz wurden Bäume in großen Trögen aufgestellt, sie sollen in Kombination mit Bänken zum Verweilen einladen. Weitere BIDs sind in Hamburg am Entstehen.

Corporate Citizenship – Bürgerschaftliches Engagement von und durch Unternehmen

Bürgerschaftliches Engagement von und durch Unternehmen verfolgt zwei grundlegende Ziele. Im Vordergrund steht die Gemeinwohlorientierung durch zeitlich-personelle Unterstützung (Corporate Volunteering) und/oder materielle Förderung (Corporate Giving) von Projekten und Institutionen. Die Unternehmen profitieren, indem sie mit Hilfe der ehrenamtlichen Tätigkeit die indi-

↓ Umgestaltung des Neuen Walls in Hamburg im Rahmen des BID



viduellen sozialen Kompetenzen ihrer Mitarbeiter fördern, einen Imagegewinn erzielen und stadtrregionale Netzwerke stärker an das Unternehmen binden (Enquete-Kommission 2002).

Während im Ausland Formen des Corporate Citizenship schon weit verbreitet sind, befindet sich diese Art der Zusammenarbeit in Deutschland noch in den Anfängen. Zum Corporate Giving gehören beispielsweise Spendenzahlungen für Non-Profit-Unternehmen und gemeinnützige Zwecke, wozu beispielsweise auch die Unterstützung von Aktivitäten von Bürgerinitiativen zur Gestaltung von öffentlichen Räumen zählen kann. Corporate Volunteering wird in Deutschland häufig als Ein-Tages-Aktivitäten umgesetzt, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens sich einen Tag gemeinsam bürgerschaftlich enga-

↓ Umgestaltung des Neuen Walls in Hamburg im Rahmen des BID (Konzept)



gieren. Dies kann beispielsweise die Renovierung eines Kinderspielplatzes oder die Pflanzung neuer Bäume sein.

3. Fazit: Perspektiven lokaler Partnerschaften für den öffentlichen Raum

Für erfolgreiche lokale Partnerschaften zwischen Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft sind die kommunale Verwaltung und Politik gefordert. Welche Chancen und Grenzen sind damit verbunden, die privaten Partner als Mitgestalter und Ko-Produzenten in die Stadtentwicklung einzubeziehen? Ein abschließendes Fazit fasst wesentliche Aspekte zusammen.

Lebensqualität vor Ort verbessern

Ein wesentliches Motiv für Bürger, sich für ihre Stadt oder Gemeinde zu engagieren, ist häufig, einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität zu leisten. Diese Bereitschaft, insbesondere im unmittelbarem Wohnumfeld und eher projektbezogen als in dauerhafter Verpflichtung mitzuarbeiten, ist ein Potenzial für die Stadtentwicklung und die Gestaltung öffentlicher Räume. Um es zu nutzen, sind allerdings geeignete Vorgehensweisen, Instrumente und Anreize nötig, damit Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zueinander finden können (Bischoff, Selle, Sinning 2005).

Bürger und Wirtschaft als Partner moderner Stadtentwicklung

Die Zukunftsfähigkeit einer Kommune hängt zunehmend davon ab, ob sie in der Lage ist, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit Akteuren aus Bürgerschaft und Wirtschaft tragfähige Visionen, Ziele und Maßnahmen formulieren und diese gemeinsam umsetzen. Ein wichtiges Handlungsfeld sind dabei die öffentlichen Räume. Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft gewinnt in diesem Rahmen an Bedeutung. Das bestehende Potenzial der verschiedenen Kooperationsformen einer Urban Governance wird aber derzeit noch zu wenig genutzt.

Es gibt aber auch zahlreiche Widerstände, die gegen eine Ausweitung der Partizipation gerichtet sind: Insbesondere die Politik hat häufig Angst vor Machtverlust. Für sie muss sich die Förderung von Bürgerorientierung, Partizipation und bürgerschaftlichen Engagement in positiven Effekten auszahlen. Von Seiten der Fachverwaltungen wird oftmals die fachliche Kompetenz der

Bürgerschaft bestritten bzw. bei bürgerschaftlichem Engagement wird die langfristige Verlässlichkeit in Zweifel gezogen. Mehr Mut zu lokalen Partnerschaften kann dazu beitragen, derartige Vorteile durch gute Erfahrungen abzubauen.

Neues Selbstverständnis in Politik und Verwaltung etablieren
Maßgebliche Voraussetzung dafür, dass Partizipation, bürgerschaftliches Engagement und PPP als offensive Strategie zur Bewältigung kommunaler Herausforderungen eingesetzt werden, ist ein Rollen- bzw. Selbstverständnisswandel bei Politik und Verwaltung. Gegenüber dem früheren hierarchischen Denken, das die Bürgerschaft und zum Teil auch die Wirtschaft in die Rolle des Bittstellers drängte, ist bereits der Wandel zur Dienstleistungs-Kommune in den vergangenen 20 Jahren ein maßgeblicher Modernisierungsschritt gewesen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den privaten Akteuren erfordert darüber hinaus aber eine noch weitergehende Bereitschaft, Privilegien (beispielsweise Entscheidungskompetenz) und Gewohnheiten (zum Beispiel eingespielte Abläufe) zurückzustellen. Eine zukunftsfähige Urban Governance benötigt darüber hinaus eine kommunale Kooperations- und Kommunikationskultur, die auf Partnerschaft ausgerichtet ist. Gleichzeitig muss jedoch der öffentlichen Hand dabei auch zukünftig die Aufgabe zukommen, Mindeststandards etwa bei Versorgung und Umweltqualität sicherzustellen. Dazu bleibt ein ausreichendes Maß an verbindlicher formaler Steuerungskompetenz gegenüber den privaten Akteuren erforderlich.

Öffentliche Räume als Experimentierfeld nutzen

Öffentliche Räume können als Experimentierfeld verstanden werden, wo Stadt und Gemeinde neue und innovative Formen der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Wirtschaft erproben. Dies eröffnet neue Perspektiven sowohl für eine hochwertige Gestaltung der Flächen als auch für eine lebendige lokale Demokratie.

→ Glossar |

Business Improvement Districts (BID): Grundstückseigentümer und Gewerbetreibende verpflichten sich zu einer Abgabe, um Maßnahmen zur Aufwertung einer Einzelhandelslage oder eines Quartiers mit privaten Mitteln zu finanzieren. Ein Gesetz regelt dazu die rechtliche Seite.

Corporate Citizenship: Ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen.

Public-Private-Partnership (PPP): Sammelbegriff für jegliche Art des kooperativen Zusammenwirkens der öffentlichen Hand mit privaten Akteuren, zum Beispiel zur Umsetzung städtebaulicher Projekte.

Quartierbudgets: Neue Verantwortungsteilung zwischen Kommune und Bürgerschaft. Alle lokal an einem Prozess Beteiligten entscheiden gemeinsam und im Konsens, wofür in einem Quartier Mittel vergeben werden.

Urban Governance: „Neue Generation von Staats- und Verwaltungsreformen (...), die das wirksame, transparente und partnerschaftsorientierte Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft zur innovativen Bewältigung gesellschaftlicher Probleme (...) zum Ziel haben“ (Löffler 2001, 212).

Literatur

- Auffahrt, Sid; Metsch, Petra; Dalchow, Claudia; Schönherr, Maren: Neues Leben für hannoversche Plätze. Fünf Jahre Stadtplatzprogramm Hannover. Erfahrungen, Erfolge, Erkenntnisse, hrsg. vom Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover, Hannover 2005.
- Barloschky, Joachim; Schreier, Maren: Quartierbudget – Ansätze und Erfahrungen am Beispiel des Programms WIN – Wohnen in Nachbarschaften in Bremen-Tenever. In: Sinning, (Hrsg.): Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt (-Region), S. 320-331, Dortmund 2006.
- Bieker, Susanne; Knieling, Jörg; Othengrafen, Frank; Sinning, Heidi: Kooperative Stadt-Region 2030. Forschungsergebnisse, Beiträge zu Stadt+Um+Land 2030 Region Braunschweig, Bd. 13, Braunschweig 2004.
- Birk, Florian; Reichardt, Bernd; Märkt, Jörg: Business Improvement Districts als Instrument zur Belebung der Innenstädte und gewachsenen Lagen. In: Sinning (Hrsg.), Stadtmanagement - Strategien zur Modernisierung der Stadt (-Region), S. 298-306, Dortmund 2006.
- Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heidi: Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken, 4. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Dortmund 2005.
- Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover (BBS): Öffentlicher Raum und Bürgerbeteiligung in Hannover, in: Rösener, B.; Selle, K. (Hg.), Kommunikation gestalten, S. 166-169, Dortmund 2005.
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, Bd. 4, Opladen 2002.
- Hagedorn, Hans: Interaktive Planung. In: Kommune Heft 21, Frankfurt/Main 2003.
- Löffler, Elke: Governance – die neue Generation von Staats- und Verwaltungsmodernisierung. In: Verwaltung und Management, Heft 4, S. 212-215, Baden-Baden/Speyer 2001.
- Roth, Roland: Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Meyer/Weil (Hrsg.), Die Bürgergesellschaft, S. 163-184, Bonn 2002.
- Schunke, Martina: Demokratie lernen – wie geht das? Ein Beispiel aus dem Programm „Hannover schafft Platz“. In: Rösener/Selle (Hrsg.): Kommunikation gestalten, S. 170-172, Dortmund 2005.
- Sinning, Heidi: Verwaltungsmodernisierung und Planungskommunikation. Qualitätsmanagement für bürgerorientierte Kommunen. In: RaumPlanung, Heft 97, S. 181-186, Dortmund 2001.
- Walkenhorst, Peter: Bürgerstiftungen als neue Organisationsform gemeinnützigen Engagements, http://www.buergerstiftungen.de/f_downloads/downloads_texte/info_buergerstiftungen_deutschland.rtf, Zugriff am 12.02.06.

Öffentlich und privat zugleich

Von New Yorks Erfahrungen lernen

Dr.-Ing. Juliane Pegels



↓ Times Square



Öffentliche Räume unserer Städte

sind immer Inhalt der fachlichen Auseinandersetzung gewesen. Selten wurde jedoch so intensiv diskutiert wie in den letzten Jahren. Die Sichtweisen der Diskutanten und die Handlungsansätze für „heilende“ Veränderungen sind dabei sehr unterschiedlicher Natur. Eines macht die kontinuierliche Diskussion deutlich: öffentliche Räume sind von großer Bedeutung für unsere Städte, sie unterliegen vielfältigen Einflüssen und ihr Wandel bringt immer wieder neue Herausforderungen mit sich. In der Vergangenheit hatten öffentliche Räume Funktionen inne, die sie heute nicht mehr erfüllen und die durch andere ersetzt worden sind. In diesem Zusammenhang wird über Funktionsverlust und über Rückzug ins Private lamentiert. Andere Beobachter hingegen konstatieren den „Auszug ins Öffentliche“ (Schneider 2001). Diese konträren Beobachtungen – von wegfallenden Funktionen auf der einen Seite bis zur Sorge um Übernutzung auf der anderen Seite – müssen eher als Wandel verstanden werden denn als Verlust (Giseke 2000).

Im Kontext dieser Beobachtungen wird nicht selten den Aktivitäten privater Akteure erheblicher Einfluss auf den öffentlich nutzbaren Raum zugeschrieben. Phänomene wie fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung werden beinahe reflexartig mit unerwünschten Entwicklungen wie Nutzungseinschränkung und Ausgrenzung in Verbindung gebracht. So wird auch die „Vermischung von Staat und Privat“ (Marten 1995) schnell mit defizitären Veränderungen assoziiert. Neuerdings, in Zeiten leerer Kassen, richtet sich der Hilfe suchende Blick jedoch verstärkt auf Strategien wie → **Public-Private-Partnerships** ↓. Das Pendel, das

zunächst private Einflüsse auf den öffentlichen Raum als Auslöser negativer Entwicklungen identifizierte, schlägt in neueren Betrachtungen in die andere Richtung. Mit dem Ziel, kommunale Haushalte zu entlasten, wird die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren oft als rettende Lösung propagiert. Doch Public-Private-Partnerships sind nicht immer der Königsweg, wurde kürzlich gewarnt (Loschwitz 2006). Wie alle extremen Reaktionen mit Vorsicht zu betrachten sind, so scheint auch in diesem Kontext eine differenzierte Betrachtung ratsam: „Private-public-Partnership sollte nicht als Allheilmittel, sondern als eine Möglichkeit zur Bearbeitung klar definierter Aufgaben der öffentlichen Hand in einer bestimmten Zeitspanne verstanden werden“ (Heinz 2006).

So konträr die Beobachtungen um den Zustand öffentlicher Räume sind, so weit greifen auch die Erklärungen von Wirkungszusammenhängen und Handlungsansätzen. Wie auch immer die Konsequenzen privater Einflussnahme auf öffentliche Räume bewertet werden, ob als Grund zur Sorge oder als neue Handlungsstrategie, die Diskussion macht deutlich: öffentliche Räume sind nicht allein Produkt der kommunalen Planung. Sie liegen im Einflussbereich durchaus divergierender kommunaler, privater und intermediärer Interessen und Aktivitäten.

Um den unterschiedlichen Standpunkten der Diskussion nachzugehen, um für die Vielzahl unterschiedlicher Herausforderungen im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen zukunftsweisende Handlungsansätze entwickeln zu können, ist zunächst der Blick auf existierende Räume in unseren Städten hilfreich: Welche öffentlich zugänglichen Räume sind Produkt öffentlicher und priva-

ter Aktivitäten? Wie ist die Kooperation der unterschiedlichen Akteure organisiert? Wie sind die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in der Entwicklung und Instandhaltung dieser Räume verteilt? Warum und wo treten Konflikte auf (Berding et. al 2005)? Neben dem genauen Blick auf das, was die öffentlich zugänglichen Räume unserer Städte bereits ausmacht, ist auch der Blick auf ausländische Erfahrungen im Umgang mit Räumen im Spannungsfeld öffentlicher und privater Interessen aufschlussreich. So bietet zum Beispiel die systematische Aufarbeitung der Erfahrungen, die New York City im Umgang mit → **Privately owned Public Space** gemacht hat, wichtige Anregungen für die hiesige Diskussion. Dabei sind nicht so sehr die Rahmenbedingungen relevant, unter denen diese besondere Form öffentlich zugänglicher Stadträume entstehen, als vielmehr die wechselvolle Geschichte dieser privat-öffentlichen Kooperation und die Veränderungen im gesetzlichen Regulativ, unter dem die privaten und kommunalen Akteure agieren (Pegels 2004).

↓ Vorplatz des Seagram Buildings



↓ Hinweisschild: „Das Stadtplanungsamt verlangt, dass dieser Freiraum zum Wohl der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.“ (sign CPC)



Privately owned Public Space

New York Citys Privately owned Public Spaces sind öffentlich nutzbare Räume, die sich in privatem Besitz befinden. Die in der New Yorker Zonenbauordnung verankerte Strategie des → **Incentive Zoning** | gewährt Bauherren, die auf ihrem Grundstück einen öffentlich nutzbaren Raum errichten, einen Bonus in Form

von zusätzlich genehmigter Geschossfläche. Dieser Tausch unterliegt besonderen Rahmenbedingungen und die Kooperation der privaten und kommunalen Akteure entsprechend bestimmten gesetzlichen Regelungen.

Das Incentive Zoning wurde 1961 in die Zonenbauordnung New York Citys aufgenommen. Seitdem sind bis zum Jahr 2000 über 500 Privately owned Public Spaces entstanden. In dieser Stadt, in der schon bei der Festlegung des stringenten Straßenrasters 1811 dem öffentlich nutzbaren Raum wenig Bedeutung zugemessen wurde (Abb. POPs Manhattan, POPs Midtown, Times Square), spielen die Privately owned Public Spaces mit einer Gesamtfläche, die einem Zehntel vom Central Park entspricht, eine wichtige Rolle. In ihrer Gesamtheit zeichnen sie sich nicht so sehr durch herausragende gestalterische Qualitäten aus. Auch ist ihre Produktion und Instandhaltung nicht frei von Spannungen. Aber gerade diese Erfahrungen, die die New Yorker Kommune im Umgang mit diesen öffentlich zugänglichen Räumen in privatem Besitz in vier Jahrzehnten gewinnen konnte, bieten wichtige Anregungen für unsere Suche nach Strategien: zur Koordinierung öffentlich-privater Aktivitäten, zum Abgleichen divergierender Interessen und zur Definition öffentlicher und privater Verantwortlichkeiten im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen.

Die Geschichte der Privately owned Public Spaces ist eng mit der Entstehung der Zonenbauordnungen der Stadt verbunden. Obwohl erst die zweite Zonenbauordnung 1961 das Incentive Zoning einführt, also den Bau öffentlich nutzbarer Räume mit zusätzlich genehmigter Geschossfläche belohnte, bereitete schon

die Zonenbauordnung von 1916 den Weg. Dieses Gesetzwerk interpretierend, lieferte Mies van der Rohe Ende der 50er Jahre mit dem Seagram Building einen wegweisenden Entwurf (Abb. Seagram). Seine stadträumliche Konzeption, den schlanken hohen Baukörper aus der angrenzenden Gebäudeflucht zu rücken und einen großzügigen Platzraum vorzulagern, beeindruckte die Planer. Der Entwurf versprach, Licht und Luft in die schluchtenartigen Straßenräumen zu bringen und wertvolle Aufenthaltsräume zu schaffen. Die Bereicherung, die in einer solchen Gestaltung gesehen wurde, sollte kein Einzelfall bleiben. Doch den Mehraufwand, den Seagram zu Imagezwecken investierte, konnte nicht jeder Bauherr leisten (Willis 1995). Schließlich wurde die Idee des Incentive Zoning geboren: Private Bauherren sollten durch Anreize dazu animiert werden, ihr Kapital zugunsten der allgemeinen Öffentlichkeit zu investieren. Dies bedeutete, dem Bauherren für den Bau und die Unterhaltung einer öffentlich nutzbaren Fläche auf seinem Grundstück einen Bonus in Form zusätzlich genehmigter Geschossfläche zu gewähren. Jeder Quadratmeter Freiraum konnte so zehn zusätzliche Quadratmeter Geschossfläche legitimieren. Mit dem Bau des öffentlichen Raumes allein war jedoch die Pflicht des Privaten nicht getan. Der gewährte Bonus verpflichtet ihn, einen Teil seines Grundstücks dauerhaft der Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung zu stellen, einen attraktiven Freiraum zu gestalten und instand zu halten.

↓ Platz an der Fifth Avenue



↓ Überdachter Platz



Veränderungen und Wandel: ein mühsamer Weg

Bei Einführung des Incentive Zoning wurden zunächst zwei Typen von Freiräumen in der Zonenbauordnung spezifiziert, für die ein Bonus gewährt werden konnte: plaza und arcade (übersetzt: Platz und Arkade, Anm. der Red.). Beide Raumtypen wurden im Gesetzestext der Bauordnung grob umrissen und nur wenige Anforderungen an ihre Funktion, Größe und Lage formuliert. Das Vorbild Seagram Building schien die Intention ausreichend zu illustrieren. Doch was Seagram zur Selbstdarstellung kultivierte, konnte auch ein lukrativer Bonus vielen anderen Bauherren nicht entlocken. Obwohl der angebotene Bonus üppig dimensioniert war und fast 70 Prozent aller neuen Gebäude einen Privately owned Public Space an ihre Seite bekamen, entstanden viele wenig attraktive Räume.

Die minimalen Spezifikationen zu Gestaltqualität und Nutzungsintention wurden für das mittelmäßige Ergebnis verantwortlich gemacht. Schließlich folgten Anpassungen der Bauordnung, die präzisere Gestaltungsanforderungen in den Gesetzestext formulierten. Durch diese Veränderungen expandierte der Gesetzestext so sehr, dass er ohne juristischen Sachverstand kaum noch zu verstehen war.

Mit der fortschreitenden Einsicht, dass juristische Textfinessen allein kein Garant für hochwertige Gestaltung sein konnten, folgten weitere Änderungen: einfache Genehmigungsverfahren wurden durch diskursivere Prozesse ersetzt. Diese sahen vor, dass die Gestaltungsexperten der Kommune bei der Umsetzung der gesetzlichen Richtlinien beratend eingreifen und kontextgebundene Details fallweise einfordern konnten.

Neben den Veränderungen, die die Gestaltung der Räume betraf, mussten auch Anpassungen zu ihrer Lage in der Stadt vorgenommen werden. So kristallisierte sich bald die Tatsache als problematisch heraus, dass die Privately owned Public Spaces nur dort errichtet wurden, wo Bauherren auf die Anreize des Bonus reagierten. Eine gezielte Einbettung der Räume in ihren jeweiligen stadträumlichen Kontext hätte die Qualität jedoch eindeutig zu steigern vermocht. Andersherum konnten die öffentlich nutzbaren Räume und die damit verbundenen Boni als wichtige Vehikel eingesetzt werden, um in verschiedenen Teilen der Stadt unterschiedliche planerische Ziele zu unterstützen. Dies erforderte wiederum weitere Differenzierungen, die per Gesetz an die Räume gestellt werden mussten.

Das expandierende Gesetzwerk brachte aber nicht nur Verbesserung, sondern evozierte neue Probleme. So resultierte aus der unüberschaubaren Komplexität eine weitere Schwierigkeit: die Kontrolle der Räume. Bald wurde deutlich, dass der Bau dieser Räume nicht allein in neuen Verantwortlichkeiten für die privaten Bauherren mündete, sondern auch die Kommune neue Pflichten übernehmen musste. Dazu gehörte auch die systematische Kontrolle und Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen. Wenn jedoch nur Zoning Lawyer, also ausgewiesene Rechtsexperten, diese Gestaltungsanforderungen verstehen konnten, wie sollten Kontrollpersonen deren Einhaltung überprüfen?

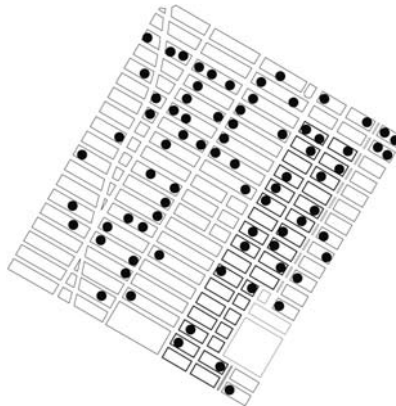
Bei genauerem Hinsehen wurde sogar deutlich, dass Probleme, die vorschnell als rechtliche Verstöße gegen die Zonenbauordnung interpretiert worden waren, auf Unverständlichkeiten zu-

↓ *Privately owned Public Spaces in Manhattan*



rückzuführen waren. Auch dieser Herausforderung musste begegnet werden. Dabei wurde nicht nur für die Vereinfachung des Gesetzestextes plädiert, sondern eine systematische Aufarbeitung des gesamten Systems wurde unumgänglich. Was aus unserer Sicht selbstverständlich scheint, stellte die New Yorker Aktenlage vor eine große Aufarbeitungsmaßnahme. Im Rahmen einer umfassenden Inventarisierung lag aber auch die Chance, die schrittweise eingeführten Veränderungen einer kritischen Würdigung zu unterziehen, die gesamte Strategie des Incentive Zoning zu reflektieren und umfassende Handlungsansätze abzuleiten.

↓ *Privately owned Public Spaces in Midtown Manhattan*



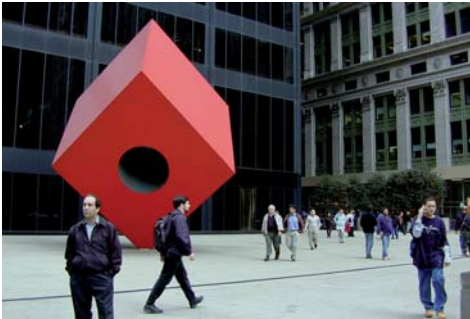
Re-Konzeptionalisierung und kuratorischer Ansatz

Wesentliche Voraussetzung für die systematische Aufarbeitung der New Yorker Erfahrungen war die Inventarisierung und Evaluierung aller Privately owned Public Spaces. Reagierten die oben erwähnten Veränderungen immer wieder auf einzelne Problemstellungen, so erlaubten die Erkenntnisse der Inventarisierung erstmalig, umfassende Handlungsansätze zu entwickeln. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie waren, dass eine zu große Zahl von Räumen in ihrer Funktion und Qualität als marginal klassifiziert wurde und die Anzahl der registrierten Probleme und

Verstöße zu hoch war. Daraus folgerten die New Yorker Planer, dass die Anforderungen an die Räume zielgerichteter formuliert und die daraus resultierenden Aufgaben der beteiligten Akteure entsprechend genauer thematisiert, kommuniziert und eingefordert werden mussten. Nicht zuletzt erwies sich eine benutzerfreundliche Informationsbasis zur Durchführung systematischer Kontrollen als unerlässlich.

Umfassender ansetzend wurde gefolgert, dass die Privately owned Public Spaces einer Re-Konzeptionalisierung bedürfen. Dieser Aufgabe soll sich die eigens dafür gegründete Initiative „Advocates for Privately Owned Public Spaces“ (APOPS) (übersetzt: „Anwälte für öffentliche Räume in privatem Besitz“, Anm. der Red.) widmen. Es ist geplant, dass sie sich einer kuratorischen Herangehensweise bedient und versucht, aus den über 500 beliebig ko-existierenden Räumen ein wertvolles und kohärentes Netzwerk zu entwickeln: eine Art de-Centralized Park. Ihr Ziel ist, ein positives Bewusstsein für diese Räume, ihr Potenzial und ihren Wert zu stärken. Aus verschiedenen Gründen sind bisher erst wenige Aktionen initiiert worden. Lediglich ein Platz ist neu gestaltet worden. Der Makel dieses Platzes, der unattraktivste aller Privately owned Public Spaces zu sein, animierte den Bauherren zu einen Wettbewerb und zur Realisierung einer öffentlichkeitswirksamen Aufwertungsmaßnahme.

↓ Platz an der Fifth Avenue



Was die New Yorker üben, bleibt uns nicht erspart

Obwohl die schrittweisen Veränderungen, die Folgerungen aus der Inventarisierung, eindeutig auf den New Yorker Kontext reagieren, thematisieren sie doch wichtige Erkenntnisse, die auch für die hiesige Diskussion über den Umgang mit Räumen im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten relevant sind: Mit der Veränderung tradierter privat-öffentlicher Kompetenzen im Rahmen von langfristigen Kooperationen entstehen Pflichten, die sowohl für die privaten Akteure als auch für die Kommune oftmals ungewohnt und neu sein können. Und diese greifen nicht nur während der Entwicklung und Produktion öffentlich nutzbarer Räume, sondern beziehen sich auf ihre gesamte

Lebensdauer. Die Pflichten nehmen während der oftmals komplexen Genehmigungsverhandlungen ihren Auftakt und setzen sich bei Fragen der Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen und der Instandhaltung der Räume fort.

Auch aus der Veränderung tradierter eigentumsrechtlicher Rahmenbedingungen gehen oftmals ungewohnte Situationen hervor. Während die Nutzer solange nicht betroffen sind, wie ihnen die Nutzbarkeit gewährt wird, also die aufgestellten Regeln einem allgemeingültigen Kanon entsprechen, birgt die Beschränkung der normalerweise mit Privateigentum assoziierten Rechte Konfliktpotenzial. In New York hat sich gezeigt, dass dieses minimiert wird, je genauer die Verantwortlichkeiten und die daraus resultierenden Pflichten präzisiert sind und je systematischer diese kontrolliert werden. Da eine solche systematische und umfassende Kontrolle von Seiten der Kommune allein nicht zu leisten ist, bedienen sich die New Yorker der Unterstützung der Nutzer. Sie versuchen diese zu begeistern, ihr inhärentes Interesse an „ihren“ Räumen zu instrumentalisieren und sie in ihrer Funktion als „army of civilian guardians“ (übersetzt: „Armee ziviler Beschützer“, Anm. der Redaktion) zu ertüchtigen, wie Ellen Ryan vom Stadtplanungsamt es beschreibt. In diesem Labor neuer Formen der Zivilgesellschaft erweist sich der in New York ansiierte kuratorische Ansatz als bedeutsam. Auf operationeller und ideeller Ebene müssen alle beteiligten Akteure von der Relevanz der in Teilen ungewohnten Pflichten, von den veränderten Rechten und auch den Räumen innewohnenden Potenzialen überzeugt werden und diese „leben“ und kultivieren lernen.

→ Glossar |

Incentive Zoning: In der New Yorker Zonenbauordnung verankerte Strategie, die Bauherren, die auf ihrem Grundstück einen öffentlich nutzbaren Raum errichten, einen Bonus in Form von zusätzlich genehmigter Geschossfläche gewährt.

Privately owned Public Space: Öffentlich nutzbare Räume, die sich in privatem Besitz befinden.

Public-Private Partnership (PPP): Sammelbegriff für jegliche Art des kooperativen Zusammenwirkens der öffentlichen Hand mit privaten Akteuren, zum Beispiel zur Umsetzung städtebaulicher Projekte.

Literatur

- Berding, Ulrich; Selle, Klaus: „Öffentlich ist öffentlich ist...?“ In: Garten+Landschaft 8/2005.
 Giseke, Undine: „Rolle und Funktion des öffentlichen Freiraums aus Sicht der Landschafts- und Freiraumplanung.“ In: PlanerIn 3/2000.
 Heinz, Werner: „Public Private Partnership.“ In: Garten+Landschaft 5/2006.
 Loschwitz, Gesa: „Urbane Strategien.“ In: Garten+Landschaft 5/2006.
 Marten, Florian: Kaputtgeplant. Das Elend der Raum- und Stadtplanung, Frankfurt/New York 1995.
 Pegels, Juliane: Privately Owned Public Space. New York Citys Erfahrungen im Umgang mit öffentlichen Räumen, die sich in privatem Besitz befinden. Dissertation an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen. Reihe I. Architektur und Planung. Nr.1, Aachen 2004.
 Schneider, Jochem: „Barcelona Plätze. Die Akzeptanz des Faktischen. New Urban Landscape and Terrain Vagues“. In: Heinz Schütz (Hrsg.): Stadt. Kunst, Regensburg 2001.
 Willis, Carol: Form Follows Finance, New York 1995.

Mit „anderen“ Mitteln

Aneignung und Umdeutung öffentlicher Räume

von Mona El Khafif, Oliver Frey



„**Öffentlicher Raum** ist von eminenter sozialer Bedeutung. Hier finden Aneignungsprozesse, Kommunikation und Sozialisation statt. Dies gilt für alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner.“ (Selle 2002, 60)

Der öffentliche Raum als Ort der lokalen gesellschaftlichen Integration ist unter Druck geraten. Auf der einen Seite wird konstatiert, dass durch Privatisierungen öffentlicher Räume ein quantitativer Verlust von urbanen öffentlichen Stadträumen stattfindet, zum anderen entsteht vielerorts ein qualitativer Funktions- und Nutzungswandel öffentlicher Räume aufgrund des dynamischen städtischen Wandels durch Migration und gesellschaftliche Ausdifferenzierungsprozesse. Liegt der öffentliche Raum als ein „Ort für alle“ (Sennett 1986) auf dem Totenbett, wie Richard Sennett bemerkte oder gibt es Gegenmittel, die eine „Renaissance des öffentlichen Raumes“ fördern können?

Der folgende Artikel zeigt anhand zweier Wiener Beispiele, wie mit „anderen“ Mitteln eine Stärkung der endogenen Ressourcen von öffentlichen Räumen erreicht werden kann. Die Bezeichnung „andere Mittel“ soll verdeutlichen, dass jenseits von → „Top-down“-Strategien I und → „Bottom-up“-Ansätzen I gemischte Formen im Sinne einer temporären → RAUM:TAKTIK¹ I Potenziale der Aneignung, der Kommunikation und der Sozialisation in und mit öffentlichen Räumen gestärkt werden können.

Anhand zweier Projekte, die jeweils im höheren und niedrigeren Planungsbudget angesiedelt sind, soll gezeigt werden, dass Planung als RAUM:TAKTIK temporär in die Wertvorstellungen und Nutzungspräferenzen sowie in die den Raum regulierenden Organisationsstrukturen einwirken kann. Theoretische Grundlage dieser taktischen Interventionsstrategien ist ein Verständnis, dass Raum nicht mehr als einen „Container“ von Fakten (als Statistikkwerte über Anteile und Mengen, als Umfrageergebnisse), sondern als einen relationalen Raum betrachtet, der innerhalb gesellschaftlicher Prozesse produziert und re-produziert wird.

Vier Strategien möglicher Interventionen: über RAUM:TAKTIK Mischformen schaffen

Aus planerischer Perspektive ergeben sich für den städtebaulichen Maßstab vier Interventionsbereiche: die Investition in die gebaute materielle Ressource als → **Hardwarestrategie I**, die Investition in die programmatische Ressource als → **Softwarestrategie I**, die Justierung von Regulationssystemen als → **Orgwarestrategie I** und letztendlich die Beeinflussung von Repräsentations- und Zeichensystemen als → **Brandwarestrategie² I**. Wenn strategisches Handeln als langfristige Planung angesehen wird, so operiert die RAUM:TAKTIK in der Feinjustierung zwischen Top-down und Bottom-up im mittel- bis kurzfristigen

¹ Siehe auch www.raumtaktik.de; Agentur für räumliche Aufklärung und Intervention von Friedrich von Borries und Matthias Böttger. Der Begriff wird von Borries als Strategie gegen die Interessen der Marke verwendet (vgl. Borries 2004).

² Hierbei versteht sich die Kategorie Brandwarestrategie als Ergänzung zu Butzins Definition der Hardware-, Soft-, und Orgwarestrategie (vgl. El Khafif 2006).

↓ „Reif für die Insel“
Werbekampagne 2005, Sujet und Kampagne BüroX, Wien



GENERALSCOPING | 0820/600 600 | www.mqw.at

Bereich. Die Szenographie der RAUM:TAKTIK agiert im steten Wandel. Sie nutzt die Inventionsmöglichkeiten der materiellen wie auch der immateriellen Komponenten, um den öffentlichen Raum ganz im Sinne von Bahrds als „gesellschaftlichen Aggregatzustand“ (Bahrds 1961) zu begreifen, der aktiviert, aber auch wieder seiner Dynamik überlassen werden muss. Der Einsatz von Planungsansätzen, die sich als Mischformen im Bereich der Software-, Orgware-, und Brandwarestrategie positionieren, kommt gerade im Tätigkeitsfeld der Wiener Stadterneuerung zum Einsatz. Plänen im Bestand, die Förderung von Raumeignung und Umnutzung sowie die Ausbildung eines identitätsstiftenden Images zur Aktivierung von Öffentlichkeit werden hier mit „anderen“ Mitteln versucht.

→ Leisure.Space™ | Museumsplatz 1070 Wien

Ausgangslage

Das Museumsquartier Wien wurde 2001 nach 15 Jahren Planungs- und Bauphase eröffnet. Als eines der zehn weltweit größten Kulturareale reiht sich das Museumsquartier Wien, kurz MQ genannt, in die lange Liste von Kulturprojekten des ausgehenden 20. Jahrhunderts ein, die als Impulsgeber geplant wurden. Zurückzuführen auf Kampagnen der Lokalpresse und denkmalpflegerischer Belange wurde die zunächst expressive Architektur des Wettbewerbsbeitrages von Ortner & Ortner soweit überarbeitet, dass das realisierte Projekt als Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhandlungsprozesses zu sehen ist. Doch gerade hierin formuliert sich heute die Stärke des Museumsquartiers, die sich

durch eine Verbindung zwischen strukturellem Städtebau und kultureller Nutzungsmischung auszeichnet.

Stadräumliche Hardware

Der innerstädtische Gebäudekomplex besteht aus den 1725 finalisierten Altbautrakten der ehemaligen Hofstallungen von Fischer von Erlach, die seit 1921 als Messepalast umgenutzt wurden (Daten und Fakten 2001, 3ff) und den drei neu integrierten Museumsbauten Museum Leopold, Museum für moderne Kunst und der Kunsthalle Wien sowie zahlreichen Institutionen wie das Zoom Kindermuseum, das Architekturzentrum und das Tanzquartier. Als bedeutende räumliche Ressource der Projektkonzeption MQ als Kunstraum, Schaffensraum und Lebensraum nehmen die Außenflächen heute als Lebensraum für das Museumsquartier und den umliegenden städtischen Kontext eine tragende Rolle ein. Das Publikum bewegt sich durch Freiräume, die heute mehr als 50 Institutionen und acht Gastronomiebetriebe des Museumsquartiers mit dem umliegenden Stadtraum vernetzen.

Auch wenn aufgrund privatrechtlicher Verfügungen dieser Stadtraum nicht als öffentlicher Raum betrachtet werden kann, sieht seine städtebauliche Konzeption, die 1996 im Entwicklungskonzept (Bogner 1994, 43) festgeschrieben wurde, seine Nutzung als Raum für die Öffentlichkeit vor. Der Freiraum, heute als eigener Veranstaltungsort etabliert, ist fünf Jahre nach der Eröffnung nicht nur als Foyer des Museumsquartiers anzusehen, sondern wird konkurrenzlos als pulsierender innerstädtischer Platz angenommen.

Zielsetzung

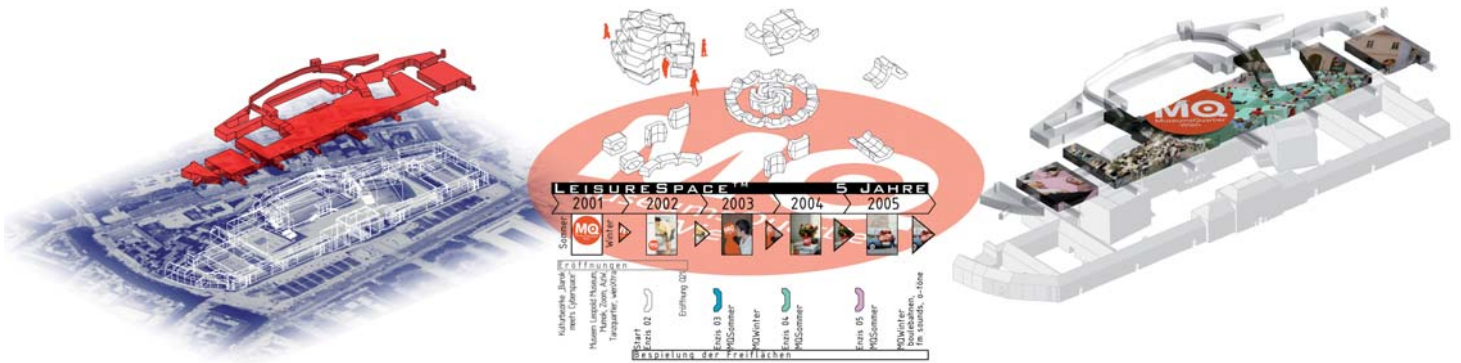
2001 forderte die Erwartungshaltung der städtischen Öffentlichkeit eine schnelle Etablierung des Museumsquartiers, das sowohl für Touristen attraktiv als auch für die lokale Bevölkerung zu einem lebendigen und urbanen Ort werden sollte.

Eingesetzte Strategie

Im „Windschatten“ von Frank O. Gehrys → **Bilbao-Effekt** | entwickelte die Marketingabteilung der MQ-Errichtungs- und Betriebsgesellschaft die Standortmarke „MQ“. Die Brandingkampagne der Grafikagentur BüroX (Gewinner des Wettbewerbes 2000 und mehrfach für die MQ-Kampagne ausgezeichnet) baute auf dem Gedanken des klassischen Brands MQ auf und etablierte über einen Zeitraum von fünf Jahren das neutrale Label über eine Corporate Identity zu einer emotional aufgeladenen Identität des Standortes (El Khafif 2006a). Der Freiraum und dessen Bespielung stellte dabei eine zentrale Ressource des Ortes dar. Die Jahreskampagnen „Neugierig?“, „Das Label lebt“, „Inhalte“ und „Reif für die Insel“ setzten den Standort, der heute durch Atmosphäre und Lifestyle als Stadtoase überzeugt, überraschend provozierend in Szene (El Khafif 2006b).

Zwei Drittel des Publikums im MQ genießen heute vorrangig die Bespielungen der Außenflächen und Gastronomiebetriebe, die seit 2002 über parallel geschaltete Softwarestrategien wie „MQ Sommer“ und „MQ Winter“ mit interaktiven Veranstaltungen für Kinder, Literaturlesungen, DJ-Sounds, Musikveranstaltungen und Open-Air-Modeshows das Publikum aktivieren. Organisiert durch eine Projektgruppe der Direktion, die die Bespielung der Außen-

↓ Diagramm Brandingkampagne „Lebensraum Leisure.Space“



flächen koordiniert, werden hier Programme geplant, wie auch Anrainerwünsche und Anfragen aus der Bevölkerung entgegengenommen. Die eingesetzten Strategien für den Freiraum können als eine Kombination zwischen Orgware-, Brandware- und Softwarestrategie eingeordnet werden, die durch eine temporäre Hardware, die Hofmöblierung, angeleitet werden. Die „Enzis“ – Österreichischer Staatspreis „Räumliche Gestaltung“ 2005, Architekten PPAG und benannt nach der MQ-Prokuristin Daniela Enzi (PPAG 2005) – sind seit dem Winter 2002 die materielle Raumressource für temporäre Programme und Nutzungen im Freiraum. Die sich im Zusammenspiel mit der Programmierung ändernde Grundrissfigur durch die „Enzis“ sowie die jährlich wechselnde Farbgestaltung der Möbel rhythmisieren den Raum, produzieren immer wieder neue Szenarien und animieren zur Nutzung und Aneignung. Veranstaltungen, Freiraummöblierung

und der fünfjährige integrierte Markenaufbau „MQ als Lebensraum“ können hierbei an der Schnittstelle zwischen Bottom-up und Top-down eingeordnet werden. Die Betreibergesellschaft erscheint offen für Inputs der Anrainer und Nutzer, das Leitbild orientiert sich am urbanen Erholungsort und die entstandene Dynamik weist durch die ineinander greifende Brandware und Software eine kulturell geprägte Urbanität auf, die heute auch für den Tourismus zu einem bedeutenden Standortfaktor geworden ist. Die Kosten der Freiraumbespielung werden hierbei teilweise durch die Eigentümerversorger getragen sowie durch die Bewirtschaftung dieses Raumes eingebracht.³

Sozialräumliches Resultat

Die produzierte Öffentlichkeit im Museumsquartier Wien zeichnet sich durch ein Publikum aus, das sich sowohl aus Wientouristen, einer lokalen Bevölkerung jeglicher Altersgruppen und einem kreativen Milieu zusammensetzt. Hierbei wird die Aktivität am und die Aneignung des Ortes durch die eingebrachten Planungsstrategien unterstützt. Die Nutzungsmischung am Standort hat erheblichen Einfluss auf diese Diversität, dennoch muss gerade die alltägliche Nutzung der Freiräume herausgehoben werden.

³ Die eintägige Werbeveranstaltung von Nokia 2006 beispielsweise spielte das Budget ein, das die Literaturlesungen „O-Töne“ im folgenden Sommer finanziert. Hinzukommen Einnahmen aus gedrehten Werbespots, Sonderveranstaltungen, Sponsorengelder und Vermietungen von Räumlichkeiten im Quartier 21.

↓ *Weekend Sounds in Kooperation mit Radio FM 4, Sommer 2005*



↓ *Lichtinstallation 68.719.476.736 von Siegrun Appelt, Sommer 2005*



↓ *Fashionshow bei der Eröffnungsveranstaltung MQ, Sommer 2005*



Gefahr und Chancen: RAUM:TAKTisches Potenzial

Die positive Darstellung der Standortfaktoren in Kommunikation und Vermarktung produziert noch keine Öffentlichkeit und keine Identität. Erst die Bestätigung des Brands über adäquate Erlebnisse und Zeitverläufe sowie eine Nutzungsoffenheit trotz Bespielung etablieren aus der Marke des Ortes eine spezifische lokale Identität. Die privatrechtliche Verfügung über den Raum ermöglicht die programmatische Bespielung über einen längeren Zeitraum, birgt aber auch die Gefahr einer eingeschränkten Öffentlichkeit in sich. Raumgebote und Raumverbote liegen nah beieinander und benötigen Spielregeln für den gemeinsamen Raum, um die Interessen der Nutzer, Anrainer und allgemeinen Öffentlichkeit zu gewährleisten.

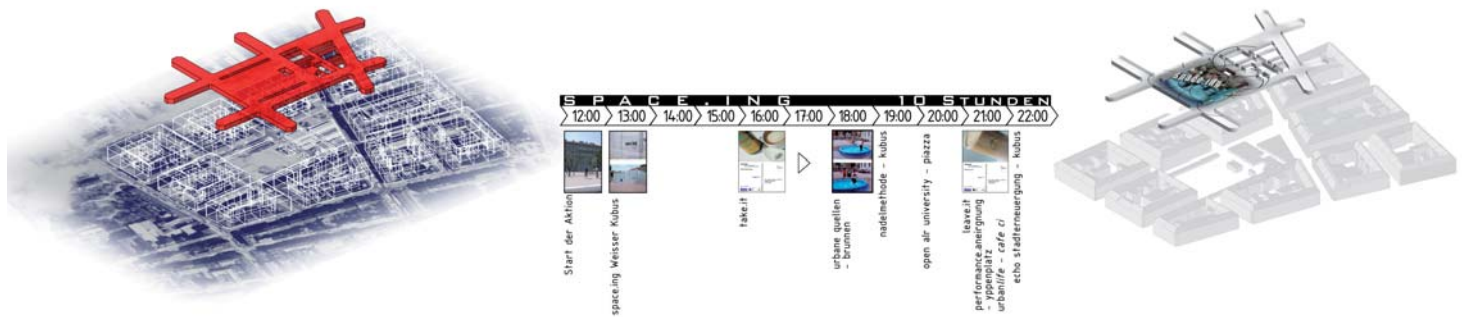
→ Space.ing | Yppenplatz 1160 Wien

Ausgangslage

Der 16. Wiener Bezirk Ottakring ist ein dicht bebautes, innerstädtisches Gebiet, in dem 2001 über 86.000 Menschen davon knapp 25 Prozent Ausländer wohnten. Der Bezirk erstreckt sich auf knapp 9 km² westlich des Gürtels und dem äußeren S-Bahn-Ring. Im östlichen Teil von Ottakring liegt der Yppenplatz mit dem angrenzenden Brunnenmarkt. Dieses Quartier – in Wien „Grätzl“ genannt – ist seit über 30 Jahren ein zentraler Bereich der Wiener Stadterneuerung. Hier wurde im Jahr 1974 die erste Gebietsbetreuung eingerichtet, mit dem Ziel die bauliche Sanierung von Häusern unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aspekte in dem Prozess der Stadterneuerung voranzutreiben. Das Wiener Modell einer „sanften Stadterneuerung“ hat hier seinen

Geburtsort. Der Yppenplatz mit dem angrenzenden Brunnenmarkt ist im Rahmen der EU-Förderprogramme → **Urban |** Wien Gürtel Plus seit 1996 Erprobungsfeld einer Stadterneuerungsstrategie, die eine soziale, kulturelle und ökonomische Revitalisierung des Gebietes im Westgürtelbereich zum Ziel hat. Im Verlauf dieser Arbeiten wurden zahlreiche Initiativen im Sinne eines partizipativen Planungsansatzes, der die Stärkung der lokalen Ressourcen und Potenziale zum Ziel hatte, ins Leben gerufen: ein Bürgerbeteiligungsverfahren zur Neugestaltung des Yppenplatzes, Planungswerkstätten mit öffentlicher Beteiligung, Umgestaltungsmaßnahmen des Brunnenmarkts sowie seit 1998 das Kunst- und Stadtteilprojekt SOHO IN OTTAKRING. Dieses Kulturprojekt versucht jährlich eine Plattform für Künstler und unterschiedliche Projekte zu sein, um so durch die Öffnung von Ateliers und Werkstätten zu einem kulturellen Motor der Stadterneuerung in Ottakring zu werden.

↓ Diagramm Space.ing-Konzept am Yppenplatz



Im Rahmen der → **Kurzen Nacht der Stadterneuerung** | im Jahr 2004 wurde der Yppenplatz für eine sozialräumliche Interventionsstrategie unter dem Label „Space.ing“ vom Institut für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen und dem Institut für Soziologie in der Raumplanung und Architektur der TU Wien ausgewählt (El Khafif et. al. 2005, 59ff).

Sozialräumliche Situation: Der Yppenplatz ist durch eine gründerzeitliche Bebauung gefasst und bietet auf dem Platz vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Meist sind die Nutzer Anrainer mit einem Migrationshintergrund. Seit den 1980er Jahren ist der Platz als ein städtisches Problemgebiet identifiziert, da ein hoher Nutzungsdruck und damit einhergehende Nutzungskonflikte existieren. Die Verschlechterung der Bausubstanz, ein Mangel an Grün- und Freiflächen sowie zunehmend soziale Probleme erfordern Planungsstrategien, die

einen integrierten sozialräumlichen Ansatz verfolgen, bei dem die Potenziale des Platzes aufgegriffen werden können. Eine Ressource des Platzes liegt in der günstigen infrastrukturellen Lage und den Möglichkeiten einer Mehrfachnutzung des Freiraumes als Begegnungs-, Erprobungs- und Lernort für Jugendliche und Kinder.

Zielsetzung

Ziel der Stadterneuerungstrategien am Yppenplatz ist es, einen grundlegend anderen Planungsansatz jenseits von „Top-down“ Masterplanungen einzusetzen und zu erproben. Die sanfte und soziale Stadterneuerung wollte Interventionen mit partizipativem Charakter der dort ansässigen Bevölkerung erproben, die die Ressourcen des Ortes entfaltet und so zu einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raumes beiträgt.

Eingesetzte Strategie: Bei der sozialräumlichen Intervention „Space.ing“ im Jahr 2004 wurde ausgehend von der vorhandenen gestalterischen und sozialräumlichen Situation versucht, unterschiedliche Interventionsstrategien im Wechselverhältnis zwischen Hardware und Software des Platzes einzusetzen. Neue Aneignungsformen, die den gesamten Tag von Planern unterstützt wurden, wie eine vielfältige Nutzung des Balkkäfigs am Platz, Formen der sozialräumlichen Markierung von Nutzungskonflikten zwischen verschiedenen Jugendgruppen („sozialräumliches Nadeln“) sowie der Einsatz eines Wasserbeckens („urbane Quellen“), dienen dem Aufzeigen ungenutzter Potenziale. Der Sozialraum Fußballkäfig wurde im Laufe der Aktion als „white cube“ materialisiert und als Bühne und Reflexionsfläche mit Informationen, Theorien und Erkenntnissen bespielt. Ziel war es, mit der Intervention im Rahmen der „Kurzen Nacht der Stadter-

↓ Urbane Quellen



neuerung“ aufzuzeigen, wie die Nutzer des Platzes mit einfachen Mitteln eine Unterstützung erfahren können, um aktiv in die sozialen Aktivitätsstrukturen eingreifen können. Frei bewegliche Stühle motivierten vor allem junge Nutzer zu kreativen Auseinandersetzungen zum Thema „Raumergreifen“. Schließlich konnten die Bewohner im Rahmen einer Postkartenaktion ihr eigenes Feedback zu diesem Sozialraum und seinen Nutzungsstrukturen abgeben, das an die Mitarbeiter der Gebietsbetreuung weitergeleitet wurde.

Sozialräumliches Resultat

Die Interventionsstrategie sowie die partizipativen Planungselemente der Rahmenplanung zeigen, wie vielschichtig Öffentlichkeit an diesem Platz gedacht und geplant werden muss. Interessen, Aneignungswünsche und Bedürfnisse wurden für diesen

↓ Space.ing -Postkartenserie „Take it“



Sozialraum ausformuliert und temporär umgesetzt. Hierüber entstanden Netzwerkstrukturen zwischen unterschiedlichen Nutzergruppen wie zum Beispiel den Jugendlichen im Fußballkäfig und den Sozialarbeitern der Parkbetreuung sowie den Mädchen mit Migrationshintergrund und den HipHop-Gruppen oder auch den Studierenden der TU Wien.

Gefahr/Chancen: RAUM:TAKTisches Potenzial

Das RAUM:TAKTische Potenzial am Yppenplatz besteht darin, dass keine weitreichende Planungsstrategie in Form einer Zielpaltung festgelegt, sondern ein Impulsgeber für neue Formen der Aneignungspraxis im urbanen Raum eingesetzt wurde. Dieser Impuls kann als Initialzündung betrachtet werden, der der Entwicklung des Raumes und den darin verwobenen sozialräumlichen Aktivitäten und Bedürfnissen der Nutzer einen Entfaltungss-

↓ White Cube im Sozialraum Fußballkäfig



spielraum gelassen hat. Über die partizipativen und temporären Aneignungsmöglichkeiten im Rahmen der Space.ing-Aktion ist es gelungen mittels einfacher Mittel, neue Kommunikations- und Nutzungsräume als Potenzial des Platzes zu verdeutlichen.

Der erfolgreiche (öffentliche) Raum: Ist er überhaupt planbar?

In (öffentliche) Räume zu investieren kann mehr bedeuten als die Investitionen in die gestalterische Ressource des Raumes. Die soziale und kulturelle Identität und damit auch Aktivität im öffentlichen Raum entsteht in Bottom-up-Prozessen und damit unter Einbeziehung der Bevölkerung. Ein Prozess in dessen Verlauf aus einem Ort ein Raum wird, der auch durch Wahrnehmungs-

↓ Space.ing-Postkartenserie „Take it“



Kommunikations- und Erinnerungsprozesse konstituiert wird. Es ist ein Verstehensprozess, der die dortigen baulich-manifesten Gegebenheiten, die Nutzungen und die künftigen Bedürfnisstrukturen von Bewohnern und Akteuren aufeinander bezieht.

↓ HipHop als Form der Raumeignung



Was bedeutet dies nun für Planer und den Städtebau? Wichtige Voraussetzung einer RAUM:TAKTIK ist sicherlich, dass die spezifischen Nutzungsstrukturen, die endogenen Potenziale und Ressourcen des Platzes, die Aktionsräume der Nutzer sowie mögliche Konfliktpotenziale bekannt sind und der jeweilige Sozialraum in seinem Wechselspiel zwischen baulichen und sozialen Strukturen verstanden wird. Eine Sozialraumanalyse (Kessl et. al. 2005), die den Ort verstehbar macht, ist eine Voraussetzung für ein Planungsverständnis welches die Aktivierung der sozialräumlichen Eigendynamik zum Ziel hat. In der Folge können sich temporäre Netzwerkräume ausbilden, die zu einer Ressource des Ortes beitragen (vgl. Frey 2006). Um dies zu erreichen, muss eine Mischform zwischen Top-down und Bottom-up Ansätzen von den Planern taktisch eingesetzt werden, um flexible Formen der Aneignung und Umdeutung des Raumes durch die Nutzer zu

↓ Space.ing-Postkartenserie „Take it“



ermöglichen. Die Rolle der Planung besteht darin, Nutzungs- und Kommunikationsformen zu entwickeln, die den Sozialraum aktivieren und durch den taktischen Einsatz der Brandware, Orgware oder Software in seiner temporären Aneignung und Nutzung zu fördern. Die RAUM:TAKTIK als Planung beinhaltet die Chance, den Raum aktiv und reaktiv zugleich zu dynamisieren und damit Öffentlichkeit zu produzieren. Im Gegensatz zu reinen Marketingstrategien gilt es hierbei über Brands, die in Verbindung mit organisatorischen Strukturen und programmatischen Nutzungsvorschlägen stehen, kreative Rezepturen zu entwerfen, die im „Sinne des Raumes“ auf die jeweiligen sozialen und räumlichen Situationen taktisch eingehen können.

→ Glossar |

Bilbao-Effekt: Zurückgehend auf das Guggenheim Museum in Bilbao, das von dem amerikanischen Architekten Frank O. Gehry in einer expressiven, skulpturalen Architektur erbaut wurde und die Stadt Bilbao innerhalb kürzester Zeit bekannt gemacht hat, bezeichnet der Bilbao-Effekt den Imagegewinn einer Stadt aufgrund der Etablierung einer kulturellen Einrichtung oder eines Events, oft in Kombination mit einer spektakulären Architektur.

Bottom-up-Ansätze: „Planung von unten“, das heißt, der Planungsprozess wird von den Bewohnern und Akteuren des Planungsraumes gestaltet und getragen. Diese Strategie tritt für die Stärkung endogener Potenziale und Autonomien ein, die zu einer selbstständigen Dynamisierung des Raumes führen sollen.

Brandwarestrategien: In erster Linie Bildproduktionen und Kommunikationen, die sich aus dem Tätigkeitsfeld des Marketings und der Werbung herleiten lassen.

Hardwarestrategien: Gestalterische und funktionale Investitionen in die räumliche Ressource verstanden. Gemeint sind infrastrukturelle Aufwertungen wie Straßen, Wegeführungen, Architektur sowie Freiraum- und Oberflächengestaltung bis hin zu Public Design im öffentlichen Raum.

Kurze Nacht der Stadterneuerung: Dichte und kompakte Aktivität in Wien, die das Thema Stadterneuerung in innovativer und aufgelockerter Weise eine Nacht lang vermittelt. Dazu werden im Vorfeld von Studierenden zahlreicher österreichischer Universitäten neue Strategien der Stadterneuerung erarbeitet und in zahlreichen Aktionen im öffentlichen Raum

der Öffentlichkeit präsentiert (www.kurzenacht.at).

Leisure.Space™: Wird als Label in dem Vorabzug der Dissertationsschrift von Mona El Khafif verwendet. Hier beschreibt es einen Raum, der durch eine Brandingkampagne aufgebaut wurde und in einem engen Wechselspiel zwischen temporären Bespielungen, baulichen Interventionen und Bildproduktionen eine vorbestimmte Identität etablieren konnte.

Orgwarestrategien: Orgwarestrategien operieren im Bereich der Regulationssysteme und bilden Organisationsstrukturen und Regelwerke, die Handlungen und Aktivitäten anregen und regulieren.

RAUM:TAKTIK: Wird als Planungsstrategie verstanden, die mittel- bis kurzfristig mit Top-down- und Bottom-up-Planungsansätzen arbeitet und diese aufeinander abstimmt.

Softwarestrategien: Softwarestrategien versuchen die Nutzung und Aneignung in der baulichen Ressource und im öffentlichen Raum zu planen, wie auch neue Nutzungen zu fördern.

Space.ing: Label, das dem Begriff „Spaceing“ entspringt, der von Martina Löw im Rahmen der Raumsoziologie verwendet wird und den Konstitutionsprozess von Raum durch Handlungen beschreibt. Space.ing am Yppenplatz ist der Titel für eine Projektarbeit mit Studierenden der TU Wien im Rahmen der Kurzen Nacht der Stadterneuerung, bei der das Wechselspiel zwischen baulichem und sozialem Raum durch temporäre Bespielungen im Vordergrund stand (siehe auch www.kurzenacht.at).

Top-down-Strategien: „Planung von oben“ verstanden. Von der Verwal-

tung und Fachplanern eingebrachte formelle Planwerke steuern und lenken zentral den Entwicklungsprozess eines Raumes, dieser kann auf allen Maßstabsebenen wirksam werden.

Urban Förderprogramm: Ein von der EU aufgestelltes Ko-Finanzierungsprogramm zur Förderung benachteiligter urbaner Zielgebiete in europäischen Städten.

Literatur

- Bahrdt, Hans-Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek bei Hamburg 1961.
- Bogner, Dieter: „Museumsquartier Wien – Nutzungskonzept“, Ausdruck db01/21/94, 22 Seiten zur internen Nutzung 1994.
- Borries, Friedrich: Wer hat Angst vor Niketown Nike – Urbanismus, Branding und die Markenstadt von morgen, Rotterdam 2004.
- Daten und Fakten aus Hintergrund 11. „Von den Hofreitstallungen zum Museumsquartier – Chronik der Ereignisse“, Wien 6/2001.
- El Khafif, Mona; Frey, Oliver; Witthöft, Gesa: „Space.ing: Wechselverhältnisse von gebauten Räumen und Sozialräumen in der Wiener Stadterneuerung“. In: Stadt Wien (Hrsg.): Neue Strategien der Stadterneuerung. Aktionen und multimediale Installationen, Werkstattberichte Stadtentwicklung Nr. 76/2005.
- El Khafif, Mona: unveröffentlichter Vorabzug der Dissertationsschrift „Production of Culture Space“ 2006.
- El Khafif, Mona: Unveröffentlichtes Interviewmaterial im Rahmen der Dissertationsschrift „Production of Culture Space“ 2006, Mona El Khafif im Gespräch mit Andreas Miedaner BüroX, Wien 1. und 22.04.2005.
- El Khafif, Mona: Unveröffentlichtes Interviewmaterial im Rahmen der Dissertationsschrift „Production of Culture Space“ 2006, Mona El Khafif im Gespräch mit Wolfgang Waldner, Wien 31.05.2005.
- Frey, Oliver: Aktivierung und Beteiligung in Österreich. In: Soziale Stadt info, 14/2003.
- Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne & Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum, Wiesbaden 2005.
- Frey, Oliver: Ein neuer Stadttypus in der Wissensgesellschaft: Die amalgam Stadt der kreativen Milieus. In: H-Soz-u-Kult; <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=795&type=diskussionen>, Berlin 2006
- PPAG 2005, „Hofmöblierung Museumsquartier Wien“, Wien, Bestellung unter www.ppag.at
- Selle, Klaus (Hrsg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Dortmund 2002.
- Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/Main 1986.

Ist weniger mehr?

Gestaltung durch Reduktion

Gabriele G. Kiefer



„Für die Wirkungen der Großstadt ist nichts verhängnisvoller als diese bunte Mannigfaltigkeit der Erscheinungen, alles drängt aus innerstem ästhetischem Bedürfnis nach Einfachheit und Klarheit. Das bewegliche Getriebe des heutigen Daseins ist an sich so bunt und unruhig, dass wir es immer mehr als unerträglich empfinden wenn der Hintergrund, auf dem es sich abspielt, nun auch noch bunt und unruhig wirkt; nein, unser ganzer Sinn muss notwendiger Weise nach klaren, einfachen Eindrücken drängen.“
(Fritz Schumacher 1940)

Real-Welt

Durchwandere ich heute die Stadt, so wirkt eine überbordende Fülle von Eindrücken auf mich ein. Im öffentlichen Raum begegne ich einer Explosion von Bildern, Materialien und Farben. Scheint es zuerst, dass diese Flut durch ihre Präsenz Orientierung schaffen könnte, so wird diese Hoffnung durch die immer wiederkehrenden Anordnungsmuster und die hohe Dichte derselben ins Gegenteil verkehrt. Desorientierung ist die Folge, eigene Gedanken und Emotionen werden von den Eindrücken überlagert. Die Masse an Bildern verhindert die Wahrnehmung von identitätsstiftenden Raumeindrücken.

Der öffentliche Raum folgt mit gleichmacherischem Ausstattungszwang dem Zeitgeist-Postulat von Einrichtungshäusern und schafft Typologien des Wohnzimmers. So bewege ich mich in pseudo-intimen Räumen, auf teppichartigen Pflaster-Organen zwi-

schen einer Fülle von anbiederndem Mobiliar hindurch. Freiraum, der versucht, es allen recht zu machen – Fastfood-Mobiliar und Stilmix. „Anything goes“, bis dann gar nichts mehr geht... Die Welt als Gartenzwergidyll, Kitsch wird zum Prinzip erhoben. In der Freiraumgestaltung haben sich in den letzten Jahren weitere Reaktionsmuster mit „Kunstambition“ herausgebildet. Was dem Bürger als Kunst verkauft wird, ist eigentlich Kunstgewerbe und dient dem Kommerz und dem kurzatmigen Stadtmarketing. Die Interventionen sind oft ohne Ortsbezug, das Prädikat „temporär“ genügt als positiver Wert an sich.

Heute erfährt der Mensch eine Multi-Imagination des Universums. Er schöpft aus seiner Erfahrung, aus seiner Vorstellung, aus Konsum, Medien und Reflexionen und versucht sich sein individuelles Bild von Sein und Schein zu machen. Vielfältigkeit zu erfassen, bedeutet aber nicht unbedingt, Wesentliches zu erfassen. Die Realität verdichtet sich zunehmend, die Traumwelt wird zur Ersatzwelt. Ein allgemeines spirituelles Bewusstsein gibt es längst nicht mehr. Natur wird heute nicht mehr sinnlich erfasst, erlebt und begriffen, der Mensch nimmt die Natur heute viel eher als TV-Illusions-Landschaft wahr. Virtuelle Medien bestimmen Sichtweisen, Empfindungen, Bewusstsein und die Vorstellungen der Menschen.

Alles ist heute Moden unterworfen und das Wort „modern“ umfasst einen immer kürzeren Zeitraum. In- und Out-Listen wechseln fast täglich. Zeichen sind nicht mehr ortsgebunden, sondern weltweit vertreten.

Das Traditionelle, Identifikatorische geht somit immer mehr und immer schneller verloren, Raumverlust und Geschwindigkeit be-

stimmen zunehmend die Atmosphäre. Kommunikation findet immer unabhängiger vom öffentlichen Raum und anonym im Internet statt.

Marc Augés Ausführungen über unsere Weltgesellschaft (Augé 1992) führen zu der Diagnose, dass aufgrund der überreizten Moderne die Menschen ihren Ort verlieren, dass wir alle Unbehauste sind in einem riesigen technischen Universum, das nur noch Passagen, aber keine Heimat mehr kennt. Die unübersichtlich gewordene Welt, die Entwurzelung und die Gleichmacherei von Orten führt zu einer Obdachlosigkeit des Individuums, welches sich hinter mächtigen Bildern und einer Erlebnisfülle versteckt.

Folge ich diesen Beobachtungen, heißt dies, dass die Konfusion und die Überfüllung des Äußeren, des uns Umgebenden, zu einer Verarmung unseres Inneren führt.

Ideal-Welt

Eine Gegenwelt zur heutigen, alltäglichen Reizüberflutung kann nur mit dem Grundprinzip der Reduktion geschaffen werden. Ziel dabei ist die Formulierung jener klaren, unverwechselbaren Orte, die den Kontext würdigen und aus diesem die übergeordnete Gestaltidee entwickeln. Die Beschränkung auf wenige Elemente und die imaginative Kraft der Leere bietet die größtmögliche Offenheit an interpretatorischen Möglichkeiten.

↓ Allerpark Wolfsburg



Im urbanen Bereich kann nur ein minimalistischer Freiraum durch seine demonstrative Zurückhaltung und Stille die persönliche Gedankenfreiheit unterstützen. Dabei muss der öffentliche Raum, um der Omnipräsenz an Bildern gegenüberzutreten zu können, zum vorstellbar stillsten Bild werden.

Es muss wieder Orte geben, die in sich geschlossen sind, die klar und unverwechselbar sind. Die sich somit von ihrer Umgebung abheben und dadurch identitätsstiftend sind, sowohl nach außen als auch nach innen. Orte, die nicht die „heile Welt“ suggerieren, die nicht die Behauptung einer harmonischen oder vollkommenen Ordnung aufstellen, sondern die zeitgemäße Projekte darstellen, die zwar im Typus „klassisch“ sind, sich aber jeder historisierenden Sentimentalität verweigern. Orte, die aus dem Compendium aller Ansprüche die wesentlichen herausziehen und aus diesen die Grundidee für den Raum entwickeln.

Durch Reduktion und Zeigen der ortstypischen Essenz kann Freiraumgestaltung wieder Gegenwart und (Denk-)Raum werden.

Die Kraft des Einfachen

„Einfachheit ist jene Perfektion, die ein Artefakt erreicht, wenn es nicht mehr möglich ist, es durch Subtraktion zu verbessern. Einfachheit besitzt ein Objekt in dem Augenblick, wenn jede Komponente, jedes Detail und jede Verbindung auf das Wesentliche reduziert oder konzentriert worden ist. Es ist das Resultat der Unterlassung von allem Nebensächlichen.“ (John Pawson 1998)

Auf welche Haltungen oder Traditionen können wir uns aber be-

rufen, wenn wir reduzierte Gestaltungen entwerfen? Die Entwurfshaltung der „Einfachheit“ befindet sich ohne Zweifel in der Tradition der klassischen Moderne. Diese Strömung bestimmte Anfang des 20. Jahrhunderts Kunst und Architektur und wandte sich gegen den überbordenden Historismus, den ästhetischen Verfall und die reine Profitorientiertheit der Umwelt. Mit der Gründung des Werkbundes zum Zwecke der „Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Industrie und Handwerk, durch Erziehung, Propaganda und geschlossene Stellungnahme zu einschlägigen Fragen“ (Werkbund 1907) wurde eine Vereinigung geschaffen, die einen fundierten Qualitätsanspruch propagierte, der für Materialgerechtigkeit, Zweckmäßigkeit, Gediegenheit und Nachhaltigkeit stand. Dies sollte in allen Bereichen der Fall sein, der Warenwelt, der Kunst, der Architektur, in den Städten und in der Landschaft. Das wichtigste Anliegen war die Schaffung einer neuen durch „Zweck“, „Material“ und „Konstruktion“ bedingten Formgebung (auch als „form follows function“ bekannt), die man auch als „Sachlichkeit“ bezeichnete – und die in den 20er Jahren dann unter dem Begriff „Neue Sachlichkeit“ erneut die Architektur bestimmte.

Aber nicht nur die klassische Moderne liefert uns Vorbilder für eine minimalistische Herangehensweise an Entwurfsaufgaben. Studiert man die Architektur alter, über einen langen Zeitraum konstanter Kulturen, so findet man im volkstümlichen Bereich sehr reduzierte Bauformen, die die schlichte Schönheit des Funktionalen ausstrahlen: beispielsweise alte Bauernhäuser und Zweckbauten im landwirtschaftlichen Bereich.



„Ästhetische Qualität bedeutet, über Nuancen zu sprechen, manchmal nur Bruchteile von Millimetern, über minimale Abstufungen oder darüber, ob die Harmonie und das Gleichgewicht verschiedener visueller Elemente zusammenpassen“ sagte einmal Dieter Rams, der für das reduzierte Design des Elektrogeräteherstellers Braun verantwortlich war. „Unsere einzige Chance ist die Rückkehr zur Einfachheit.“

Kennzeichen der Reduktion

Je weniger Elemente eine Platzgestaltung umfasst, desto exakter müssen die Elemente positioniert werden, wenn sie nicht die Proportionen des Raumes stören sollen. Eine reduzierte Gestaltung ist das Ergebnis eines Eliminierungsprozesses. Man versucht zu vereinfachen, ohne dass die Funktion und die Atmosphäre des Platzes beeinträchtigt wird – ja, im Gegenteil: die Funktionen werden klarer ablesbar.

Eine reduzierte Gestaltung ist nicht unbedingt kahl und charakterlos. Im besten Fall nimmt man nicht die Leere wahr, sondern den materialimmanenten Reichtum der verwendeten Elemente, die Texturen der wenigen verwendeten Pflanzen, die Farbnuancen des eingesetzten Natursteins, die Patina des Ortbetons, die skulpturale Kraft der Topografie.

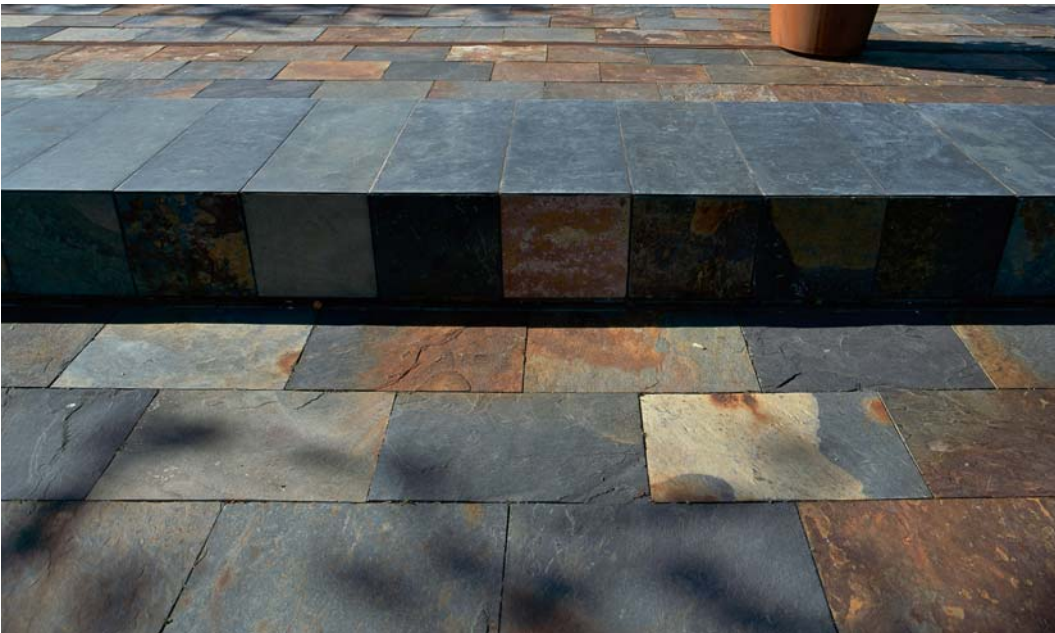
Der Akt der Reduktion erfordert paradoxerweise einen nicht unerheblichen Aufwand. Eine reduzierte Gestaltung kann in vielen Fällen nur durch aufwändige Planung und komplexe technische Methoden erzielt werden. Das Plattenraster der Großplatten

muss genau festgelegt werden, die Fugen der Ortbetonfläche müssen abgestimmt werden. Je reduzierter eine Bank als ergonomisch perfekte Sitzgelegenheit geplant wird, um so komplexer sind die Abstimmungsprozesse während der Planung. Die funktionalen und programmatischen Anforderungen auf ihre Essenz zu reduzieren benötigt Geduld, Engagement und Sorgfalt. Der Vorgang ist eine Art Aufräumen der Benutzeroberfläche von unnützen und überflüssigen Elementen, die den Außenraum gegenwärtig überfrachten. Im Planungsprozess bedeutet dies, sich Zeit zu nehmen für ausführliche Analysen und Diskussionen.

Je reduzierter die Gestaltung, umso wichtiger ist das Gleichgewicht der wenigen Zutaten. Den Materialien an sich und ihrer Qualität muss eine höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das kann zum Beispiel heißen: Ortbeton statt Betonverbundstein und Fertigteile, Gleichheit von Materialien anstatt Materialmix, robuste Qualität statt schnelllebige Anfälligkeit. Es gibt zwar wenige Elemente, diese müssen aber hochwertiger sein. Der Traum, mit einer reduzierten Gestaltung Kosten zu sparen, ist damit geplatzt, aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sich die Kosten zumindest nicht erhöhen.

Das Gleichgewicht der Elemente kann dabei schnell gestört werden: Wird bei einem der Materialien gespart, kommen zum Beispiel Betonverbundsteine statt Ortbeton zum Einsatz, kann das Gesamtbild leicht hin zum Banalen umkippen. Eine reduzierte Gestaltung erfordert einen sehr überlegten, um nicht zu sagen „sensiblen“ Umgang mit den eingesetzten Gestaltungsmitteln, vor allem Materialien. Einfachheit bedeutet also vorwiegend eine visuelle, nicht unbedingt eine konstruktive Einfachheit.

↓ Wasserplatz-Biosphäre, Potsdam



Wahrnehmung

Es wäre jedoch vermessen zu behaupten, dass eine reduzierte Gestaltung frei von Nachteilen wäre. In einer Welt der überbordenden visuellen Reizüberflutung wird sie von vielen Menschen gar nicht mehr wahrgenommen. Es fehlen schlicht die „Antennen“, eine solche Gestaltung als vom Menschen gemacht zu bemerken. Und ohne bemerkt zu werden, erfährt diese Umgebung keine Wertschätzung. Dieser Effekt ist solchen Gestaltungen immanent: Eine dem Ort entsprechende Gestaltung drängt sich nicht auf, ja sie wird als „der Ort selber“ wie selbstverständlich als gegebene Umwelt akzeptiert. Thorbjörn Andersson, Landschaftsarchitekt aus Schweden, unterstreicht dieses Phänomen, indem er meint, ein Freiraum sei erst dann gelungen, wenn man ihn nicht mehr als „gestalteten Raum“ wahrnimmt. Ein positiver Aspekt reduzierter Gestaltung kann jedoch damit zum Nachteil werden. Denn der Raum macht nicht mehr auf die Umstände seiner Entstehung aufmerksam und wird nicht mehr als Ergebnis eines aufwändigen Gestaltungsakts begriffen.

Okkupation

Ein weitere Gefahr hängt mit dem Verlust an Wertschätzung zusammen. Eine reduzierte Gestaltung ist flexibel und trägt Leerstellen in sich, um unterschiedlichen Nutzungsanforderungen gerecht zu werden. Was liegt hier näher, als neue Nutzungen einzufügen, die an die Fläche herangetragen werden? Meist fängt es schleichend an: mit vermeintlich spezifischen Nutzun-

↓ Hans-Baluschek-Park, Berlin Schöneberg



↓ Landschafts- und Erholungspark Adlershof, Berlin Johannisthal



gen, die aber eine allgemeine öffentliche Benutzung einschränken, wie temporäre Nutzungen, die zur Dauereinrichtung werden, zum Beispiel Imbissbuden und andere Verkaufsstände, die sich auf einem Platz ausbreiten, ihn verstellen und seine freie Benutzung einschränken. Unversehens wird der zurückhaltend gestaltete Platz zu jenem überfrachteten Event-Raum, gegen den die ursprüngliche Gestaltung angehen wollte. Aus einer Freifläche ist ein Konglomerat aus verstreuten Buden und Rest-Räumen geworden, in dem die Handlungsmöglichkeiten festgelegt worden sind und in dem die definierten Nutzungen bestimmte Gruppen ausschließen. Der einzige Weg aus diesem Dilemma führt über die Entscheider und Verwalter, die das Konzept sowohl verstehen als auch vertreten müssen und es im Rahmen einer öffentlichen Diskussion als kulturelle Bauaufgabe ins allgemeine Bewusstsein rücken sollten.

Neu gestalten oder stehen lassen?

Der öffentliche Raum der (west-)deutschen Städte ist geprägt von Stadtmöblierung aller Zeitschichten: die Funktionalität des Wiederaufbaus der 50er Jahre, die ersten Rückeroberungen des öffentlichen Raum Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre (Stichwort: Fußgängerzone), die Wiederentdeckung der Rolle des Designs in den 80er Jahren, die Stadtentwicklungsmaßnahmen der 90er Jahre. Diese aus heutiger Sicht vielfach den Moden der Zeit verhafteten Gestaltungen führten zu einem Überangebot von „Design-Zeichen“ im öffentlichen Raum. Letztlich wurde das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt war:

Es wurde keine Identität und Wiedererkennbarkeit von Orten geschaffen, sondern eine Beliebigkeit, ein „weißes Rauschen“ im öffentlichen Raum. Die modischen Versatzstücke der Vergangenheit haben nicht die Kraft, eine Identität zu schaffen, vielleicht weil ihnen die geistige Verankerung fehlt. Sie wirken lediglich als Möblierung, als beliebige Zutaten im öffentlichen Raum.

Wird das Bedürfnis einer Neugestaltung an einen Platz herangebracht, so muss darauf geachtet werden, dass diesem Überangebot an Public Design nicht noch eine weitere Schicht, eine weitere „Behübschung“ hinzugesetzt wird. Mit neuen Möblierungen jeder Art, mit Bänken, Stühlen, Lichtmasten, Pollerleuchten, Pollern, Papierkörben, Werbetafeln und Beschilderung sollte äußerst behutsam und überlegt umgegangen werden. Im Zuge der ersten Diskussionen kann sich herausstellen, dass es besser ist, den Platz erst einmal ruhen zu lassen, dass es besser ist, ihn noch nicht für eine Umgestaltung anzufassen. Das heißt, der Zeitpunkt muss gut gewählt sein, der Platz muss „reif“ für eine Neugestaltung sein.

Vorteile der Reduktion

Aber verlieren wir nicht die offensichtlichen Vorteile einer reduzierten Gestaltung von Stadträumen aus den Augen:

- Sie sind nachhaltig, indem sie nicht nach kurzer Zeit wieder aus der Mode kommen.
- Sie sind vielfältig und flexibel nutzbar und offen für temporäre Nutzungen, offen also auch für zukünftige Veränderungen.
- Sie sind pflegeleicht und kommen damit den knappen

Finanzkassen der öffentlichen Hand entgegen. Eventuell höhere Baukosten können damit amortisiert werden.

- Sie sind durch eine einfache, aber solide Gestaltung im besten Fall vandalismustest, auch deshalb, weil sie sich dem Nutzer nicht aufdrängt, sondern selbstverständlicher Hintergrund von Aktivitäten ist.

Zeitgemäß oder außerhalb der Zeit?

Aber das Grundproblem der reduzierten Gestaltungshaltung bleibt bestehen: Sie widersetzt sich dem Trend zur Reizüberflutung und Event-Kultur und steht damit gewissermaßen außerhalb des Zeitgeists. Reduzierte Gestaltungen lassen sich in Zeiten, in denen selbst die Lokalpolitik auf Medienereignisse angewiesen ist, nicht mehr ohne Erklärung vermitteln. Umso mehr sich die Gestaltung den Trends widersetzt, umso mehr müssen kreative Kommunikationsstrategien entwickelt werden. Die Umsetzung der Gestaltungen muss von inszenatorischen und intellektuellen Prozessen begleitet werden, zum Beispiel Inszenierung von Abrißmaßnahmen, Kunst- und Lichtinstallationen, Eröffnungsfeste und publizistische Maßnahmen in Presse und anderen Medien.

Wie können wir Gegenwelten zur Schnellebigkeit gestalten, ohne uns vollständig von den aktuellen Entwicklungen abzukupeln, ohne zu konservativ und ‚retro‘ zu werden? Sozusagen eine Gegenwart im Hier und Jetzt schaffen?

„Weder tabula rasa noch Konservierung, sondern eine Art Metakontextualismus, der mit jeder Veränderung Kohärenz neu defi-

niert; konkret ist damit eine Entwurfsstrategie gemeint, die durch Techniken der Überlagerung Zusammenhänge und Bedeutungen neu erzeugt, eine Strategie, die gewissermaßen aus den Beziehungen, die das Neue mit den Gegebenheiten eingeht, ein Drittes schafft.“ (Sabine Kraft 1997)

Ein neues „Drittes“ zu erzeugen, kann aber nur möglich sein, wenn wir uns nicht von unseren eigenen Urteilen behindern lassen. Wenn wir versuchen, die ganze Vielfalt von Einflüssen in einem ersten Schritt anzunehmen, anstatt in vorgefassten Kategorien zu denken. Erst in einem weiteren Entwurfsprozess sollten diese Einflüsse gefiltert und zu einer „einfachen Einheit“ reduziert werden. Nur so können neue Räume entstehen, die dem Ort in seiner ganzen Komplexität gerecht werden; die sowohl seine Geschichte spüren lassen als auch seine Zukunft mitdenken.

Literatur:

- Augé, Marc: Orte und Nicht-Orte, Frankfurt 1992.
 Kraft, Sabine: Editorial „Mehr ist anders“. In: arch+ Nr. 138, Aachen 1997.
 Pawson, John: Minimum, London 1998.
 Satzung des Werkbundes 1907, München 1907.
 Schumacher, Fritz: Über die künstlerischen Aufgaben der Großstadtarchitektur, Hamburg 1940.



Der Wettbewerb 2004/05

Neue Verfahren braucht das Land!

Gesamtwürdigung der Jury

Dr. sc. techn. Michael Koch, Juryvorsitzender



Was sind öffentliche Räume und was leisten sie? Was ist Öffentlichkeit? Wer ist die Öffentlichkeit? Die so genannten öffentlichen Hände, die zunehmend in leere Taschen greifen?

Die öffentlichen Institutionen und die gewählte Vertreterschaft? Die sicher auch, aber hier geht es um die „Bürgerschaft“ im weitesten Sinne, das heißt die verschiedensten Bevölkerungsgruppen, die mit ihrer Initiative, ihrem Engagement und auch mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und ihrem finanziellen Engagement öffentliche Räume nutzen, prägen und ausgestalten. Wie entstehen öffentliche Räume für diese Öffentlichkeit im weitesten Sinne? Baut sie die institutionelle Öffentlichkeit für die informelle, weil die erste weiß, was für letztere gut ist?

Gute öffentliche Räume entstehen durch eine adäquate Gestaltung, vor allem aber auch durch Aneignung, Gebrauch und Inbesitznahme. Gute Gestaltung allein führt nicht zwangsläufig zu einer „guten“, also intensiven Aneignung: Jugendliche Skater zum Beispiel zeigen uns immer wieder, dass sie viel lieber überall sonst skaten als in den aufgestellten Halfpipes – und sich so den öffentlich zugänglichen Raum selbst erobern. Gut gestaltet bedeutet daher nicht unbedingt „fertig gestaltet“ – manchmal ist weniger mehr. Öffentliche Räume sollten Möglichkeitsräume sein.

Um öffentliche Räume in unterschiedlichsten Situationen als Möglichkeitsräume zu schaffen, die unterschiedlichste Ansprüche erfüllen können, braucht es neue Verfahren bzw. eine neue Abstimmung von Gestaltungsverfahren und Beteiligungsverfahren. Um etwas Neues herauszufinden, muss man sich auf Experimente einlassen. Das Land NRW ist mit der dritten Ausschreibung

des Wettbewerbs „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ 2004/05 und dem neuen, zweistufigen Verfahren diesen Weg gegangen.

Das zweistufige Verfahren des Landeswettbewerbs „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ ist in dieser Form bundesweit einzigartig. Diese Einzigartigkeit ist nicht nur in der Verknüpfung von Prozess und Gestaltung, sondern auch schon im Gegenstand des Wettbewerbs begründet: Gemäß Ausschreibung waren das „Plätze“, im weiteren Sinne ging es um öffentliche Räume. Mit öffentlichen Räumen verbinden wir zunächst in der Regel geschlossene Straßen-, Gassen- und Platzräume – und zwar „schöne“ – das heißt solche mit alten, historisch wertvollen Fassaden. Fassaden, die Geschichten erzählen, Geschichten von früher, die uns ablenken vom Hier und Jetzt, und die vielleicht sogar hoffen machen, dass die Zukunft in der Vergangenheit liegen könnte, weil deren Gebäude- und Raumproportionen unser Auge erfreuen. Und nicht beleidigen, wie viele – zu viele – Gebäude und Räume unserer Tage.

So weit – so unvollständig und falsch: Mit derart verabsolutierenden und rückwärtsgewandten Bildern, mit der damit verbundenen Bewertung und diesem in gesellschaftlicher Hinsicht konservativen Blickwinkel kann man die heute vorhandenen und heute notwendigen öffentlichen Räume nicht gestalten. Der Wettbewerb hat sehr anschaulich und überzeugend gezeigt, dass öffentliche Räume heute sehr viel vielgestaltiger und auch sehr anders sind als diese Klischeebilder, die leider immer noch zu häufig Grundlage von so genannten Stadtverschönerungen sind.

Natürlich ging es bei den Wettbewerbseingaben auch um klassische Plätze, aber auch um die „anderen“ öffentlichen Räume:

- um namenlose Räume, die einfach öffentlich zugänglich sind,
- um Resträume und Zwischenräume,
- um Räume, die mehr aus einem sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Anliegen heraus entstehen oder gestaltet werden sollen, als dass sich ihre Gestaltung aus baulichen Gründen aufdrängt und
- um Räume in Brachen und Niemandsländern, die vor der Bebauung schon gestaltet werden sollen, um die bauliche Entwicklung vorzustrukturieren und um ihr Halt und eine Adresse zu geben, die Standortfaktor und Entwicklungsimpuls ist.

Von Äpfeln und Birnen

Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Wettbewerbsbeiträge war die Jurierung nicht einfach. Hinzu kam,

- dass die Konzepte durchgehend sehr weit und sehr gut ausgearbeitet waren und
- dass in allen Arbeiten ein sehr außergewöhnliches Engagement aller beteiligten Akteure spürbar war.

Ein Teilnehmer der zweiten Phase, die Stadt Ahlen, reichte anstelle eines Entwurfs eine Dokumentation ein, in der erläutert wurde, dass die gestellte Aufgabe wider Erwarten noch nicht reif genug war. Die Jury wertete dies als sehr qualifizierte Absage,

die ebenso ein Kompliment an den Auslober war wie sie der Stadt zur Ehre gereicht.

Wie in jedem Jurierungsprozess wurde versucht, durch polarisierende Beurteilungen die Spreu vom Weizen zu trennen. Aber je tiefer die Auseinandersetzung mit einer Arbeit ging, desto schwieriger wurde es. Denn es mussten eigentlich Äpfel mit Birnen verglichen werden, also Nicht-vergleichbares vergleichend bewertet werden – und das von einer durchaus heterogenen Jury aus im positiven Sinne eigensinnigen Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichsten Erfahrungshintergründen, die die Vielschichtigkeit der Arbeiten in intensiven Diskussionen auszu-leuchten versuchte.

Manfred Sack wendete einmal den Ausspruch „Über Geschmack kann man streiten“ in sein Gegenteil: Man müsse über Geschmack streiten, um sich über Kriterien der Beurteilung zu verständigen. Dies gilt unbedingt für das Ringen um eine zukunftsfähige Gestaltung der öffentlichen Räume, darüber, wie sie aussehen sollen, und wie sie entstehen sollen. Insofern hat die Jury sehr produktiv debattiert. Ihre heterogene Zusammensetzung erwies sich als Chance, da sie auf diese Weise nicht in die Falle einer → **Nachjurierung** | der eingereichten Arbeiten tappte. Eine derartige Nachjurierung verbot sich deshalb, weil die eingereichten Arbeiten durchgängig außergewöhnliche Anstrengungen der fachlich gestalterischen Qualifizierung sowie gut durchdachter, maßgeschneiderter Beteiligungs- und Mitgestaltungsverfahren aufwiesen. Vor diesem Hintergrund wurde die Jury in dieser zweiten Wettbewerbsphase eher zu einem Beratungsgremium.

↓ Abschlussveranstaltung und Preisvergabe in Köln



Qualität holt Geld

Die Jury gelangte schließlich einstimmig zu dem Schluss, dass alle Projekte eine derartige Ausarbeitungsreife haben, dass sie grundsätzlich förderungswürdig sind. Da neben den Qualitätsanforderungen die sofortige Umsetzbarkeit ein wesentliches Kriterium war, konnte sie die Projekte letztlich nur in zwei Gruppen einteilen: in solche, deren Realisierung unmittelbar mit einem Förderungsantrag eingeleitet werden konnte (Preisgruppe 1) und in solche, die zunächst noch einer gewissen Überarbeitung gemäß den Empfehlungen der Jury bedurften (Preisgruppe 2). Dabei betrafen die Empfehlungen der Jury sehr unterschiedliche Aspekte, die sehr verschiedene Ursachen hatten: Mal haben sich die Rahmenbedingungen eines Projektes verändert oder sind unklar geblieben, mal erschienen

einzelne Aspekte der Gestaltung nicht ganz schlüssig.

Für die Überarbeitung wurde angeboten, dass Vertreter der Jury den Städten zur Verfügung stehen, um Lösungen für die offenen Fragen und ungelösten Aspekte zu besprechen. Der Auslober hat dazu die Städte inzwischen eingeladen. In Gruppen wurden die Arbeiten diskutiert und die Inhalte der Überarbeitung festgelegt, so dass nun auch alle Städte der zweiten Preisgruppe Fördergelder beantragen können.

Die Arbeiten belegen sehr anschaulich, dass der Landeswettbewerb „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ ein besonderes und einmaliges Verfahren für die Gestaltung öffentlicher Räume mit Modellcharakter in Deutschland und Europa ist. Er hat sehr erfolgreich neue Themen aufgegriffen und die Erarbeitung gestalterischer Lösungen mit großem bürgerschaftlichen Engagement zu verknüpfen vermocht. Diese doppelte Qualifizierung der Projekte erschließt Fördergelder – aber auch privates finanzielles Engagement. Dabei musste und muss um das, was Qualität bedeutet, gerungen werden: Es gibt hierfür keine Rezepte, jeder Ort, jede Aufgabe erfordern maßgeschneiderte Konzepte und Strategien.

↓ Eindrücke der zweiten Jurysitzung am 18. November 2005



↓ Ausstellung der ausgezeichneten Arbeiten



↓ Eindrücke der Juryberatung für die Preisträger der 2. Preisgruppe



Weitermachen!

Im Lichte der eingereichten Arbeiten empfahl die Jury, bei einer nächsten Runde des Wettbewerbs sich noch stärker den „anderen“ öffentlichen Räumen zuzuwenden, den schwierigen, den so genannten Unorten, zum Beispiel Räumen in Gebieten, die sich im Umbruch befinden, die in den Stadtteilen des Nachkriegsbau-booms liegen, oder Räumen entlang von Infrastrukturtrassen oder in so genannten Randlagen. Des Weiteren wäre unter der Überschrift „Plätze in der Bewährung – 5 Jahre danach“ eine Evaluierung der realisierten Vorhaben ins Auge zu fassen. Hierdurch könnten wertvolle Erfahrungen für zukünftige Gestaltungen und Prozesse gewonnen werden. Dass das Land NRW diese Art Wettbewerbsverfahren fortsetzen und weiterentwickeln will, ist die wirklich gute Nachricht.

→ Glossar |

Nachjurierung: Nachträgliche Jurybewertung eines Projektes, das bereits in einem qualifizierten Verfahren durch eine Jury beurteilt wurde.

Der Wettbewerb 2004/05 im Überblick



Der Wettbewerb „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ wurde im September 2004 zum dritten Mal ausgeschrieben. Mit dem neuen, zweistufigen Verfahren wurden erstmals nicht nur Entwürfe, sondern auch neue Wege der Planung und Beteiligung prämiert und gefördert.

In der ersten Phase des Wettbewerbs reichten mehr als 50 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen Konzepte für Planungs- und Beteiligungsverfahren für Um- oder Neugestaltung ausgewählter Plätze ein. Eine interdisziplinär besetzte Jury wählte im Dezember 2004 aus den eingereichten Vorschlägen 20 besonders überzeugende Konzepte aus, die zur Durchführung empfohlen wurden. Drei Kriterien waren dabei entscheidend: ein gut gewählter Standort, überzeugend formulierte Ziele sowie ein gut durchdachtes Verfahren, das sowohl eine intensive Beteiligung als auch qualitätvolle, realisierbare Entwürfe erwarten ließ.

Zwischen Januar und Oktober 2005 hatten die Kommunen Gelegenheit, Entwürfe für die ausgewählten Plätze zu erarbeiten. Eine Besonderheit des neuen Verfahrens war dabei das Angebot an die ausgewählten Kommunen, sich untereinander sowie mit

Vertretern des Ministeriums auszutauschen. Im Juni 2005 führte das Ministerium für Bauen und Verkehr eine Tagesexkursion zu vier beispielhaften Projekten in Nordrhein-Westfalen durch, die in den vorangegangenen Runden des Landeswettbewerbs prämiert worden waren.

Im Herbst 2005 wurden 17 Arbeiten eingereicht, davon war eine ein qualifizierter Rückzug vom Verfahren. Aufgrund der hohen Qualität der Entwürfe und Prozesse wurden die verbleibenden 16 Arbeiten von der Jury einstimmig in zwei Preisgruppen prämiert. In der 1. Preisgruppe wurden sechs Arbeiten als besonders gelungene und schnell umsetzbare Lösungen ausgezeichnet. Die zehn weiteren Entwürfe der 2. Preisgruppe wurden als grundsätzlich förderfähig beurteilt, bedurften aus Sicht der Jury aber noch einer Überarbeitung.*

Der intensive Austausch wurde auch nach Abschluss des Wettbewerbs mit dem Beratungsangebot von Juryvertretern für die Preisträger der zweiten Gruppe fortgesetzt. Des Weiteren wurde eine Wanderausstellung konzipiert, die bei der Preisverleihung erstmalig zu sehen war und im Anschluss daran in verschiedenen Kommunen in Nordrhein-Westfalen gezeigt wurde.

Jurymitglieder

Michael Arns
Vizepräsident der Architektenkammer NW, Düsseldorf

Dr. Markus Bradtke
Technischer Beigeordneter, Ahaus

Prof. Christl Drey
Architektin, Universität Kassel

Francesca Ferguson
Kuratorin urban drift, Berlin

Dr. Ulrich Hatzfeld
Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW, Düsseldorf

Prof. Dr. Michael Koch
Hafencity Universität Hamburg (Vorsitz)

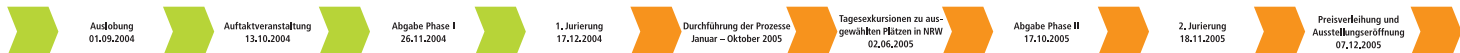
Prof. Heinz Nagler
BTU Cottbus

Prof. Dr. Walter Siebel
Universität Oldenburg

Dietmar Steiner Direktor
Architekturzentrum Wien Az W

Prof. Donata Valentini
Landschaftsplanerin, Weßling

Phase I



Phase II

1. Preisgruppe



↓ Städtebaulicher Entwurf für das Nachbarschaftszentrum Sandheide

Erkrath Nachbarschaftszentrum Sandheide

Kommune: Stadt Erkrath, 50.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Planungsamt, Stadt Erkrath
Projektkoordination: plan-lokal, Dortmund
Entwurf: wbp Landschaftsarchitekten Ingenieure, Bochum
s + k Architekten, Essen
Platztyp: Platzfolge / Stadtteilzentrum / Bestand
Verfahren: → Konkurrerendes Werkstattverfahren |, begleitet durch öffentliche Bürgerforen



↓ Luftbildmontage: Einbindung in die Umgebung

Die Stadt Erkrath plant, die öffentlichen Räume im Nachbarschaftszentrum Sandheide aufzuwerten. Die Umgestaltung des in den 60er Jahren gebauten Zentrums soll über die Gestaltung hinaus wirken sowie strukturelle und soziale Impulse für das nicht immer konfliktfreie Zusammenleben in dem multikulturellen Stadtteil geben. Die Stadt setzt daher auf eine intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort. In mehreren Werkstätten erarbeiteten zwei Planungsteams mit Anrainern, lokalen Initiativen und Institutionen sowie Vertretern der Kommune alternative Konzepte, die in Bürgerforen vorgestellt und diskutiert wurden. Ein Empfehlungsgremium wählte schließlich den Entwurf „Das Sandheider Dorf“ aus.



↓ Der neue Eingang zum Zentrum



↓ Gliederung der rückwärtigen Bereiche

Der Entwurf sieht eine schlichte Gestaltung der Platzfolge im Zentrum vor, die durch erhöhte Vorzonen für die angrenzenden Nutzungen und tiefer gelegene öffentliche Bereiche strukturiert wird. Sitzstufen und besondere Elemente wie eine Bühne bieten neue Aufenthaltsqualitäten und Nutzungsmöglichkeiten. Die rückwärtigen Bereiche des Zentrums werden durch private Vorzonen neu strukturiert.

Im Zuge der Umsetzung des Entwurfes wird angestrebt, die Vernetzung der Akteure untereinander durch den Einsatz eines „Kümmerers“ zu intensivieren. Informelle Zusammenschlüsse wie zum Beispiel ein interreligiöser Gesprächskreis oder die örtliche Werbegemeinschaft sollen verstetigt werden.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Arbeit formuliert sehr gute Lösungsansätze für eine prototypische, komplexe Aufgabe in Nordrhein-Westfalen: den öffentlichen Raum in Quartieren der 60er bzw. 70er Jahre. Durch gezielte Eingriffe wird die bestehende Raumstruktur geklärt und eine klare Abstufung der Räume sowie eine schlichte, angemessene Gestaltung der Raumfolge erreicht. Die Schaffung privater und halböffentlicher Außenräume in den rückwärtigen Bereichen bieten Rückzugsräume und tragen zu einer überschaubaren Gliederung des Außenraumes bei. Die Einbindung lokaler Akteure ist ein wichtiger Ansatz für den Umgang mit dem Ort und sollte in der Umsetzung unbedingt weitergeführt werden. Die Gestaltung der Platzfolge kann nur als sozialer und struktureller Impuls wirksam werden, wenn die Gestaltung von möglichst vielen Beteiligten aktiv getragen wird und die Raumbedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in hohem Maße berücksichtigt werden. Ob dabei die in diesem städtebaulichen Kontext etwas fremd wirkende Bezeichnung „Sandheider Dorf“ wirklich gebraucht wird, wäre zu klären.“

1. Preisgruppe

↓ Städtische Einbindung des Steinmüller-Areals

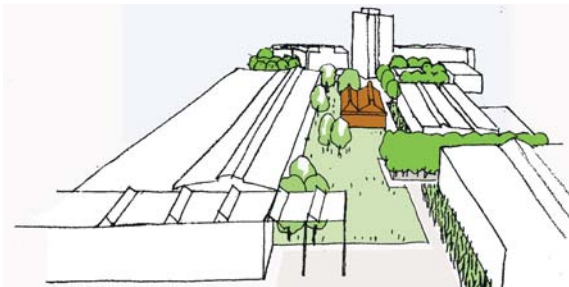


↓ Entwurf für den Steinmüllerplatz

Gummersbach stadt:impuls Gummersbach

Kommune: Stadt Gummersbach, 60.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Planungsamt, Stadt Gummersbach
Agentur Regionale 2010, Köln/Bonn
Oberbergischer Kreis
Projektkoordination: scheuens + wachten, Dortmund
Entwurf: Lex-Kerfers Landschaftsarchitekten BDLA,
Bockhorn/München
mit Hein Goldstein, Architekt, München
Platztyp: Platzfolge / ehem. Industrieareal
Verfahren: Europaweiter freiraumplanerischer → **Wettbewerb**,
begleitet durch öffentliche Veranstaltungen und Aktionen vor Ort

Das ehemalige Areal der Kesselbauschmiede Steinmüller in Gummersbach soll als innenstadtnaher, urbaner Standort entwickelt werden. Einige Nutzer, u. a. die Fachhochschule Köln, stehen bereits fest. Aufgrund der ungewissen Nachfrage ist jedoch noch nicht absehbar, wie schnell sich weitere Nutzungen ansiedeln werden. Ein System hochwertiger öffentlicher Räume mit einem zentralen Freiraum als Rückgrat soll daher das Grundgerüst für die Entwicklung bilden und das Gebiet von Anfang an für mögliche Nutzer und Besucher interessant machen. Zentrales Element der neu zu gestaltenden öffentlichen Räume ist der Steinmüllerplatz mit einer historischen Halle, der als Entree und Ort für Märkte und Feste gestaltet wird. Eine modulare Möblierung ermöglicht die flexible Nutzung des Platzes.



↓ Entwurfsskizze



↓ Eindrücke des neuen Platzes

Das Konzept ist das Ergebnis eines europaweit ausgeschriebenem freiraumplanerischen → **Wettbewerbs**. Der Wettbewerb wurde durch Informations- und Diskussionsangebote sowie temporäre Nutzungen und Events begleitet, um die einst „verbotene Stadt“ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und sie schon während der Planung als lebendigen Stadtbaustein zu gestalten. Beide Verfahrensstränge – der Wettbewerb und die Öffentlichkeitsarbeit – wurden eng miteinander verknüpft. So wurden die Anforderungen an die künftige Gestaltung des Areals an mehreren Projekttagen öffentlich diskutiert. Zudem wurden die Wettbewerbsbeiträge vor der Jurierung auf dem Areal ausgestellt, so dass Besucher die Gelegenheit hatten, die Entwürfe zu kommentieren.

Für die Umsetzung des Entwurfes ist geplant, einen Unterstützerkreis aus Vertretern der lokalen Wirtschaft und der Bürgerschaft zu gründen. Das Projekt ist eines der fünf Schwerpunktprojekte im Rahmen der → **Regionale 2010** | Köln/Bonn

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Arbeit formuliert mit dem Ansatz, das Steinmüller-Areal durch ein Gerüst öffentlicher Räume vorzustrukturieren, einen beispielhaften Umgang mit der Entwicklung solcher Areale in Zeiten ungewisser Nachfrage. Die Verknüpfung eines hochwertigen Wettbewerbsverfahrens mit Aneignungsstrategien stellt hier eine sehr Erfolg versprechende Herangehensweise dar. Es werden hochwertige öffentliche Räume formuliert, die mit relativ geringem Aufwand herstellbar erscheinen. (...) Die Eingänge zum Areal und das Freiraumgerüst sind grundsätzlich überzeugend. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die zentrale Erschließungsspanne von Anfang an als Eingang und Verbindung funktionieren kann, da sie abseits des neuen Campus der FH Köln, der ersten Nutzung mit Impulswirkung, liegt. Es ist daher besonders wichtig, die Verknüpfung von Gestaltungsmaßnahmen und Aneignungsstrategien fortzuführen. (...)“



↓ Prozessstrategie

1. Preisgruppe

↓ Gesamtkonzept



Lüdinghausen Wasserplätze

Kommune: Stadt Lüdinghausen, 23.000 Einwohner

Betreuender Fachbereich: Fachbereich 3, Bau- und

Verkehrsangelegenheiten, Stadt Lüdinghausen

Projektkoordination: Fachbereich 3, Bau- und
Verkehrsangelegenheiten

wpb Landschaftsarchitekten Ingenieure, Bochum

Entwurf: wpb Landschaftsarchitekten Ingenieure, Bochum

Platztyp: Platzfolge / Innenstadtrand

Verfahren: Direktbeauftragung eines Planungsbüros,
begleitet durch öffentliche Diskussionen

↓ Städtebaulicher Entwurf für die Wasserkante

Die Stadt Lüdinghausen möchte verschiedene Wasserplätze entlang des Flusses Steuer entwickeln. Diese herausragenden Plätze sind in ein gesamtstädtisches Rahmenkonzept eingebunden. Für den Borgmühlenplatz und den Gerichtsbrückenplatz wurde diese Vorstellung konkretisiert. Beide Plätze sollen als zentrale Schnittstellen zwischen Stadtkern und Landschaftsraum mit neuen Aufenthaltsqualitäten entwickelt werden. Dazu wird vor allem die Wasserkante des Flusses für Bürger und Besucher erlebbar und zugänglich gemacht. Durch den Rückbau der tangierenden Straße entsteht mehr Raum für die Anlage einer Baum bestandenen Promenade, über die ein direkter Wasserzugang möglich ist. Ein Balkon zur Steuer erweitert den Rathausvorplatz und bietet Platz für neue Nutzungen. Belagsbänder strukturieren den Boden und leiten Besucher von der Landschaft in die Stadt.



Die Entwürfe für den Borgmühlenplatz und den Gerichtsplatz auf Grundlage des Rahmenkonzeptes entstanden in Zusammenarbeit mit einem externen Planungsbüro und in Diskussionen mit den Bürgern. Im weiteren Verfahren ist eine intensive Aktivierung von Bürgern, Politik und Arbeitskreisen vorgesehen. So sollen u. a. Sponsorenmittel für die Umsetzung akquiriert werden. Durch Patenschaften, zum Beispiel für Stadtmöbel, soll verstärkt auch bürgerschaftliches Engagement in die Umsetzung einbezogen werden.

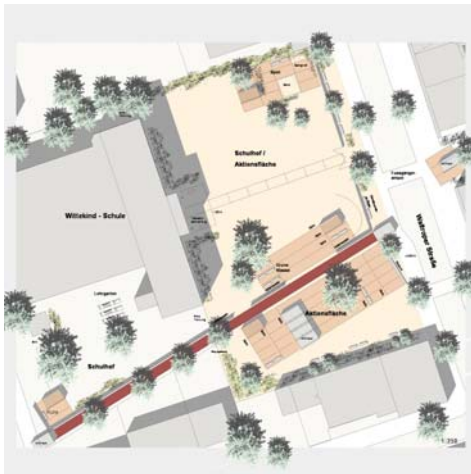
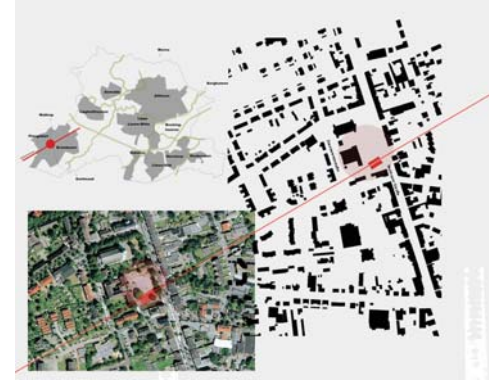
Aus der Stellungnahme der Jury

„Lüdinghausen entwickelt das Konzept einer hochwertigen Gestaltung am richtigen Ort (...). Der Entwurf der beiden Wasserplätze sowie der verbindenden Promenade stellt für die Stadt Lüdinghausen eine wirkliche Bereicherung an der Schnittstelle zwischen Stadt und Landschaft dar. Das hohe räumliche und natürliche Potenzial wird mit einem gut durchgearbeiteten Konzept unterstützt, welches die Intention des Eingriffs deutlich herausschärft. Trotzdem erfordert der Entwurf im Bereich vor dem Rathaus noch einen letzten Feinschliff. Teilen der Jury erscheint eine Reduzierung der Gestaltungselemente an dieser Stelle ratsam. (...) Das Verfahren zur Erarbeitung des Konzeptes ist relativ klassisch und sollte bei den weiteren Realisierungsschritten noch stärker auf die Einbindung der Öffentlichkeit abzielen.“

↓ Die Gestaltung der Wasserkante

1. Preisgruppe

↓ Städtische Einbindung des Platzes und der Seilbahntrasse



↓ Städtebaulicher Entwurf

Lünen Mach' ma Platz! Seilbahntrasse

Kommune: Stadt Lünen, 90.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Abteilung Stadtgrün, Stadt Lünen
Projektkoordination: Abteilung Stadtgrün
Entwurf: THS consulting GmbH, Gelsenkirchen
Platztyp: Quartiersplatz/Stadtteilzentrum
Verfahren: Mehrstufiges Werkstattverfahren, Ausarbeitung des Entwurfs durch ein Planungsbüro, begleitet durch öffentliche Diskussionen

Im Ortskern des Lünener Stadtteils Brambauer soll ein neuer zentraler Platzbereich durch die Öffnung des Schulhofes entstehen. Der Platz soll zur Aufwertung des Ortskerns beitragen und einen lebendigen Treffpunkt bilden, der bisher in dem multikulturellen Stadtteil fehlt. Der Schulhof wird durch eine ehemalige Seilbahntrasse, heute eine wichtige Grünwegeverbindung im Stadtteil, gekreuzt. Die Trasse teilt den zukünftigen Platz in einen öffentlichen und in einen halböffentlichen Bereich, der tagsüber als Schulhof genutzt und nachmittags geöffnet wird. Mehrere Holzterrassen, in die einzelne Elemente der alten Seilbahnkonstruktion integriert werden, bieten Platz für Unterricht im Freien, Aktivitäten örtlicher Vereine, Spiel und Aufenthalt.



↓ Gesamtkonzept



↓ Eindrücke des neuen Platzes

Der Entwurf wurde in Kooperation mit einem eigens gegründeten Initiativkreis im Rahmen eines mehrstufigen Werkstattverfahrens entwickelt und öffentlich diskutiert. Den Auftakt des Verfahrens bildete eine breit angelegte Aktivierung im Stadtteil, in deren Rahmen auch artikulierungsschwache Gruppen gezielt einbezogen wurden. In einer Planungswerkstatt wurden Ideen für den Platz formuliert, die öffentlich diskutiert und zu dem Entwurf ausgearbeitet wurden. Das Verfahren wurde ohne Förderung des Landes durchgeführt und erst durch das große – auch finanzielle – Engagement der lokalen Akteure ermöglicht.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Initiativkreis soll auch in der Umsetzung fortgesetzt werden. Der Initiativkreis hat bereits die Bereitschaft signalisiert, durch einfache Pflege- und Wartungsarbeiten zur Umsetzung und Pflege des Platzes beizutragen. Für die Finanzierung von Stadtmöbiliar, Beleuchtung oder Kunst sollen Sponsoren gewonnen werden.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Stadt Lünen leistet mit der intensiven Beteiligung und dem großen Engagement lokaler Akteure einen beeindruckenden Beitrag zur Entwicklung qualitätsvoller öffentlicher Räume trotz knapper öffentlicher Mittel. Mit der temporären Öffnung des Schulhofes und der Integration der Wegeverbindung entlang der ehemaligen Seilbahntrasse wird eine sehr gute Idee formuliert, wie der Stadtteil einen neuen öffentlichen Platz gewinnen kann. Dadurch werden die teilweise qualitätsvollen Fassaden als Platzwände in Wert gesetzt. Zugleich wird die Schule als „Bürgerzentrum“ geöffnet und überzeugend in den Stadtteilzusammenhang eingebunden. Hinsichtlich der Gestaltung ist vor allem die Integration von Elementen der Seilbahnkonstruktion in die Platzgestaltung positiv hervorzuheben. Das sehr zu begrüßende Konzept, den Schulhof temporär der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sollte vor haftungsrechtlichen Bedenken ausreichend geschützt werden.“

1. Preisgruppe

↓ Städtisches Gesamtkonzept



Stolberg (Rheinland) Platz da – Stadt im Fluss

Kommune: Stadt Stolberg, 60.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Entwicklungs- und Planungsamt, Stadt Stolberg

Projektkoordination: Entwicklungs- und Planungsamt
Entwurf: BKR, Aachen
3+ freiraumplaner, Aachen

Platztyp: Stadtplatz / Innenstadt

Verfahren: Mehrfachbeauftragung von Planungsbüros auf Basis der Ergebnisse eines Bürgerwettbewerbs, begleitet durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit

Die Stadt Stolberg plant, eine Folge innerstädtischer Straßen und Plätze umzugestalten. Ausgangspunkt des Konzeptes ist der Olof-Palme-Friedensplatz nahe dem Bahnhof, da er besonders zentral gelegen ist und eine repräsentative Bedeutung für die Stadt hat. Der Platz wirkt heute übermöbliert, so dass er kaum als Platzraum wahrnehmbar ist. Durch die einheitliche Oberflächengestaltung und eine reduzierte Möblierung soll der Platz einen stärkeren räumlichen Zusammenhang erhalten. Die Verringerung des Fahrbahnquerschnitts der tangierenden Hauptverkehrsstraße ermöglicht die Umverteilung von Parkplätzen und die Verbreiterung der Fußwege. Durch die Umgestaltung bietet sich für die Anlieger die Möglichkeit, den Platz vielfältig zu nutzen, zum Beispiel für Gastronomie.

↓ Entwurf und Platzgestaltung



↓ Übersicht der Prozessstufen

Zentrales Element des Gestaltungsprozesses war ein Bürgerwettbewerb, der unter Stichworten wie „Plaudertasche“ oder „Katzensprung“ Ideen der Bürger generierte und unter großem öffentlichen Interesse stattfand. Der Wettbewerb wurde durch eine breit angelegte, kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit publiziert und begleitet. Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden in einer Ausstellung gezeigt und bildeten die Grundlage der weiteren Überlegungen. Durch eine Mehrfachbeauftragung von Fachbüros wurden Entwürfe erarbeitet, die in der Stadt weiter diskutiert und von denen schließlich einer ausgewählt wurde.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Stadt Stolberg demonstriert durch ihren Bürgerwettbewerb und die Mehrfachbeauftragung dreier Büros ein gutes Gleichgewicht zwischen bürgerschaftlichem Engagement und fachlicher Expertise. Es gelingt mit einfachen Mitteln eine überzeugende Gestaltung und Aufwertung dieses wichtigen innerstädtischen Raumes. In abwechslungsreichen Sequenzen wird der Straßenraum verbessert und durch sehr unterschiedliche Platz und Grünbereiche akzentuiert. Wenn dieses Konzept Zug um Zug konsequent umgesetzt wird, ist eine deutliche Aufwertung des Stadtbildes und der Aufenthaltsqualitäten zu erwarten. Die Gestaltung des Olof-Palme-Friedensplatzes überzeugt. Es entsteht ein angenehm zurückhaltender und vielfältig nutzbarer öffentlicher Raum. Das Zitat der ‚Nadeln‘, das auf die Industriegeschichte Stolbergs Bezug nimmt, wird unaufdringlich, aber in reizvoller Interpretation vorgetragen. Einzig die Situation der Stellflächen im südlichen Platzbereich wird kritisiert. Um den räumlichen Zusammenhang des Platzes nicht zu beeinträchtigen, sollte auf die nördlich liegende Parkierungszeile verzichtet werden.“



↓ Entwurfsskizze als Tag- und Nachtansicht

1. Preisgruppe

↓ Lage des Platzes am Seeufer



Wetter Seeplatz am Harkortseeufer

Kommune: Stadt Wetter, 30.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Fachdienst Stadtentwicklung, Stadt Wetter
Projektkoordination: Norbert Post, Hartmut Welters, Dortmund/Köln
Entwurf: scape Landschaftsarchitekten, Düsseldorf mit Lorber + Paul Architekten, Köln
Platztyp: Platz und Promenade am Wasser
Verfahren: Begrenzter freiraumplanerischer → **Wettbewerb**, vorbereitet und begleitet durch eine Bürgerwerkstatt, Befragungen sowie öffentlichen Diskussionen

↓ Entwurf für den Platz und die umliegenden Grünbereiche

Mit dem Seeplatz in Alt-Wetter soll ein neues „Tor zum See“ entstehen. Entsprechend der überregionalen Bedeutung des Ortes für Freizeitnutzungen und Kurtourismus soll der Platz vielfältig nutzbar sein: für Wassersport, Spiel, Aufenthalt, Feste und Veranstaltungen.

Der Entwurf sieht die Gestaltung einer ruhigen Steinfläche vor, die am Seeufer durch ein Holzdeck begrenzt wird. Das Deck bildet den Übergang zum Wasser und bietet die Möglichkeit zum Verweilen. Zugleich nimmt es verschiedene Funktionen auf: einen Schiffsanleger, einen Anleger für Kanuten sowie ein Cafe. Das angrenzende Freibad, die Entenwiese und der Spielplatz bieten weitere Freizeitmöglichkeiten.

2. Preisgruppe



↓ Entwurf für die drei Platzbereiche



↓ Städtebauliche Einbindung des Katharinenplatzes

Ascheberg Katharinenplatz

Kommune: Gemeinde Ascheberg, 16.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Fachbereich III / Tiefbau, Gemeinde Ascheberg
Projektkoordination: Drees Huesmann Planer, Bielefeld
Entwurf: wpb Landschaftsarchitekten Ingenieure, Bochum
Platztyp: Stadtplatz / Ortszentrum
Verfahren: → Beschränkter Wettbewerb | mit Fachjury und Bürgerpreisgericht

Der Katharinenplatz in der Gemeinde Ascheberg wurde in den 60er Jahren gebaut. Seine Gestaltung ist heute fragmentiert und nicht mehr zeitgemäß. Er soll daher grundsätzlich aufgewertet und durch neue Nutzungsangebote belebt werden. Der Entwurf sieht vor, den Platz in drei Zonen mit verschiedenen Schwerpunktnutzungen zu gliedern: den eigentlichen Platz, einen Kinderspielbereich und eine vielfältig nutzbare Fläche für temporäre Nutzungen wie Kulturveranstaltungen oder Märkte. Die angrenzenden Nutzungen sollen in die Bespielung des Platzes einbezogen werden.



↓ Eindrücke der unterschiedlichen Platzbereiche

Der Entwurf ist das Ergebnis eines beschränkten Wettbewerbs. Die Anforderungen an den Wettbewerb wurden in zwei Planungswerkstätten erarbeitet. In dem Wettbewerb wurde nicht nur eine Fachjury, sondern auch ein Bürgerpreisgericht eingesetzt, dessen Votum für die Fachjury eine entscheidende Rolle bei der Auswahl des Entwurfs spielte.

Der Platzentwurf sollte zügig umgesetzt werden. Der ursprünglich geplante Pavillon wird dabei auf Anraten der Jury vorerst nicht realisiert werden, da noch nicht geklärt ist, wie sich ein solches Gebäude in hochwertiger Qualität realisieren ließe und wer als Betreiber in Frage käme.

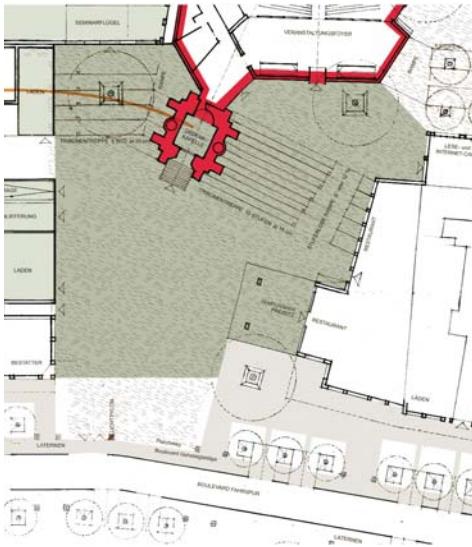
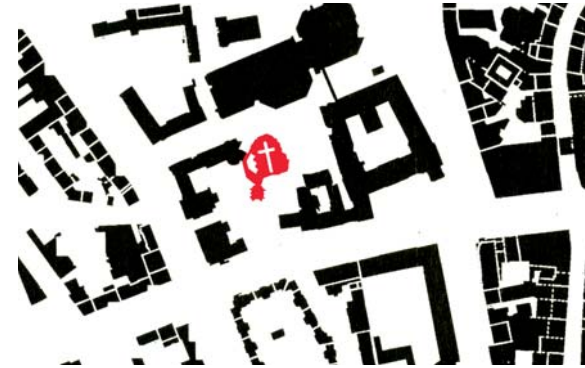
Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Gemeinde Ascheberg bearbeitet mit der Gestaltung des zentralen Katharinenplatzes eine exemplarische Aufgabenstellung für kleine Ortszusammenhänge bzw. Kleinstädte. Der Raum bekommt durch die Zonierung und die Zuordnung der Nutzung zu den Randbereichen eine besondere Charakteristik, die durch ein schlüssiges Gestaltkonzept unterstützt wird. Mit wenig Aufwand wird hier eine Lösung präsentiert, die die Jury überzeugt. Positiv bewertet wird auch das Lichtkonzept, welches die unterschiedlichen Platzqualitäten bei Tag und Nacht darstellt und über die reine Gestaltung des Katharinenplatzes hinausgeht. Indes vermag der vorgesehene Pavillon, hinsichtlich seiner Notwendigkeit, seiner Nutzung und Gestaltung nicht restlos zu überzeugen und sollte überprüft werden.

Das Verfahren ist gelungen und verklammert erfolgreich das bürgerschaftliche Engagement mit der Bewertung durch ein Fachgremium. Damit zeigt Ascheberg, dass ein angemessener und lokal verankerter Prozess zu einem überzeugenden Ergebnis führen kann.“

2. Preisgruppe

↓ Schwarzplan: Lage der Kirche in der Umgebung



Bochum Platz des Europäischen Versprechens

Kommune: Stadt Bochum, 390.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Planungsamt, Stadt Bochum
Projektkoordination: Prof. Gerhard Auer, Braunschweig
Entwurf: Kunst: Jochen Gerz, Paris
Architektur: Prof. Gerhard Auer, Braunschweig
und Archifactory, Bochum
Platztyp: Stadtplatz / Innenstadtrand
Verfahren: Interdisziplinäre Werkstatt, Ausarbeitung des Entwurfs durch einen Künstler und Architekten

↓ Städtebaulicher Entwurf

Der Platz an der „Kirche der Kulturen“ in Bochum, ehemals eine Heldengedenkstätte und heute ein Ort interkultureller Begegnung, soll als vielfältig nutzbarer Vorplatz und Abschluss des kürzlich fertig gestellten innerstädtischen Boulevards aufgewertet werden.

Der Platz soll zurückhaltend gestaltet werden, mit unterschiedlich nutzbaren Tribünen und Treppen sowie einem einheitlichen Belag. Die Geschichte und die Vielschichtigkeit des Ortes soll durch einen künstlerischen Prozess unter der Regie eines Künstlers verdeutlicht und begreifbar gemacht werden. Bochumer Bürger, Besucher und Gäste aus den europäischen Partnerstädten sollen eingeladen werden, ihre Namen als persönliches europäisches Versprechen in die Bodenplatten einzuschreiben.



↓ Gesamtansicht des Platzes



↓ Detail: Namenszüge in den Bodenplatten als „europäisches Versprechen“

Die Idee wurde in einer interdisziplinären Werkstatt sowie in Abstimmung mit Anrainern und lokalen Akteuren entwickelt. Der Entwurf wurde dann durch mehrere Architekten zusammen mit dem Künstler ausgearbeitet. Der bisherige diskursive Weg zur Entwicklung der Planungsidee wird auch bei der weiteren Entwicklung fortgeführt werden. Nach Fertigstellung der baulichen Maßnahmen kann der künstlerische Prozess über die jeweils direkt beteiligten Akteure hinaus ein beständiges Thema einer breiten öffentlichen Berichterstattung sein. Der Höhepunkt und Abschluss des Prozesses ist für das Europäische → **Kulturhauptstadtjahr 2010** | vorgesehen.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Arbeit thematisiert einen vielschichtigen Ort und formuliert einen interessanten Beitrag zur urbanen Öffentlichkeit. Der Beitrag besteht durch einen reduzierten, klaren Entwurf, der aus der Zurückhaltung seine besondere Qualität bezieht. Diese Qualität besteht zunächst einmal auch unabhängig von dem künstlerischen Gestaltungsprozess. Die ‚Beschriftung‘ des Platzes hat aber das Potenzial, über die Gestaltung hinaus einen besonderen Bedeutungsraum in der heterogenen Umgebung zu schaffen und die Öffentlichkeit des Platzes zu erhöhen. Der Ansatz, den Namen der Gefallenen die Namen heutiger Bürger Europas entgegenzusetzen, kann zur konstruktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte anregen. Es wird allerdings nicht ausreichend klar, warum der künstlerische Prozess auf den relativ langen Zeitraum von fünf Jahren angelegt ist und wie er konkret durchgeführt werden soll.“

2. Preisgruppe



Castrop-Rauxel Stadt.Licht.Orte

Kommune: Stadt Castrop-Rauxel, 79.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung, Stadt Castrop-Rauxel
Projektkoordination: Die Etage – Strategie. Marketing. Kommunikation, Recklinghausen
Entwurf: wpb Landschaftsarchitekten Ingenieure, Bochum
light-ing Gestaltende Lichtplanung, Lüdenscheid
Platztyp: Platzfolge / Innenstadt
Verfahren: Mehrstufiges Werkstattverfahren, Lichtinszenierung und öffentliche Diskussionen, Ausarbeitung des Konzeptes durch Fachplaner

↓ *Entwurf für den Marktplatz*



↓ *Städtische Einbindung der Platzfolge*

Die Platzfolge Bunkerplatz, Simon-Cohen-Platz, Lambertusplatz und Marktplatz in der Castroper Altstadt soll zusammen mit den sie verbindenden Gassen umgestaltet und aufgewertet werden. Die Zusammengehörigkeit der Plätze wird in dem Entwurf durch eine einheitliche Oberflächengestaltung sowie ein Lichtkonzept hergestellt. Darüber hinaus hat sich die Stadt vorgenommen, die Plätze vor allem aufzuräumen und so eine veränderte Wahrnehmung dieser Orte anzuregen. Für den zentralen Marktplatz, der heute vor allem als Parkplatz sowie für einen Wochenmarkt genutzt wird, wurde darüber hinaus ein Entwurf zur Umgestaltung entwickelt. Er sieht vor, die Zahl der Stellplätze zugunsten größerer Bereiche für Spiel und Aufenthalt zu verringern. Zwei Baumreihen gliedern den Platz und bieten schattige Aufenthaltsbereiche.



↓ Platzfolge in der Innenstadt mit einheitlichen Elementen im öffentlichen Raum



↓ Atmosphärische Eindrücke der Platzfolge

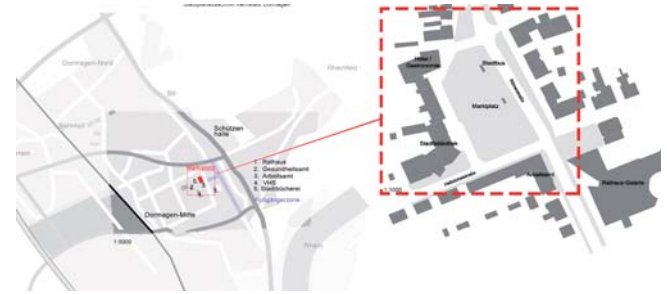
Die Vorschläge wurden in vier Werkstätten in enger Kooperation mit der örtlichen → **Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG)** erarbeitet, die auch den Anstoß zur Wettbewerbssteilnahme gegeben hatte. Im Rahmen der zweiten Werkstatt zum Thema Licht wurden die öffentlichen Räume der Stadt mit Licht inszeniert und der Vorentwurf für die Plätze öffentlich zur Diskussion gestellt. Eine Besonderheit des Verfahrens war die Durchführung einer Finanzierungs- und Umsetzungswerkstatt, in der neue Wege der Finanzierung und Möglichkeiten des Sponsorings erörtert wurden. Die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und die Öffentlichkeitsbeteiligung sollen idealerweise auch in der Umsetzung fortgesetzt werden.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Der Beitrag der Stadt Castrop-Rauxel besteht aus der durchgehenden Gestaltung einer Abfolge von Plätzen, die dadurch in einen räumlichen Zusammenhang gebracht werden. Die eingereichte Arbeit zeigt dabei die ersten Schritte zur Realisierung eines umfassenden Gesamtkonzeptes für die Altstadt. Die Verbindung erfolgt über die Oberflächengestaltung, einheitliche Vegetationselemente und ein Lichtkonzept. Die Jury zeigt sich überzeugt von der Stringenz des Konzeptes, diskutiert aber insbesondere das Gestaltungskonzept des Marktplatzes. Positiv bewertet wird die Einschränkung der Stellflächen zugunsten der Fußgängerbereiche. Die räumlich funktionale Gliederung des Platzes ist aber nur teilweise nachvollziehbar. Auch die Form der eckig geschnittenen Bäume stößt hinsichtlich des Pflegeaufwandes auf Vorbehalte. (...)“

Der Prozess mit mehreren konzeptionellen Rückkoppelungen und das starke Engagement privater Projektpartner zeugen sehr positiv davon, wie diese Gestaltungsaufgabe öffentliches und privates Engagement zu mobilisieren und zu verknüpfen vermochte.“

2. Preisgruppe



↓ Städtische Einbindung des Platzes



↓ Entwurf für den Dormagener Marktplatz

Dormagen Marktplatz

Kommune: Stadt Dormagen, 63.000 Einwohner

Betreuender Fachbereich: Fachbereich 7/Tiefbau, Verkehr und Grün, Stadt Dormagen

Projektkoordination: Fachbereich 7/Tiefbau, Verkehr und Grün

Entwurf: Planergruppe Oberhausen GmbH, Oberhausen

Platztyp: Stadtplatz / Innenstadt

Verfahren: Direktbeauftragung eines Planungsbüros, begleitet durch öffentliche Diskussionen und Aktionen vor Ort

Die Stadt Dormagen hat vor, den innenstadtnah gelegenen Marktplatz neu zu gestalten. Er wird gegenwärtig als Parkplatz genutzt und ist wenig einladend gestaltet. Der Entwurf sieht die Gliederung in eine ruhige Zone mit einer wassergebundenen Decke und einen belebten, der Straße zugewandten Bereich mit einer großformatigen Pflasterung vor. Verschiedene Stadtmöbel gliedern den Platz und laden zum Verweilen ein. Im Zuge der Platzgestaltung wird die angrenzende Straße zurückgebaut, die vorhandene Stellplatznutzung wird stark reduziert.



↓ Ansicht des umgestalteten Platzes

Die Entwurfsideen wurden in drei Planungsstufen (Analyse, Vorentwurf und Entwurf) unter regelmäßiger Beteiligung der Bürger entwickelt. Dabei kam dem Platz selbst als Ort der Kommunikation von Ideen und Planungsschritten eine besondere Bedeutung zu. So wurden beispielsweise zum Auftakt der Planung Markierungen mit Signalwirkung auf dem Platz verteilt, die auf die Sachlage aufmerksam machten. In einer anderen Aktion hatten Kinder die Möglichkeit, den Platz zu erforschen, zu besetzen und Gestaltungsideen zu entwickeln.

Auf Empfehlung der Jury wird die Vielzahl der Gestaltungselemente in der Umsetzung reduziert, es werden wenige ausgewählte Stadtmöbel eingesetzt, die flexibel einsetzbar sind, so dass sich die Platzgestaltung besser an die unterschiedlichen Anforderungen anpassen kann.

Aus der Stellungnahme der Jury

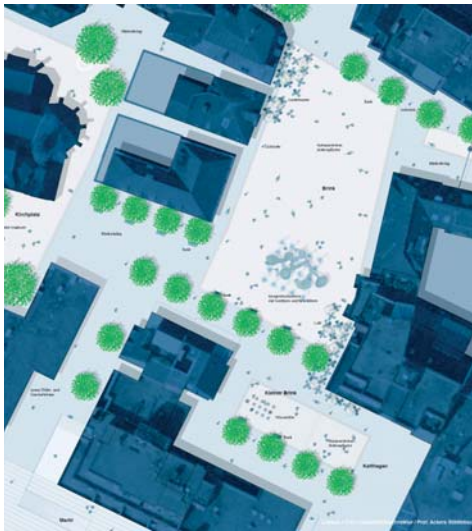
„Bei der Gestaltung des Marktplatzes werden die Bürger mit innovativen Kommunikationselementen intensiv in die Planungen eingebunden und entwickeln in einem dialogorientierten Verfahren Ideen für die Nutzung und Gestaltung. Der aus den Bürgerwünschen und Workshops hervorgegangene Entwurf zeugt von einer hohen Ausarbeitungsdichte (...). Trotz der vorbildlichen Einbindung zahlreicher unterschiedlicher Akteure in den Prozess sieht sich die Jury allerdings mit den Schwierigkeiten eines zu sehr durch das Beteiligungsverfahren beeinflussten Entwurfs konfrontiert, der alle Wünsche ungefiltert und auf Kosten eines stimmigen Gesamtkonzeptes zu erfüllen versucht. (...) Vermutlich kann durch weniger gestalterische Elemente mehr erreicht werden: ein besserer Raumeindruck und ein offeneres Raumangebot für zahlreiche, auch heute noch nicht artikuliert Nutzungsansprüche.“



↓ Prozessablauf und strategische Bausteine

2. Preisgruppe

↓ Gesamtkonzept für die Innenstadt



Emsdetten Unser Brink

Kommune: Stadt Emsdetten, 36.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Fachdienst Stadtentwicklung und Umwelt, Stadt Emsdetten
Projektkoordination: scheuvs + wachen, Dortmund
Entwurf: Lohaus + Carl Landschaftsarchitektur, Hannover
Prof. Ackers Städtebau, Braunschweig
Platztyp: Stadtplatz / Innenstadt
Verfahren: → Kooperatives Werkstattverfahren | begleitet durch Öffentlichkeitsarbeit und Austausch mit dem Arbeitskreis Innenstadt

↓ Platzentwurf für den „Brink“ im Kontext der angrenzenden Plätze

Die Stadt Emsdetten plant, den Innenstadtplatz Brink im Rahmen der Aufwertung der innerstädtischen öffentlichen Räume als „gute Stube“ und wichtiges Gelenk zwischen den alten Dorfstrukturen und Strukturen der 70er Jahre umzugestalten. Der Platz wirkt heute, ähnlich wie die angrenzenden öffentlichen Räume, fragmentiert. Ein großes Problem ist die mangelnde Abgrenzung zwischen öffentlichen, halböffentlichen und privaten Flächen.



↓ Gesamtsicht des Platzes

Der Entwurf sieht eine großzügige, barrierefreie Gestaltung und eine klare Gliederung des Platzes in einen inneren, öffentlichen und einen äußeren, halböffentlichen Bereich vor. So erhalten die angrenzenden Gebäude klar ablesbare Vorzonen. Dieses Gliederungsprinzip soll auch bei der Umgestaltung der angrenzenden Straßen und Plätze fortgeführt werden. Dabei sollen die vorhandenen Materialien verwendet und lediglich „umsortiert“ werden, um eine klare Zonierung und Platzgestaltung zu erreichen. Wasser- und Lichtbänder tragen zur Verbindung des Platzes mit anderen innerstädtischen Orten bei.

Der Platzentwurf ist das Ergebnis eines kooperativen Werkstattverfahrens mit vier Planungsteams. Aufgabe war es, sowohl ein Rahmenkonzept für die gesamte Innenstadt als auch einen realisierungsfähigen Entwurf für den Brink zu entwickeln, um den Platz von Anfang an in das System der innerstädtischen Orte einzubinden. Das Verfahren wurde durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie den Austausch mit dem Arbeitskreis Innenstadt begleitet, in dem sich Anrainer, Eigentümer und Vertreter aus Politik und Verwaltung zusammengeschlossen haben. Das Innenstadtkonzept soll nun schrittweise umgesetzt werden.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Der Platzentwurf für den Brink in Emsdetten überzeugt durch die konsequente Einbindung in ein Innenstadtkonzept, die im Verfahren klug angelegt und im Entwurf gut gelöst wird. Darüber hinaus werden die reduzierte und robuste Gestaltung und die Entrümpelung des Platzes besonders positiv gewertet. Durch die ortstypischen Materialien und die Kontinuität der Materialwahl in der gesamten Innenstadt wird die Verbindung zu den angrenzenden öffentlichen Räumen mit einfachen Mitteln wirksam. (...) Der Umgang mit Stadtgrün ist dagegen nicht überzeugend aus dem Kontext heraus formuliert und sollte überarbeitet werden.“



↓ Ablauf des Verfahrens

2. Preisgruppe

↓ Einbindung in das Stadtgefüge



Enger Königin-Mathilde-Platz

Kommune: Stadt Enger, 21.000 Einwohner

Betreuender Fachbereich: Stadtentwicklung und Stadtmarketing, Stadt Enger

Projektkoordination: Agendagruppe „Stammtisch Barmeierplatz“, Enger

Entwurf: Michael Pottebaum Landschaftsplaner, Bünden

Platztyp: Quartiersplatz / Ortszentrum

Verfahren: Direktbeauftragung eines Planungsbüros, begleitet durch öffentliche Diskussionen und Aktionen vor Ort

↓ Entwurf der Platzsituation

Enger plant die Umgestaltung des innerstädtischen Königin-Mathilde-Platzes, der derzeit lediglich als Tiefgaragendach und Zugang zu den umliegenden Wohngebäuden dient.

Die Verlegung der Tiefgaragenzufahrt ist in dem Entwurf die Basis für einen neuen, ruhigen Platzraum. Ein Kräutergarten erinnert an das Wirken der Namensgeberin des Platzes und lädt zum Verweilen ein. Die Tiefgaragenzufahrt soll verfüllt und als Bühne umgebaut werden. Die verschiedenen Flächen des Platzes bieten vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, zum Beispiel für kulturelle Veranstaltungen oder Gastronomie. Zugleich stellt der Platz auch für die Anwohner einen attraktiven Ort für Aufenthalt und Kommunikation dar.



↓ Modellfoto: Blick auf den Kräutergarten

Die Arbeit wurde durch die Lokale Agendagruppe begleitet, die auch den Anstoß zur Teilnahme an dem Landeswettbewerb gab. In Stadtpaziergängen, „Sofa-Gesprächen“ und Aktionen auf dem Platz wurden Anregungen für seine Gestaltung gesammelt und diskutiert. Die Anregungen wurden von einem Planungsbüro in einen Platzentwurf übersetzt, der nochmals mit der interessierten Öffentlichkeit sowie Vertretern der Stadt diskutiert wurde.

Auf Empfehlung der Jury wird die Vielzahl der entworfenen Elemente in der Umsetzung auf die Schaffung eines offenen Platzbereichs und eines kontemplativen Bereichs mit Kräutergarten reduziert, um genügend Raum für die individuelle Aneignung und unterschiedliche Nutzungen zu belassen.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Beschäftigung der Stadt Enger mit einer räumlich äußerst unbefriedigenden städtebaulichen Situation der 60er Jahre zeigt Mut im Umgang mit dieser Art von Stadtstruktur. Die öffentliche Diskussion ist intensiv und produktiv geführt worden und zeigt das große Engagement sowie die lokale Verankerung des Prozesses. Die Jury zeigt sich hiervon beeindruckt und würdigt die Initiativen ausdrücklich. Das gestalterische Ergebnis allerdings wirkt als eine zu starke Überlagerung von unterschiedlichen Ideen und Lösungen. Eine Reduktion der Elemente würde im Rahmen einer weiteren Bearbeitung dem Raum eine noch höhere Aufenthaltsqualität ergeben. Die Konzentration auf eine Idee (...) könnte eher eine klare Identität des Königin-Mathilde Platzes als öffentlichen Raum erreichen. (...)“

2. Preisgruppe

↓ Städtebauliche Einbindung



↓ Entwurf für den Bodelschwingplatz

Hagen Bodelschwingplatz

Kommune: Stadt Hagen, 200.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Stadtentwicklung, Planen und Wohnen, Ressort Stadtplanung, Stadt Hagen
Projektkoordination: scheuven + wachen, Dortmund
Entwurf: scape Landschaftsarchitekten, Düsseldorf
3D Architekten und Stadtplaner, Aachen
Platztyp: Quartiersplatz / Stadtteilzentrum
Verfahren: → Kooperatives Werkstattverfahren | Befragungen, öffentliche Diskussionen

Hagen plant die Umgestaltung des Bodelschwingplatzes in Hagen-Wehringhausen. Die Stadt möchte damit Impulse für die dringend notwendige Aufwertung des erneuerungsbedürftigen Stadtteils geben. Durch eine neue Umgehungsstraße ergibt sich die Chance, den Stadtteil vom Verkehr zu entlasten und den Platz als Verbindungsglied zur Hagener Innenstadt und belebte Quartiersmitte neu zu gestalten.



↓ Blick auf das Rasenplateau



↓ Gestaltung des Platzrandes

Das Herzstück des neuen Platzes bildet ein Rasenplateau für Spiel und Aufenthalt. Dieser Bereich wird von einem steinernen Rahmen gefasst, wo es Raum für Stellplätze, Außengastronomie, Märkte und Feste gibt. Beide Bereiche – steinerner Rand und Rasenfläche – werden durch eine Mauer abgegrenzt. Der südliche Abschluss des Platzes wird durch einige Holzterrassen gebildet, die zum Sitzen und Verweilen einladen.

Der Vorschlag wurde in einem kooperativen Werkstattverfahren unter Beteiligung von drei Planungsteams und im Austausch mit Initiativen und Institutionen im Stadtteil sowie Anrainern, Bürgern, Verwaltung und Politik erarbeitet.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Der Ansatz, den Bodelschwingplatz in einen harten, steinernen und einen weichen, grünen Bereich zu gliedern, wird von der Jury als grundsätzlich gute Lösung für den Ort gewertet. Der Platz erhält auf diese Weise eine klare Zonierung, die dem Ort angemessen erscheint und ein hohes Maß an Aneignungsmöglichkeiten aufweist. (...)“

Die vorgeschlagene Gestaltung will und soll einen Beitrag zur sozialen Integration in dem multikulturellen Stadtteil leisten. Trotz der dargestellten Einbindung verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Planungsprozess bleibt etwas offen, inwieweit diese Gruppen ihren Einfluss geltend machen konnten. Eventuell ist die vorgesehene Ausgestaltung des Platzes hierfür etwas überbestimmt. Vor dem Hintergrund des sozialen, strukturellen und baulichen Erneuerungsbedarfs im Stadtteil sollte die Betrachtung zudem noch etwas mehr über den Platz hinaus in die angrenzenden Bereiche ausgeweitet werden. Dabei kann an den sehr wichtigen Gedanken des vorliegenden Konzeptes, den Platz als Trittstein zur Integration der angrenzenden Stadtteile zu verstehen, direkt angeknüpft werden.“



↓ Übersicht zum Prozessablauf

2. Preisgruppe



↓ Entwurf des Ottoplatzes

Köln Ottoplatz und Messeplatz

Kommune: Stadt Köln, 1.020.000 Einwohner

Betreuender Fachbereich: Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen, Stadtplanungsamt, Stadt Köln

Projektkoordination: Stadtplanungsamt

Entwurf: böhm benfer zahiri landschaft und städtebau, Berlin mit Marcus Wilhelm, Kassel

Platztyp: Platzfolge / Bahnhofsvorplatz bzw. Eingang zur Messe

Verfahren: Internationaler beschränkter → **Realisierungswettbewerb**, begleitet durch den Austausch mit den beteiligten Akteuren, Internetplattform, Pressearbeit



↓ Entwurf des Messeplatzes

Im Rahmen der geplanten Messeerweiterung in Köln-Deutz und dem Ausbau zum ICE-Bahnhof soll der Ottoplatz als repräsentativer Bahnhofsvorplatz umgestaltet werden. Der hinter dem Bahnhof liegende Bereich soll in der Phase des Um- und Neubaus der Messe temporär als Eingangsplatz gestaltet und schließlich bebaut werden.

Der Ottoplatz soll als Bahnhofsvorplatz großzügig und offen gestaltet werden. Besondere Eingangssituationen mit Aufenthaltsinseln und Sitzgelegenheiten sowie Bäume akzentuieren den Platz. Der Messeplatz wird zwischenzeitlich, bevor er überbaut wird, als Freiraum mit extensiver Begrünung gestaltet. Der Freiraum wird durch zwei Promenaden in Ost-West-Richtung sowie verbindende Holzstege gegliedert. Die Promenaden sind temporär für Ausstellungen nutzbar.



↓ Einbindung der Plätze in die städtische Situation

Der Entwurf ist der erste Preis eines internationalen, beschränkten Realisierungswettbewerbs. Der Wettbewerb wurde durch einen intensiven Austausch mit den beteiligten Akteuren sowie eine Internetplattform und regelmäßige Berichterstattung in der Presse begleitet.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen hinsichtlich der Hochhausplanungen im Bereich Messe Deutz wurde der Entwurf für die angrenzende Bebauung in einem moderierten Werkstattverfahren so modifiziert, dass sie mit den Anforderungen an den Status des Kölner Doms als Weltkulturerbe in Einklang gebracht werden kann. Die vorgesehenen Raumkanten des Ottoplatzes sollen dabei erhalten bleiben.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Stadt Köln thematisiert mit dem Deutzer Bahnhof einen wichtigen Ort von internationaler Ausstrahlung. Die Durchführung des internationalen Wettbewerbs war das der Bedeutung dieser schwierigen städtebaulichen Aufgabe angemessene Verfahren.“

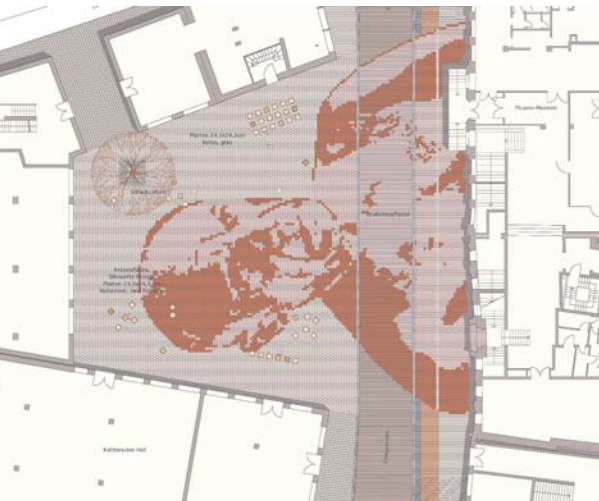
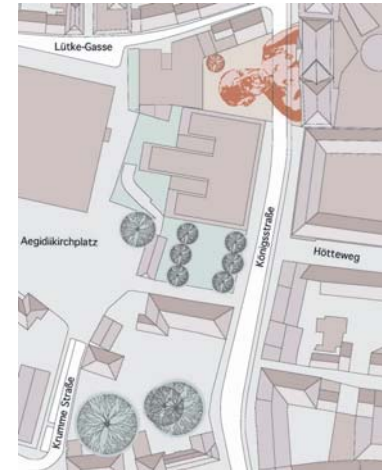
Die Rahmenbedingungen für den Ottoplatz sowie die Realisierungszeiträume und konkrete Ausgestaltung des Messeplatzes stehen (vor dem Hintergrund der Hochhausdebatte) jedoch derart in Frage, dass die Jury die Angemessenheit der Gestaltungsvorschläge und des weiteren Verfahrens nicht abschließend beurteilen konnte. (...) Die Ausgestaltung des Messeplatzes, zum Beispiel die Dimensionierung der Wege und die vorgesehenen temporären Nutzungen, scheinen der Bedeutung und den funktionalen Anforderungen der Zugangssituation gerade auch im Hinblick auf die Ungewissheit der Realisierungsschritte nicht in ausreichendem Masse gerecht zu werden. Nach exakter Klärung der Rahmenbedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Platznutzungen und -gestaltung muss die Gültigkeit der heute vorliegenden Vorschläge erneut geprüft und die Entwürfe gegebenenfalls angepasst werden.“



↓ Der neu gestaltete Ottoplatz

2. Preisgruppe

↓ Einbindung in den städtischen Kontext



↓ Entwurf des Platzes

Münster Picassoplatz

Kommune: Stadt Münster, 267.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Amt für Stadtentwicklung, Stadt Münster
Beteiligungsverfahren: büro frauns, Münster
Entwurf: Chestnutt_Niess Architekten, Berlin
Platztyp: Stadtplatz / Innenstadt
Verfahren: → Konkurrerendes Werkstattverfahren | öffentliche Diskussion und Aktionen vor Ort

Die Stadt Münster beabsichtigt mit der Gestaltung des Picassoplatzes die qualitative Aufwertung eines zentral gelegenen Stadtplatzes. Die zukünftige Nutzung und der Entwurf stehen in enger Verknüpfung mit dem gegenüberliegenden Grafik-Museum Pablo Picasso.

Der Platz soll als steinerner Platz umgestaltet werden, auf dem durch die Auswahl von farbigen Steinen das Konterfei des Namensgebers abgebildet wird, das aus verschiedenen Perspektiven unterschiedlich lesbar ist. Der Platz wird künftig von Wohn- und Geschäftshäusern mit Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss eingerahmt und zusätzlich belebt.¹

¹Für die Randbebauung des Platzes gibt es mittlerweile konkrete Pläne für die Errichtung von zwei Wohn- und Geschäftshäusern mit Gastronomie- und Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss. Mit der Umsetzung des ersten Bauvorhabens wurde bereits begonnen.



↓ *Blick vom Picassomuseum auf den Platz*

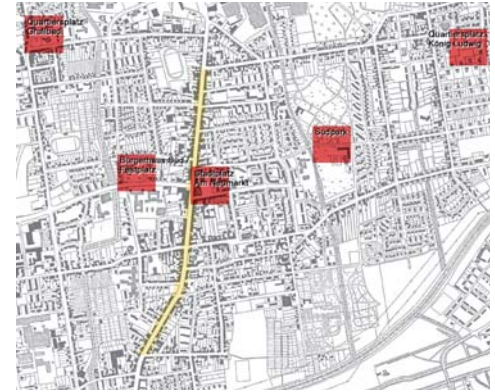
Der Entwurf wurde in einem konkurrierenden Werkstattverfahren mit den Wettbewerbsgewinnern des städtebaulichen Wettbewerbs 2002 unter der Beteiligung von Bürgern und Museumsbesuchern entwickelt. Neben einer engen Abstimmung des Entwurfs mit einer eigens gegründeten Fokusgruppe aus Anliegern, Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie externen Beratern wurde eine intensive öffentliche Diskussion und Beteiligung angeregt, zum Beispiel durch die Errichtung einer Infosäule auf dem Platz, die Diskussion des Entwurfs anhand von Modellen und eine gemeinsame Begehung des Platzes.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Münster bearbeitet mit dem Konzept des Picassoplatzes eine anspruchsvolle Aufgabenstellung, die im Kontext des kulturellen Hintergrundes der Stadt erörtert wird. Der entworfene Raum wird dabei in Zukunft stark abhängig sein von den gebauten Platzkanten, deren Realisierung allerdings noch nicht absehbar scheint. Die Jury erachtet aus diesem Grund die genaue Gestaltungsaufgabe als zurzeit sehr schwer fassbar und diskutiert vor diesem Hintergrund kontrovers über die metaphorische Idee des Konterfeis Picassos sowie die Möglichkeit von dessen Wahrnehmung durch zukünftige Platznutzer. (...)“

Der Beteiligungsprozess zum Entwurf in Münster ist vorbildlich. Die Jury würdigt die Kombination der Methoden, die ein öffentliches Bewusstsein für den Picassoplatz schaffen und die Auseinandersetzung der lokalen Bürgerschaft mit dem Platz fördern.“

2. Preisgruppe



↓ Städtische Einbindung



Recklinghausen Facelifting für den Neumarkt

Kommune: Stadt Recklinghausen, 120.000 Einwohner
Betreuender Fachbereich: Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt, Stadt Recklinghausen
Projektkoordination: Stadtteilbüro Recklinghausen-Süd/Grullbad, Recklinghausen
Pesch & Partner Architekten Stadtplaner, Herdecke
Entwurf: Büro Raumplan, Aachen
Platztyp: Stadtplatz / Stadtteilzentrum
Verfahren: → **Konkurrierendes Werkstattverfahren** | auf Basis einer Bürgerwerkstatt und Aktivitäten des örtlichen Quartiersmanagements

↓ Gesamtkonzept für den Neumarkt

In Recklinghausen-Süd ist geplant, den Neumarkt in einen zeitgemäßen Platz umzugestalten, der für die multikulturelle Nachbarschaft vielfältige Nutzungsmöglichkeiten eröffnet. Der Platz wird heute vor allem als Parkplatz sowie einmal wöchentlich als Marktplatz genutzt, die Aufenthaltsqualität außerhalb der Markt-tage ist gering.



↓ Blick auf den zentralen Platzbereich

Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität soll der Platz nur noch zum Teil als Parkplatz genutzt werden. Er soll durch Baumreihen und Oberflächenstrukturen klar gegliedert werden, so dass ein für Markt und Veranstaltungen nutzbarer Teil sowie ein Kunst-Park und Spielbereiche entstehen. Der Aufenthaltsbereich und der Parkplatz werden durch eine Überdachung getrennt, die als Treffpunkt dienen oder bei Veranstaltungen zu einer Bühne umgebaut werden kann. Auf Empfehlung der Jury sollte hier zunächst keine dauerhafte Anlage entstehen, sondern eine leichte Dachkonstruktion mit temporärem Charakter, um die Wirkung eines solchen Elements zu testen und eine dauerhafte Lösung im Prozess der Aneignung und Nutzung zu entwickeln.

Die Rahmenbedingungen für diesen Platzentwurf wurden eingebunden in die Aktivitäten des ansässigen Projektbüros → „Soziale Stadt“, in einer Bürgerwerkstatt formuliert. Drei Büros erarbeiteten auf dieser Grundlage in einer Planungswerkstatt verschiedene Platzentwürfe, von denen einer ausgewählt wurde.

Aus der Stellungnahme der Jury

„Die Gestaltung des Neumarkts in Recklinghausen thematisiert eine exemplarische innerstädtische Problemlage, die relativ konventionell, aber angemessen gelöst wird. Die Gliederung der Flächen in einen grünen Teil und einen städtischen Platz ist interessant, es entsteht eine abwechslungsreiche Raumfolge. (...) Positiv bewertet wird der Vorschlag, die neu konzipierten Teile und den bestehenden Spielplatz durch verbindende Baumreihen zu einer Einheit zusammenzufassen. Weniger überzeugend erscheinen die architektonischen Elemente. Der dominanten Stellung der Eingangspavillons entspricht die vorgeschlagene Nutzung nicht. Die Loggia verliert durch die fest integrierte Bühne nicht nur an Flexibilität, sondern auch an baulicher Prägnanz. Die Art der Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements nutzt eine Reihe von angestrebten Synergieeffekten und sollte im zukünftigen Prozess weitergeführt werden.“



English Summary

“Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“

A Design Competition for Public Spaces in the Federal State of North Rhine-Westphalia, Objectives and Outcomes 2004/05

Angela Uttke



Plazas and squares have the ability to accommodate many different types of uses and people. They are places of communication and identification; they are where you might meet a friend, stage an outdoor market or community festival. Their presence can be a cohesive force in a neighborhood, or an entire city. Exceptional public spaces are essential today for quality of life and attractiveness of cities: they provide cultural opportunities, support local economies and encourage volunteerism. The planning and improvement of them is therefore a constant task to most municipalities.

The quality of contemporary public spaces is not only a matter of design anymore. Good design alone does not make people adopt public places. Good design also does not mean that spaces are ready and finished – sometimes less is still more. Instead good design should create spaces for possibilities.

In order to develop and to maintain today's public spaces, people are needed – not just as users, but also as volunteers, advocates, stewards, strategizers, and idea-generators. Public participation, not only from private firms and retailers, becomes even more important considering the small financial opportunities faced by many municipalities. Therefore not only are innovative public space design needed but also new planning processes and new financial concepts as well. Current activities in many European cities and overseas as well as historical references (both are presented in this brochure) can be an inspiration for civic engagement in the making of public space making.

A design competition for public spaces

The competition “Stadt macht Platz – NRW macht Plätze” is to strengthen the municipalities as owners and as advocates of public spaces and to encourage them to create public places to meet today's needs. At the same time, the competition is to inspire innovations in the planning processes for those municipalities. Best-Practice-Design is looked for in order to ensure those designs have a high value in use and are developed in an innovative participation process. The federal state government of North-Rhine-Westphalia and the initiative for urban building culture “StadtBauKultur NRW”¹ initiated the design competition for the first time in 2002.

The design competition is open to all municipalities of the federal state North-Rhein-Westfalia. In the competition, projects and concepts for public spaces are accepted if they:

- transform and re-design existing squares in a neighborhood or city center;
- create new public spaces in the urban landscape, in mixed-use areas, as well as business and industrial areas;
- improve and strengthen an existing net of public spaces by design interventions, green space concepts and lightening, or art installations;
- stimulate the use and management of existing public spaces.

¹ The federal state and other groups and associations for a time period of ten years founded the initiative of urban building culture “StadtBauKultur NRW” in 2001. It is working as a platform to foster the building culture in North-Rhein-Westphalia. In order to do so several programs and projects are developed to serve as best practice. The home of the initiative is the “Europäische Haus für Stadtbaukultur”. Information on the initiative of urban building culture “StadtBauKultur NRW”: www.stadtbaukultur-nrw.de

The federal state offers financial aid to municipalities in order to help award the winning projects.

In 2004, the design competition was held for the third time. In this year's competition, creative ways of including local residents, retailers, businesses, and institutions in the process of planning, designing and managing public spaces were looked for. Its aim is to:

- reach good design qualities AND to set standards for public and private participation.
- meet high demands on functionality and flexibility AND to develop ideas for the future usage and programming of spaces; the public space as stage for public life.
- develop a strong link to real people and real places. New ideas for public spaces and new ways of participation should be tested in real situations.
- foster public awareness for public spaces.

Therefore, the competition was organized into two phases. In the first phase the municipalities were asked to develop a strategy of how they would administer the design and participation process. In total, 50 municipalities submitted their papers in this first phase of the competition. In December 2004, an international jury selected 20 promising concepts, which were recommended for implementation. Three criteria were crucial: a well selected, prototypical location, convincing goals, and a thorough explanation of each step in the procedure, as well as, an intensive participation process.

In the second phase of the competition, from January to October 2005, the 20 municipalities implemented the design and participation processes in order to come up with a design solution. The implementation was financially supported by the federal state, which gave several municipalities the opportunity to gain experiences with different and complex participation processes. In fall of 2005, 16 design proposals for public spaces were submitted to the jury. Due to the high quality proposals and exemplary planning and participation processes, the jury awarded all 16 municipalities for their outstanding performance.

Presented Tasks and Solutions in public Space Design

The submitted design proposals show that most municipalities are looking for high-purpose, well-aimed and low-cost interventions that bring together design and public space programming. The projects range from small town, neighborhood squares and market places to city gardens and promenades up to central plazas that showcase a cities assets.

Most municipalities target the improvement of existing public spaces in city centers and in inner city neighborhoods. Alienated public plazas and squares with outdated city furniture in public spaces are to be redesigned and refurbished by contemporary, flexible public space design and programming.

At the same time, the creation of new public spaces was discussed.

Centrally located but featureless and spatially undefined spaces are to be designed as public spaces for social, political or economical reasons. Brown fields and abandoned industrials

districts are to be opened up and programmed for new (also public) uses. Urban development, underutilized landscapes, and waterfronts are rediscovered and developed into landscape-oriented public spaces.

Types of Planning and Participation Processes

Most municipalities were using established methods of planning and participation processes combined with new procedures and innovative elements. For some municipalities, the state competition was a reason to be more open and innovative in the area of public participation. Some municipalities made explicit efforts to consider aspects of gender mainstreaming or the needs of migrants. Professional design competitions and public hearings where held as well as opinion polls, civic-juries and idea-generating workshops with the public. In some places design ideas were even tested in 1:1 models. In many municipalities, local stakeholders were asked to participate in the planning process of the public spaces in order to solicit opinions and ideas heard and to help gain local commitment. The quality of design solution produced in the participation process was remarkable.

The international jury of the third state competition for public spaces stated that: "The contributions of the municipalities showed, that the competition is a unique way to foster public space design and planning processes. It has been a model character for Germany and Europe. It was able to target today's issues in public spaces, and it was able to combine public space design with civic commitment. The honored projects have

best-practice-character because they show several ways, how custom-made, locally based design solutions for typical issues of public areas can be developed."

The Future of the Competition

With the competition the federal state government offers financial aid to help improve and build up to 50 public plazas and squares in North-Rhine-Westphalian municipalities. In the three competitions 159 municipalities entered project proposals, a total of 33 projects plazas and squares where identified by the international juries to be financially helped by the state. To date, 12 public spaces are built. The federal state expenditure are ca. 8.4 Million Euro.

The experiences with the competition (in particular with its two phase system) are positive. The participation in the competition and professional feedback were great. Compared to the previous years, the issues of public spaces and urban design have seldom been discussed so intensively in North Rhine-Westphalia. In many cities the public spaces have found new promoters. Therefore a new round of the competition is planned to identify future projects.

Information and project presentations:
www.stadtmachtplatz.de

Glossar

The image shows a close-up, slightly high-angle view of a cobblestone pavement. The stones are dark grey and rectangular, arranged in a grid pattern. The mortar between the stones is a lighter, textured grey. The word 'Glossar' is written in a large, white, sans-serif font across the middle-left portion of the image.

→ Glossar |

→ **Beschränkter Wettbewerb** | Vgl. Stichwort → **Wettbewerb** |

→ **Bilbao-Effekt** | Zurückgehend auf das Guggenheim Museum in Bilbao, das von dem amerikanischen Architekten Frank O. Gehry in einer expressiven, skulpturalen Architektur erbaut wurde und die Stadt Bilbao innerhalb kürzester Zeit bekannt gemacht hat, bezeichnet der Bilbao Effekt den Imagegewinn einer Stadt aufgrund der Etablierung einer kulturellen Einrichtung oder eines Events, oft in Kombination mit einer spektakulären Architektur.

→ **Bottom-up-Ansätze** | Bottom-up Ansätze begriffen als „Planung von unten“ bedeutet, der Planungsprozess wird von den Bewohnern und Akteuren des Planungsraumes gestaltet und getragen. Diese Strategie tritt für die Stärkung endogener Potenziale und Autonomien ein, die zu einer selbstständigen Dynamisierung des Raumes führen sollen.

→ **Brandwarestrategien** | In erster Linie Bildproduktionen und Kommunikationen, die sich aus dem Tätigkeitsfeld des Marketings und der Werbung herleiten lassen.

→ **Bürgerparks** | Öffentliche Parkanlagen, deren Entstehung zumeist auf private Spenden, Initiativen der kommunalen Verwaltungen oder Bürgerinitiativen zurückgehen. Bürgerparks entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Gegenimpuls zu den schlechten hygienischen Lebensbedingungen der Industriestädte.

→ **Business Improvement District (BID)** | Grundstückseigentümer und Gewerbetreibende verpflichten sich zu einer Abgabe,

um Maßnahmen zur Aufwertung einer Einzelhandelslage oder eines Quartiers mit privaten Mitteln zu finanzieren. Ein Gesetz regelt dazu die rechtliche Seite.

→ **Corporate Citizenship** | Ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen.

→ **Europäische Stadt** | Nach Siebel konstituiert sich die Qualität europäischer Städte aus dem Zusammenwirken von fünf Merkmalen. (1) der Präsenz von Geschichte im Alltag des Städters, (2) der Stadt als utopisches Versprechen auf ökonomische und politische Emanzipation, (3) der Stadt als besonderer Ort urbaner Lebensweise, (4) das überkommene Bild von der Gestalt der Europäischen Stadt und (5) die sozialstaatliche Regulierung von Stadt (vgl. Siebel 2004, 18).

→ **Garden Squares** | Begrünte halböffentliche Plätze innerhalb von Wohngebieten (vorwiegend in London). Von einem Zaun umgeben ist die Nutzung der Garden Squares zumeist den Anwohnern, die über einen Schlüssel zur Pforte des Square Gardens verfügen, vorbehalten.

→ **Hardwarestrategien** | Gestalterische und funktionale Investitionen in die räumliche Ressource. Gemeint sind infrastrukturelle Aufwertungen wie Straßen, Wegeführungen, Architektur sowie Freiraum- und Oberflächengestaltung bis hin zu Public Design im öffentlichen Raum.

→ **Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG)** | Freiwilli-

ger Zusammenschluss von Hauseigentümern, Gewerbetreibende und Einzelhändlern nach dem Vorbild der → **Business Improvement Districts** |, um Maßnahmen zur Aufwertung einer Einzelhandelslage oder eines Quartiers mit privaten Mitteln zu finanzieren.

→ **Incentive Zoning** | In der New Yorker Zonenbauordnung verankerte Strategie, die Bauherren, die auf ihrem Grundstück einen öffentlich nutzbaren Raum errichten, einen Bonus in Form von zusätzlich genehmigter Geschossfläche gewährt.

→ **Kooperatives oder konkurrierendes Werkstattverfahren** | Verfahren, in dem mehrere Planungsteams in ein oder mehreren Werkstätten alternative Entwürfe für eine architektonische, städtebauliche oder freiraumplanerische Aufgabe erarbeiten. Diese Verfahren werden im Gegensatz zu → **Wettbewerben** | nicht anonym, sondern im Austausch mit Auslobern, Preisrichtern, Sachverständigen sowie meist auch lokalen Institutionen, Bürgervertretern und sonstigen privaten Akteuren durchgeführt. Zum Abschluss des Verfahrens wird einer der Entwürfe zur Realisierung ausgewählt.

→ **Kurze Nacht der Stadterneuerung** | Dichte und kompakte Aktivität in Wien, die das Thema Stadterneuerung in innovativer und aufgelockerter Weise eine Nacht lang vermittelt. Dazu werden im Vorfeld von Studierenden zahlreicher österreichischer Universitäten neue Strategien der Stadterneuerung erarbeitet und in zahlreichen Aktionen im öffentlichen Raum der Öffentlichkeit präsentiert (www.kurzenacht.at).

→ **Kulturhauptstadt 2010** | Am 11. April 2006 hat die EU-Expertenjury das Ruhrgebiet mit Essen an der Spitze als Kulturhauptstadt Europas 2010 nominiert. Die endgültige Bestätigung des Jury-Votums durch den EU-Ministerrat wird im November 2006 erwartet. Neben Essen werden 2010 außerdem Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) Kulturhauptstädte Europas sein.

→ **Leisure.Space™** | Wird als Label in dem Vorabzug der Dissertationsschrift von Mona El Khafif verwendet. Hier beschreibt er einen Raum, der durch eine Brandingkampagne aufgebaut wurde und in einem engen Wechselspiel zwischen temporären Bespielungen, baulichen Interventionen und Bildproduktionen eine vorbestimmte Identität etablieren konnte.

→ **Nachjurierung** | Nachträgliche Jurybewertung eines Projektes, das bereits in einem qualifizierten Verfahren durch eine Jury beurteilt wurde.

→ **Orgwarestrategien** | Orgwarestrategien operieren im Bereich der Regulationssysteme und bilden Organisationsstrukturen und Regelwerke, die Handlungen und Aktivitäten anregen und regulieren.

→ **Privately owned Public Space** | Öffentlich nutzbare Räume, die sich in privatem Besitz befinden.

→ **Programm „Soziale Stadt“** | Gemeinsames Programm des Bundes und der Länder zur Förderung von sozial, ökonomisch und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen. In den ausgewählten

Stadtteilen werden gemeinsam mit den Bewohnern, lokalen Initiativen, Institutionen und Gewerbetreibenden Handlungsansätze und Projekte für die soziale, kulturelle, ökonomische und städtebauliche Entwicklung des Gebietes erarbeitet und umgesetzt.

→ **Public-Private-Partnership (PPP)** | Sammelbegriff für jegliche Art des kooperativen Zusammenwirkens der öffentlichen Hand mit privaten Akteuren, z.B. zur Umsetzung städtebaulicher Projekte.

→ **Quartiersbudget** | Neue Verantwortungsteilung zwischen Kommune und Bürgerschaft. Alle lokal an einem Prozess Beteiligten entscheiden gemeinsam und im Konsens, wofür in einem Quartier Mittel vergeben werden.

→ **RAUM:TAKTIK** | Wird als Planungsstrategie verstanden, die mittel- bis kurzfristig mit Top-down- und Bottom-up-Planungsansätzen arbeitet und diese aufeinander abstimmt.

→ **Realisierungswettbewerb** | Vgl. Stichwort → **Wettbewerb** |

→ **Regionale** | Strukturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, das im Turnus von zwei Jahren einer jeweils ausgewählten Region die Möglichkeit bietet, sich selbst und anderen zu präsentieren. Dabei sollen die Qualitäten und Eigenheiten der Region herausgearbeitet werden, um Impulse für deren zukünftige Entwicklung zu geben. Die nächste Regionale findet 2010 in der Region Köln/Bonn statt.

→ **Softwarestrategien** | Softwarestrategien versuchen die Nut-

zung und Aneignung in der baulichen Ressource und im öffentlichen Raum zu planen, wie auch neue Nutzungen zu fördern.

→ **Space.ing** | Label, das dem Begriff „Spaceing“ entspringt, der von Martina Löw im Rahmen der Raumsociologie verwendet wird und den Konstitutionsprozess von Raum durch Handlungen beschreibt. Space.ing am Yppenplatz ist der Titel für eine Projektarbeit mit Studierenden der TU Wien im Rahmen der → **Kurzen Nacht der Stadterneuerung** |, bei der das Wechselspiel zwischen baulichem und sozialem Raum durch temporäre Bespielungen im Vordergrund stand (siehe auch www.kurzenacht.at).

→ **Top-down-Strategien** | Top-down-Strategien werden als „Planung von oben“ verstanden. Von der Verwaltung und Fachplanern eingebrachte formelle Planwerke steuern und lenken zentral den Entwicklungsprozess eines Raumes, dieser kann auf allen Maßstabebenen wirksam werden.

→ **Urban Governance** | „Neue Generation von Staats- und Verwaltungsreformen (...), die das wirksame, transparente und partnerschaftsorientierte Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft zur innovativen Bewältigung gesellschaftlicher Probleme (...) zum Ziel haben“ (Löffler 2001, 212).

→ **Urban Förderprogramm** | Ein von der EU aufgestelltes Ko-Finanzierungsprogramm zur Förderung benachteiligter urbaner Zielgebiete in europäischen Städten.

→ Wettbewerbe |

Wettbewerbe sind anonyme konkurrierende Verfahren, die in der Raumplanung, im Städtebau und in der Architektur angewendet werden, um die beste Lösung für eine städtebauliche, landschaftsplanerische oder architektonische Aufgabe zu finden. Es gibt unterschiedliche Formen von Wettbewerben. Nach der jeweiligen Zielsetzung werden Ideenwettbewerbe und Realisierungswettbewerbe unterschieden. Die Lösung der gestellten Aufgabe kann in einer oder mehreren Wettbewerbsstufen erfolgen. In den „Regeln für die Durchführung von Wettbewerben“ (RAW) der Architektenkammern wird zwischen offenen Wettbewerben, an denen jeder teilnehmen kann, der im entsprechenden Bereich ansässig ist und die fachlichen und persönlichen Anforderungen erfüllt, und beschränkten Wettbewerben mit einem ausgewählten Teilnehmerkreis unterschieden.

Abbildungsnachweis

Umschlag		Thomas Ott Fotografie, Mühlthal
Seite 3 Mitte		Landeshauptstadt Hannover
Seite 3 Rechts		Wettbewerbsbeitrag Stadt Erkrath
Seite 12		Guildhall Library Print Room, London, Cat. Nr. p5405701
Seite 13		Guildhall Library Print Room, London, Cat. Nr. p5408094
Seite 14		Guildhall Library Print Room, London, Cat. Nr. q9512351
Seite 15		Manchester Archives and Local Studies, Manchester, Cat. Nr. 942.73-B5
Seite 16		Guildhall Library Print Room, London, Cat. Nr. q9512368
Seite 18 – 22		Landeshauptstadt Hannover
Seite 24		Heidi Sinning
Seite 25		BBS – Bürgerbüro Stadtentwicklung, Hannover
Seite 26		Heidi Sinning
Seite 28		Heidi Sinning
Seite 30		Juliane Pegels
Seite 31		Thorsten Schauz
Seite 32 – 35		Juliane Pegels
Seite 36		BüroX, Wien
Seite 38		Grafisches Konzept & Darstellung Christoph Haas, Oliver Frey, Mona El Khafif
Seite 39		Mona El Khafif
Seite 40		Grafisches Konzept und Darstellung Christoph Haas, Oliver Frey, Mona El Khafif
Seite 41 Links		Philipp Krebs
Seite 41 Mitte		Martin Granadia, Oliver Frey, Mona El Khafif
Seite 41 Rechts		Philipp Krebs
Seite 42 Links		Martin Granadia, Oliver Frey, Mona El Khafif
Seite 42 Mitte		Philipp Krebs
Seite 42 Rechts		Martin Granadia, Oliver Frey, Mona El Khafif
Seite 45 – 48		Hanns Joosten
Seite 52		Elke Stamm
Seite 53 Links		Silke Edelhoff
Seite 53 Mitte		Elke Stamm
Seite 53 Rechts		Silke Edelhoff
Seite 54 – 55		büro G29, Aachen
Seite 56 – 87		Abbildungen aus den Wettbewerbsbeiträgen der jeweiligen Kommunen
Seite 91		büro G29, Aachen

Kurzbiografien der Autoren

Uta Boockhoff-Gries | Dipl.-Ing. Architektur, Stadtbaurätin, leitet das Baudezernat der Landeshauptstadt Hannover. Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Stadtplanung, Stadtentwicklung, Wohnungsversorgung und Stadterneuerung. Sie ist zudem stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft für Bauen und Wohnen sowie Mitglied im Aufsichtsrat des Flughafens Hannover-Langenhagen.

Mona El Khafif | Dipl.-Ing. Architektur, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen an der Technischen Universität Wien. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind interdisziplinäre Planungsansätze und städtebauliche Entwürfe. Daneben arbeitet sie als freie Architektin und Planerin mit der Planungsgruppe phase 1 Fox_El Khafif_Nuhsbaumer.

Oliver Frey | Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung, Mag. Soziologie und Neuere Geschichte, ist seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie an der TU Wien. Er forscht und lehrt in den Disziplinen Architektur, Raumplanung und Stadtsoziologie, u. a. mit den Schwerpunkten Planungstheorie, Segregation, Stadterneuerung und kreative Milieus.

Dr. Ulrich Hatzfeld | Dipl.-Ing. Stadt-, Regional- und Landesplaner, ist Gruppenleiter im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schwerpunkt Stadtentwicklung. Er ist u. a. verantwortlich für die Programme „Ab in die Mitte“ und „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ sowie Mitbegründer der Landesinitiative StadtBauKultur.

Gabriele G. Kiefer | Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektur, ist seit 1989 Inhaberin des Planungsbüros Kiefer in Berlin. Schwerpunktaufgaben des Büros sind landschaftsarchitektonische Realisierungen und Entwurfsarbeiten. Seit 2002 ist sie darüber hinaus Universitätsprofessorin am Institut für Städtebau und Landschaftsplanung des Fachbereichs Architektur an der TU Braunschweig.

Dr. sc. techn. Michael Koch | Dipl.-Ing. Architekt AK HH, ist Leiter des Fachgebietes für Städtebau und Quartiersplanung an der Hafencity Universität Hamburg sowie Teilhaber des Büros Z – Arbeitsgemeinschaft für Wohnen und Stadtfragen AG in Zürich. Er hat zahlreiche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zu städtebaulichen Themen bearbeitet, u. a. zum nachhaltigen Umbau vorhandener Stadtstrukturen.

Oliver Kuklinski | Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt BDLA und Stadtplaner SRL, ist Inhaber des Büros PlanKom Kommunikation – Planung – Beratung – Forschung in Hannover. Schwerpunkt seiner Arbeit sind Kooperationsprozesse zur Stadt- und Unternehmensentwicklung. Darüber hinaus betreibt er Forschung im städtebaulichen Kontext, u. a. über öffentliche Räume und kooperative Prozesse.

Dr.-Ing. Juliane Pegels | MSc in Urban Planning (USA), ist seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Städtebau an der Fakultät Architektur der Bergischen Universität Wuppertal. Darüber hinaus arbeitet sie freiberuflich an Lehr- und Forschungsprojekten – v. a. zu den Themen öffentlicher Raum und privat-öffentliche Kooperationen – und geht Redaktions- und Moderationstätigkeiten nach.

Dr.-Ing. Heidi Sinning | Dipl.-Ing. Stadt-, Regional- und Umweltplanung, ist seit 2003 Leiterin des Fachgebiets Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt. Zudem ist sie Gesellschafterin des Büros KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung in Hannover. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind v. a. kommunikative Planungsinstrumente und nachhaltige Freiraumpolitik. Sie ist Vorstandsmitglied im Informationskreis für Raumplanung e.V. (IfR).

Andrea Wulf | (MA RCA), Designhistorikerin, arbeitet als freie Autorin. Sie ist Co-Autorin eines Buches über historische Beispiele englischer Gartenkunst und schreibt derzeit an einem Buch über die vergessene „Blumen-Revolution“ im 18. Jahrhundert. Darüber hinaus schreibt sie Artikel für verschiedene Zeitschriften, u. a. Architects' Journal, The Sunday Times, The Guardian and the Times Literary Supplement.



ISBN 3-939745-00-6

ab 01.01.2007: ISBN 978-3-939745-00-6

